



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 26. Sitzung - Endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 4. Dezember 2014, 10.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- S. L., Projektleiter „Eikonai“ (Beweisbeschluss Z-63)	4
- Kai-Uwe Ricke, ehem. Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom AG (Beweisbeschluss Z-56)	89

* Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen Herrn S. L. (Anlage 1) sind in das Protokoll eingearbeitet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Kiesewetter, Roderich Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Sensburg, Prof. Dr. Patrick	Mayer (Altötting), Stephan Ostermann, Dr. Tim Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Krüger, Dr. Hans-Ulrich	Lischka, Burkhard Mittag, Susanne
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, Dr. André
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Bredow, Lippold von Feser, Dr. Andreas Fischer, Sebastian Kühnau, Dan
SPD	Ahlefeldt, Johannes Dähne, Dr. Harald Diers, Torben Etzkorn, Irene Hanke, Christian Diego Heyer, Christian
DIE LINKE.	Martin, Stephan Scheele, Dr. Jürgen von Cyrson, Monique
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kant, Martina Keller, Dr. Iris Leopold, Nils Pohl, Jörn



Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesregierung	
Bundeskanzleramt	Brunst, Dr. Phillip Wolff, Philipp Zygojannis, Dr. Philipp Heinemann, Martin
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar Lehmann, Uta
Bundesministerium des Innern	Akman, Torsten Darge, Dr. Tobias Gierth, Sonja Hauer, Florian Hodouschek, Fabian Jacobi, Stephan Weiss, Jochen
Bundesministerium für Verteidigung	Henschen, Elmar Theis, Björn
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Rosenberg, Dr. Malte
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd

Teilnehmer Bundesrat	
LV Bayern	Luderschmid, Florian
LV Hessen	Rüffer, Cai Brosius-Linke, René
LV Sachsen	Lang, Julia Isabella



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 10.00 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 26. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Nach Artikel 44 Absatz 1 des Grundgesetzes erhebt der Untersuchungsausschuss seine Beweise in öffentlicher Verhandlung. Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Öffentlichkeit und insbesondere die Vertreter der Presse darf ich an dieser Stelle ganz herzlich begrüßen. Ich freue mich, einige Bekannte wiederzusehen, freue mich aber auch, andere Interessierte zu sehen. Ich wünsche Ihnen einen guten Sitzungsverlauf, viele interessante Themen. Ich freue mich, dass Sie durch Ihre Präsenz wieder zeigen, welches Interesse dieser Untersuchungsausschuss auch hat.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen - diejenigen, die öfter an den Sitzungen teilnehmen, kennen sie schon; nichtsdestotrotz sind sie wichtig und zu beachten -: Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Da keine Medien- und Pressevertreter mehr im Sitzungssaal hier unten anwesend sind, rufe ich den **einzigen Tagesordnungspunkt** der heutigen Sitzung auf:

Öffentliche Zeugenvernehmung

- S. L., Projektleiter „Eikonale“
(Beweisbeschluss Z-63)
- Kai-Uwe Ricke, ehem. Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom AG
(Beweisbeschluss Z-56)

Der Beweisbeschluss Z-63 stammt vom 6. November 2014, der Beweisbeschluss Z-56 vom 9. Oktober 2014. Es wird Beweis erhoben zum

Untersuchungsauftrag Bundestagsdrucksache 18/843 durch Vernehmung von Herrn S. L. und Herrn Kai-Uwe-Ricke als Zeugen.

Vernehmung des Zeugen S. L.

Als Erstes begrüßen darf ich unseren Zeugen Herrn S. L.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen worden ist. Herr S. L., Sie haben die Ladung am 3. Dezember 2014 erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen. Ich begrüße Sie ganz ausdrücklich.

Zeuge S. L.: Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme dieser Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge S. L.: Keine. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Ich stelle fest, dass Sie von einem Rechtsbeistand, den wir inzwischen gut kennen, begleitet werden. Ich darf Sie aber trotzdem bitten - ich verrate jetzt nichts, wenn ich „Herr Eisenberg“ sage -, Herr Rechtsanwalt Eisenberg, sich kurz vorzustellen.

RA Johannes Eisenberg: Rechtsanwalt Eisenberg aus Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Herr S. L., vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren: Sie sind als



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen und dann in eine dementsprechende Sitzung eintreten kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge S. L.: Keine.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf dieser Vernehmung darstellen: Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema insgesamt im Zusammenhang vorzutragen, also, ohne durch Fragen unterbrochen zu werden, können Sie den Gesamtthemenkomplex selber darstellen. Danach werde zunächst ich Sie befragen. Anschließend erhalten

die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge S. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich darf Sie dann bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und laudungsfähiger Anschrift vorzustellen. In Ihrem Fall genügen die Angabe der Initialen sowie die Anschrift Ihrer Dienststelle, über die wir Sie erreichen.

Zeuge S. L.: Mein Name ist S. L. Ich bin Diplomingenieur Elektrotechnik und Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes. Die Anschrift ist der Gardeschützenweg hier in Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Zunächst möchte ich Ihnen, wenn dies gewünscht ist, so wie ich es gerade gesagt habe, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Herr Zeuge, ich würde Ihnen dazu jetzt das Wort geben.

Zeuge S. L.: Herzlichen Dank. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Verehrte Ausschussmitglieder! Ich sagte gerade eben schon: Ich bin Diplomingenieur Elektrotechnik mit der Vertiefungsrichtung Nachrichtentechnik. Ich bin seit 2003 beim Bundesnachrichtendienst. Ich habe in der strategischen Fernmeldeaufklärung im Bereich Kabelerfassung angefangen und war dort Projektleiter in der Operation „Eikonale“. Als solcher war ich mit dem technischen Anschluss an die erfassten Signale betraut.

Ich kann nach bestem Wissen und Gewissen sagen, dass wir beim BND streng nach Recht und Gesetz arbeiten. In der Operation „Eikonale“ gab es keine automatisierte massenhafte Weiterleitung von Daten, auf keinen Fall von Daten Deutscher. Im Gegenteil: Wir haben alles technisch und betrieblich Notwendige getan, um den Schutz deutscher Bürger sicherzustellen. Gerade



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Schutz deutscher Bürger ist die Aufgabe, weswegen wir beim BND arbeiten.

Anderslautende Presseveröffentlichungen, die ich oft so empfinde, dass sie uns die Nähe der Stasi oder der Gestapo rücken, empfinde ich oft als ehrenrührig. Sie beruhen meines Erachtens auf aus dem Zusammenhang gerissenen Informationsfragmenten und sind nicht zutreffend.

Ich hoffe, dass ich heute zur Klärung Ihrer Fragen beitragen kann. Damit möchte ich Sie nicht noch mit einem längeren Statement langweilen, sondern stehe Ihnen für Ihre Fragen zur Verfügung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank für Ihre einführenden Worte, die wir sicherlich durch viele Fragen noch einmal detailliert ansprechen werden, insbesondere Ihre Aussage, es gab kein massenhaftes Abgreifen von Daten, auf keinen Fall Deutscher. Diese Ergänzung „auf keinen Fall“ führt natürlich dazu, dass andere - - Wie sieht es denn damit aus? Ist das nicht so ganz sicher? Da werde ich gleich auch noch mal zu fragen.

Ich freue mich, dass Sie hier bereit sind, auszusagen, insbesondere zu den technischen Punkten. Da würden meine ersten Fragen jetzt in die Richtung Ihrer technischen Kompetenz gehen. Wenn ich es richtig verstanden habe: Diplom-Ingenieur Elektrotechnik. Haben Sie im Studium da einen Schwerpunkt gehabt?

Zeuge S. L.: Ja, mein Schwerpunkt war Nachrichtentechnik. Das reicht von der Hochfrequenztechnik bis zur digitalen Signalverarbeitung und Signalübertragung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das Studium war wann beendet? 2003 haben Sie beim BND angefangen.

Zeuge S. L.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt frage ich mich so, auf welchem Sachstand Sie studiert haben, weil die Zeit geht ja schnell.

Zeuge S. L.: 1999 habe ich mein Studium beendet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 99. - Können Sie uns sagen, wo Sie studiert haben?

Zeuge S. L.: Ich habe in verschiedenen Städten und Ländern studiert. Ich möchte da nicht ins Detail gehen aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aufgrund des Persönlichkeitsschutzes? Man kann ja nicht direkt darauf rückschließen, wenn Sie jetzt sagen - - Da sehe ich jetzt nicht die Gefahr; aber gut.

Dann frage ich mal anders. Sie haben also an verschiedenen Universitäten studiert, an Hochschulen studiert; ich sage es mal so.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wenn es die NSA-Hochschule war, ist es vielleicht interessant!)

Studiengang Elektrotechnik: Sie haben das auch im Ausland studiert? Jetzt frage ich nicht, weil der Kollege Hahn das gerade anspricht, aber Sie haben auch - - Haben Sie auch im amerikanischen Ausland studiert?

Zeuge S. L.: Ich habe auch in den USA studiert, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Nachdem Sie Ihr Studium beendet haben, haben Sie vier Jahre was anderes gemacht, waren nicht im BND. Können Sie da was zu sagen, zu der Zeit? Was haben Sie da gemacht?

Zeuge S. L.: Ja. Ich habe als wissenschaftlicher Mitarbeiter an verschiedenen Universitäten gearbeitet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber nicht promoviert?

Zeuge S. L.: Zunächst mit dem Ziel der Promotion. Das habe ich dann aber aufgegeben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und in welchem Schwerpunktbereich?

Zeuge S. L.: Auch im Bereich der Nachrichtentechnik.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber mit dieser Schwerpunktausrichtung sind Sie dann in den BND gewechselt?

Zeuge S. L.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Im BND sind Sie seit 2003, haben Sie gesagt. Welche Bereiche des BND, bezogen auf den Untersuchungszeitraum, haben Sie dort kennengelernt? Sie waren Projektleiter „Eikonol“ - das haben Sie gesagt -, aber ja nicht den ganzen Zeitraum, oder doch?

Zeuge S. L.: Nein. Also - - Doch. Ich war während des Verlaufs der Operation „Eikonol“ Projektleiter „Eikonol“ bis 2008. Ich bin im August 2008 zu einem anderen Sachgebiet gewechselt, auch im Bereich der technischen Aufklärung, und habe das bis 2012 gemacht und bin dann in 2012 zu einem anderen Sachgebiet, auch im Bereich der technischen Aufklärung, aber nicht mehr in der Unterabteilung Nachrichtengewinnung, sondern in der Unterabteilung Nachrichtenbearbeitung, gewechselt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Können Sie sagen, in diesen Zeiträumen in welchen BND-Stellen Sie eingesetzt waren, also örtlich? Bad Aibling - und?

Zeuge S. L.: Ich bin die erste Zeit im BND in Pullach gewesen, bis 2012, und bin im August 2012 nach Bad Aibling gewechselt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also ganz in Pullach?

Zeuge S. L.: Ganz in Pullach.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Gut. Ich komme mal nach diesen Fragen zur Person zu einigen Sachfragen, speziell natürlich die Operation „Eikonol“ betreffend.

Die *Süddeutsche Zeitung* berichtet am 4. Oktober 2014 von der Operation „Eikonol“, welche den Zugriff des BND und der NSA auf den Internetknotenpunkt in Frankfurt beinhaltet. Zwischen 2004 und 2008 sollen mittels US-Technik Millionen von Daten - im Englischen dann eben „data“; da komme ich gleich noch mal drauf, ob wir dies einordnen können, was dieses Wort „data“ bedeutet - aus Telefon- und E-Mail-Verkehren am Knotenpunkt abgefangen worden seien. Ein direkter Zugriff der NSA habe nicht stattgefunden. Die Daten sollen laut dem Artikel der *Süddeutschen Zeitung* vielmehr durch den BND im Knotenpunkt von Frankfurt angezapft, danach über Datenleitungen an die BND-Zentrale in Pullach versendet und von dort in die Rechner der NSA in der BND-NSA-Arbeitsgruppe, der Joint SIGINT Activity, in der Mangfall-Kaserne übermittelt worden sein.

Sind jemals Rohdaten der Fernmeldeaufklärung an die NSA übermittelt worden? Ich spreche hier von Daten aus dem gerade erwähnten Frankfurter Internetknotenpunkt. Wissen Sie darüber etwas, das Versenden von Rohdaten?

Zeuge S. L.: Es sind keine Rohdaten an die US-Dienste übermittelt worden, also an die NSA übermittelt worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sondern?

Zeuge S. L.: Wir haben Rohdaten direkt am Erfassungsknoten so weit aufbereitet, dass nur ein kleiner Teil wegen der uns zur Verfügung stehenden Bandbreite nach Pullach und dann nach Bad Aibling weitergeleitet werden musste. Dieser weitergeleitete Teil hatte vorher mehrere Filterstufen durchlaufen und, was ganz besonders wichtig ist, war ausgeleitet aufgrund des Zielprofils, des Erfassungsprofils, was auf unser Aufgabenprofil des BND zurückgeht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mich würde interessieren jetzt im Folgenden - es wäre schön, wenn wir da so ein bisschen Zeit drauf verlieren würden und auch möglichst konkret werden -, was Sie mit dem Wort „aufbereiten“ meinen. Das möchte ich gerne zum Begriff „filtern“ abgrenzen und da sehr detailliert gerne verstehen, wie das



Nur zur dienstlichen Verwendung

an dem Internetknotenpunkt funktioniert. Da bitte ich um einen möglichst hohen Grad an Präzision, damit wir keine Missverständnisse haben.

Zeuge S. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da kommen dann gerne Worte wie „speichern“ oder „ablegen“ oder „puffern“. Das sind sehr sensible Begriffe für uns. Deswegen bitte ich möglichst um Präzision. Und um den Begriff „Daten“ geht es mir, weil auch immer wieder in Meldungen, sowohl in deutschsprachigen, als auch in englischsprachigen, vom Wort „data“, 500 Millionen Daten, gesprochen wird. Dann reden wir auch von Bits and Bytes, von Größenordnungen. Das in einen Zusammenhang zu stellen, wäre uns sehr wichtig.

Wenn wir uns den Internetknotenpunkt anschauen: Dort haben wir im Kabelverkehr eine große Zahl an Daten, die durch das Kabel fließen, die wir natürlich nicht messen können, weil sie schwanken. Wir haben Leistungen dieser Kabel, wenn ich es richtig verstehe, und dann schwankt im Grunde der Verkehr, der durch das Kabel durchgeht. Können Sie uns sagen, im Durchschnitt, wie viel Daten ausgeleitet werden, eine Größenordnung?

Zeuge S. L.: Gut. - Das war jetzt eine ganze Reihe von Sachen, die Sie gesagt haben. Ich möchte erst mal das Missverständnis ausräumen von diesen 500 Millionen, die da immer im Spiel sind. Das ist ein ganz anderer Sachverhalt. Da ging es um Satellitenaufklärung in Bad Aibling. Dazu hatten Sie ja auch schon den Dienststellenleiter und seinen Vertreter hier vorm Untersuchungsausschuss.

In Frankfurt wird immer der Internetknoten genannt. Dieser Internetknoten ist ja ein Telekommunikationsknoten. Also, wir hatten in der Operation „Eikonol“ sowohl leitungsvermittelte - umgangssprachlich „Telefonie-“ - Verkehre, als auch paketvermittelte Verkehre; umgangssprachlich „Internet-“. Bei diesen Verkehren haben wir - -

Ich möchte zunächst auf leitungsvermittelte Verkehre eingehen. Das war der Beginn der Operation „Eikonol“. Dort haben wir Ausland-Ausland-Kommunikationsstrecken erfasst und diese nach unserem Auftragsprofil durchsucht. Das funktioniert so, dass Sie vom Betreiber eine vollständige Kopie der Strecke bekommen. Vollständige Kopie: Da schwirrt in den Köpfen vielleicht rum, da werden irgendwelche Datenträger ausgetauscht oder so was in der Art. Das ist es nicht. Die Strecken sind elektrisch oder Lichtwellenleiter. Das heißt, an dem elektrischen Leiter - das ist ein Koaxialkabel - wird ein Splitter eingebaut. Das können Sie sich eigentlich so vorstellen, wie wenn Sie daheim an die Fernsehantenne oder an den Kabelanschluss einen zweiten Fernseher anschließen. Der Splitter, das ist ein Prisma. Da geht ein Teil weiter an den Betreiber, da, wo es aus seinen betrieblichen Gründen hinsoll, und ein Teil des Lichtes geht dann zum BND.

Die Kapazitäten dieser Leitungen kann man beziffern. Darauf müssen wir auch besonders das Erfassungsequipment natürlich ausrichten. Was in den Leitungen dann drin ist an wirklichen Daten, das kann man nicht so einfach beziffern. Darf ich dazu ein bisschen näher ausholen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr gerne.

Zeuge S. L.: Ein Betreiber ist normalerweise geneigt, sein Netz ausfallsicher zu machen. Ausfallsicherheit funktioniert so, dass man zu jedem Netzbereich oder zu jedem Knoten mindestens zwei Leitungen hat, die da hinführen. Wenn man jetzt beide Leitungen vollmachen würde mit Daten, was passiert dann, wenn eine ausfällt? Dann sind diese Daten weg. Also macht man jede Leitung von zweien nur halbvoll, sodass, wenn eine ausfällt, aus welchen Gründen auch immer, man die Hälfte des Verkehrs in den Netzbereich oder zu dem Knoten auf die andere Leitung rüberswitchen kann und weiterhin die Verkehrssicherheit in seinem Netz hat. Das ist ja für die Kunden wichtig. Wenn die Ausfälle haben, dann gehen sie zu anderen Betreibern. Insofern gehen wir normalerweise von 50 Prozent Nutzlast auf den Leitungen aus.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir haben im Tagesverlauf Schwankungen auf den Leitungen. Man sieht sehr schön eine Sinuskurve, an der man auch die Tageszeit sozusagen in dem Bereich, wo die Gespräche hinführen oder aus denen sie kommen, ablesen kann. Nachts schlafen die Leute; da ist weniger los. Insofern ist es sehr schwierig, eine Kapazität abzuleiten.

Wir sehen immer wieder, dass Betreiber, wenn sie mehr und mehr Verkehr nehmen, die Leitungskapazitäten eigentlich überreizen, also dieses 50-Prozent-Prinzip nicht mehr einhalten. Das heißt, sie machen etwas mehr als 50 Prozent, gehen so bis ungefähr 70 Prozent der Nutzlast, wohl wissend, dass, wenn sie dann einen Ausfall haben, Verkehre nicht mehr durch das Netz geleitet werden können und die Kunden dann Einbußen in der Verkehrsqualität haben.

Beim leitungsvermittelten Verkehr ist das Ganze relativ einfach, weil man Strecken vorhält, und da kann man sagen: Okay. Wir haben hier ein [REDACTED] - so ist der Fachbegriff; das sind [REDACTED] Megabit pro Sekunde -; da wird ein zweiter vorgehalten. - Das ist genau das, weswegen die leitungsvermittelten Netze teurer sind als die IP-Netze: weil immer Ersatzkapazität vorgehalten werden muss und sich das Ganze nicht so flexibel schalten lässt.

Im IP-Bereich ist es wieder ganz unterschiedlich. Da kann der Betreiber auch über komplett andere Wege die Pakete leiten. Deswegen hat er nicht das Riesenbedürfnis, die Verkehre so lange wie möglich im eigenen Netz zu halten, und muss nicht so sehr auf diese 50-Prozent-Grenze achten. Im Allgemeinen tut er es aber.

Wir konnten unserer Erfahrung nach sagen, dass die Leitungen circa zu 50 Prozent ausgelastet waren.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und was heißt das jetzt?)

- Ja, Entschuldigung. Das heißt: Wenn wir in der Operation „Eikon“ in dem Teil, der sich um Internetverkehre gekümmert hat, zwei 10-Gigabit-

pro-Sekunde-Strecken hatten, dann ist das eine Rohdatenrate von im Durchschnitt [REDACTED] Gigabit pro Sekunde.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viel?)

- [REDACTED] Gigabit pro Sekunde. - Das Ganze müssen Sie dann noch verdoppeln, weil Sie eine Hin- und eine Rückrichtung immer haben. Das ist allerdings wiederum die Kapazität der Leitung.

Wenn Sie schauen: Im Internetbetrieb ist es so, dass die Daten oftmals asymmetrisch sind. Das heißt, sie haben viel mehr Download als Upload. Das haben Sie zu Hause wahrscheinlich auch. Sie haben wahrscheinlich einen DSL-Anschluss, und die Downloadrate ist sehr viel höher als die Uploadrate, weil Sie geben dem Server einfach nur den Befehl: Schicken Sie mir diese Daten.

Das heißt, auf der Rückrichtung ist das ähnlich. Wenn ein Betreiber eine Leitung zu einem anderen Betreiber belegt, dann werden die Daten auf der Hinrichtung übertragen, und auf der Rückrichtung schickt der andere Betreiber einfach immer nur die Bestätigungspakete: „Habe deine Daten gekriegt“, „Habe deine Daten gekriegt“. Das ist also sehr viel weniger.

Hat das Ihre Frage beantwortet?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Auf jeden Fall hat das schon einiges an Erhellung gebracht. Aber es ist eben nicht so ganz einfach.

Wenn Sie jetzt sagen - - Sie haben das Wort „Kopie“ benutzt. Ich würde eher sagen, Sie spalten den Datenfluss durch ein Prisma, wenn es Lichtleiter sind. Ansonsten würden Sie das Koaxialkabel, wenn es elektrisch ist - - würden Sie einfach einen Strang dieser gewickelten vielen Stränge ableiten, technisch, oder wie würde das dann gehen?

Zeuge S. L.: Wenn es Koaxialkabel sind, dann nutzt man einen sogenannten Koaxialmesskoppler. Das ist ein kleines Gerätchen, was man in die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Leitung reinklemmt, und dort wird dann ein geringer Strom ausgeleitet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Daten, die Sie dann ausleiten, die sind ja dann wieder im Fluss.

Zeuge S. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: An diesem Knotenpunkt, von denen es ja auch mehrere gibt, da ist dann eine Räumlichkeit, wo dieses technische Gerät dann installiert ist.

Zeuge S. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und dann werden die Daten - ich sage es jetzt mal ganz flapsig - in einem Kabel ausgeleitet, in einem zweiten Strang. Was passiert dann damit? Irgendwo geht dieses Kabelchen ja hin, geht in einen Rechner.

Zeuge S. L.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was passiert da genau?

Zeuge S. L.: Das Kabel - ob das Lichtwellenleiter oder Koaxialkabel ist, ist eigentlich unerheblich - geht in einen Betriebsraum, den wir normalerweise vom Betreiber anmieten. Dort wird es erst zunächst in einen Multiplexer eingesteckt. Der Multiplexer ist ein Gerät, was das Signal technisch aufbereitet, und zwar technisch so aufbereitet, dass wir das dann hinterher sozusagen in einen Rechner schieben können. Im leitungsvermittelten Bereich also der Multiplexer.

Im paketvermittelten Bereich hat die Rolle des Multiplexers ein Router. Das sind handelsübliche Geräte, die man benutzen muss, um ebendieses Signal aufzunehmen. Weil schon nur wenig ausgekoppelt wurde beim Betreiber und das Ganze dann noch mal schwächer geworden ist auf dem Weg zu unserem Betriebsraum, dienen der Multiplexer und der Router auch dazu, das Signal von seinem Signallevel wieder etwas anzuheben, so dass man das danach in einen Rechner einspeisen kann, um es zu erfassen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kurz eine Zwischenfrage: Dieser Router ist - Sie sagten, es ist ein handelsüblicher - in der Regel von welcher Marke? Fängt die mit C an?

Zeuge S. L.: Sie könnten den nehmen; Sie könnten einen anderen nehmen. Das ist eigentlich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, es ist kein zum Beispiel deutsches Eigenprodukt? Das ist ein international gängiges Gerät?

Zeuge S. L.: International gängige Geräte; ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie sich da mal Sorgen drüber gemacht, ob das sicher ist?

Zeuge S. L.: Ja. Wir haben uns selbstverständlich Gedanken darüber gemacht, ob das sicher ist. Wir haben uns die Geräte - - Egal, was wir einsetzen, wir setzen das vorher in einem Probebetrieb ein. Das heißt: Der gesamte Erfassungskopf, so wie wir ihn nennen, wird bei uns im Labor aufgebaut und wird zur Probe laufen gelassen. Da wird dann auch überwacht, dass die Geräte genau das tun, was sie tun sollen. Da kann man dann sehen - - könnte man sehen, wenn etwas Irreguläres passieren würde. Es ist allerdings nie etwas Irreguläres passiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie könnte das denn überhaupt dann sein, dieses Irreguläre? Jetzt verstehe ich das so: Aus dem Datenkabel wird mittels Splitter in ein zweites Kabel ausgeleitet, und jetzt kommt der Router, und dann kommt ein Rechner, der möglicherweise filtert. Der Router hat ein Eingangskabel und ein Ausgangskabel. Das Eingangskabel kommt vom Splitter. Das Ausgangskabel geht zum BND-Rechner. Jetzt gibt es ja in dem BND-Rechner - - Wenn da irgendein Dritter etwas ausleitet, hat er nichts von. Dann ist es im BND-Rechner, wo es ja eh hinsoll. Er müsste es also wieder Retour leiten. Geht das technisch?

Zeuge S. L.: Nein, das geht nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das geht gar nicht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge S. L.: Nein, das geht nicht. Dazu müssen wir auch sämtliche Systeme durch die Bundesnetzagentur, früher die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post, begutachten lassen. Das heißt, wir müssen das Einvernehmen mit der Bundesnetzagentur herstellen, und die prüft vor allem auf Rückwirkungsfreiheit, dass von unseren Gerätschaften keinerlei Rückwirkung in das Netz des Betreibers ausgeht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn das gar nicht geht, warum haben sie sich dann solche Sorgen gemacht und dann geprüft und geschaut und überhaupt, wenn das Zurückleiten in den Splitter wieder ins Netz gar nicht geht, technisch?

Zeuge S. L.: Das ist bei uns Standardprozedere, weil wir unsere Systeme ja nach IT-Richtlinien bei uns im Haus aufbauen müssen. Diese IT-Richtlinien sehen vor, dass man so was vorher prüft, egal ob es dann hinterher im Wirkbetrieb auch wirklich zur Wirkung kommen könnte. Es muss geprüft werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine andere Möglichkeit, wie ein Router Daten ableiten könnte, gibt es nicht?

Zeuge S. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt gehen die Daten weiter nach dem Router in den Rechner des BND. Was passiert da konkret, also, wirklich beim Hereinkommen der Daten in den Rechner?

Zeuge S. L.: Konkret wird im Falle des Lichtwellenleiters das Licht in elektrische Impulse übersetzt. Im Falle des Koaxialkabels sind die ja schon elektrisch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, da, wo der Router zum Einsatz kommt, müssen sie doch schon elektrisch sein? Oder gibt es auch Lichtrouter?

Zeuge S. L.: Der Router wandelt das intern in elektrische Impulse und kann die - - um seine Arbeit zu tun sozusagen. Der Router guckt ja auf das

Signal und schaut: Wo muss das Signal hin? Dazu muss er sie intern elektrisch wandeln. Also, es gibt noch keine Router, die das alles schon optisch machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Dann bräuchte man es ja im Rechner nicht mehr in Elektrisch umwandeln. Deswegen frage ich.

Zeuge S. L.: Eben. - Der Router kann das entweder als Licht wieder ausgeben, oder er kann es auch elektrisch wieder ausgeben. Das kommt sozusagen ganz auf die Ausgangskarte an, die in dem Router verbaut ist, und dann auch die Eingangskarte, die in den Rechner verbaut ist. Wir bevorzugen da Licht, weil das technisch besser zu handhaben ist. Wir belassen uns da die Flexibilität, wenn wir mal Karten austauschen müssen zum Beispiel.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na gut. Dann verstehe ich es.

Zeuge S. L.: Das Licht wird also in elektrische Impulse gewandelt, und die elektrischen Impulse kommen auch rein und werden dort dann erst mal in die Nutzlast sozusagen umgewandelt. Das ist alles im Fluss. Das heißt, auf so einem Kabel ist ein bestimmtes Übertragungsprotokoll drauf, was verhindern soll, dass bei der Übertragung, wenn da Fehler passieren - kurze Aussetzer oder so -, sich das auf die Nutzlast auswirkt. Da sind gewisse Rahmenprotokolle drauf, die die Nutzlast umrahmen, um für den Telekommunikationsbetreiber seinen Betrieb sicherzustellen. Diese Rahmen werden dann im Rechner des Bundesnachrichtendienstes weggenommen, damit wir die reine Nutzlast im IP-Bereich - das IP-Signal - haben und im Telefonbereich die Telefonate.

Sie müssen sich das so vorstellen: Im leitungsvermittelten Bereich ist das Ganze sehr, sehr strukturiert. Da haben Sie - - Ich versuche mal eine Analogie. Stellen Sie sich eine alte Apotheke vor. Jedes Telefonat ist eine Pille, und das ist in solchen Blisterverpackungen. Die sind wiederum in Schachteln, und die Schachteln sind in Schubladen, und Sie haben davon ganz, ganz viele Schubladen. Der Apotheker weiß jetzt genau:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wenn er ein Medikament will, muss er an diese Schublade gehen, das rausziehen, die Packung rausziehen. Wenn Apotheken Medikamente einzeln verkaufen würden, könnte er die einzelne Pille dem Kunden sozusagen geben. Das wäre das Telefonat. Es ist also sehr einfach, im leitungsvermittelten Bereich durch die Struktur zu gehen und sich genau das rauszunehmen, was man möchte.

Im IP-Bereich: Stellen Sie sich die gleiche Apotheke vor, nur sämtliche Pillen sind aus ihren Blisterverpackungen rausgedrückt worden und sind auf dem Fußboden der Apotheke verteilt.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Und jetzt such mal
die deutschen Pillen!)

Und jetzt suchen Sie die richtigen Pillen.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Die deutschen
Pillen!)

- Ich möchte nicht auf die deutschen - - Sie suchen die richtigen Pillen, die nämlich, die Sie brauchen, für die Sie ein Rezept haben. Das Rezept ist für den BND das Aufklärungsprofil der Bundesregierung. Dann suchen Sie also diese Pillen. Nach was suchen Sie? Sie suchen die nach dem Aussehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich möchte Ihr schönes Beispiel nicht zerstören. Beispiele bergen nur immer die Gefahr, dass sie abstrakt sind und an den Ecken nicht mehr scharf sind. Ich möchte schon genau wissen - ich hatte bei den Einwüfen des Kollegen von Notz den Eindruck, er auch -: Wie sieht es denn konkret aus? Bleiben wir doch mal bei der Realität und nicht bei Pillen in Blistern, weil dann heißt es hinterher: „Dafür passt das Beispiel nicht“, und gerade der Bereich interessiert uns vielleicht.

Zeuge S. L.: Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, von daher: Gehen wir doch mal an das Signal, was in den Rechner reinkommt. Was passiert da damit?

Zeuge S. L.: Wie gesagt, der Rahmen wird runtergenommen, sodass die Nutzlast verarbeitet werden kann. In der Nutzlast werden dann anhand der Metadaten, die der Nutzlast im IP-Bereich vorgespannt sind, im Telefoniebereich seitlich mitlaufen, die entsprechenden Verkehre ausgewertet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da hake ich mal nach. Sie sagten einerseits „vorgespannt“. Man kann also bei den vorlaufenden Metadaten in diesem Fall schon mal analysieren: Was ist da drin? Anhand der Metadaten alleine könnte ich schon sagen: „Den Rest brauche ich nicht mehr, der danach kommt“?

Zeuge S. L.: Nein, das ist so nicht der Fall.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge S. L.: Sie haben gerade im IP-Bereich verschachtelte Protokolle. Das, was wir, wenn wir die Nutzlast betrachten, als Erstes sehen, ist das IP-Protokoll. Und was wir da als Metadaten sehen, ist die IP-Adresse, wo es hingeh, und die, wo es herkommt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich kann nicht allein die Metadaten raussaugen?

Zeuge S. L.: Sie könnten auf dieser Ebene auch die Metadaten raussaugen. Das wäre dann die IP-Adresse: von und woher.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber das ist komplexer und wird so nicht gehandhabt, also dass man sagt: „nur Metadaten“?

Zeuge S. L.: Wenn Sie zu dem¹ Zeitpunkt nur Metadaten nehmen, haben Sie nur die IP-Adresse.

1) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber das ist nicht praktikabel, sagen Sie? Oder: Es macht keinen Sinn?

Zeuge S. L.: Es macht für die weitere Metadatenverarbeitung keinen Sinn.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nur, um konkret zu werden: Also, reines Metadatenabschöpfen findet nicht statt?

Zeuge S. L.: Das müssen Sie differenzierter betrachten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Erzählen Sie es! Wir haben Zeit.

Zeuge S. L.: Metadatenerfassung können Sie auch machen, aber Sie haben geschachtelte Protokolle. Das heißt, Sie müssen die geschachtelten Protokolle erst mal entschachteln, und Sie können aus jedem Protokoll Metadaten entnehmen. Also, zunächst ist zum Beispiel IP. Auf dem IP ist das Protokoll TCP, und darauf liegt dann ein Protokoll zum Mail-Versand zum Beispiel. Sie können jetzt aus der IP-Schicht Metadaten rausnehmen, nämlich die IP-Adressen. Sie können aus der TCP-Schicht Metadaten rausnehmen - die sind für uns nicht so interessant -, und Sie können dann aus der E-Mail-Protokollschicht Metadaten rausnehmen, also zum Beispiel, an wen die Mail ging, von wem sie kam usw. Dazu müssen Sie aber die gesamte Prozesskette in Ihrem System durchlaufen, weil diese einzelnen Protokolle müssen erst mal verarbeitet werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich finde das richtig gut, wie Sie das erklären. Ich habe den Eindruck, ich verstehe ein bisschen mehr, auch für nicht vom Fach Kommende.

Jetzt sagen Sie mir aber noch mal: Wenn ich es richtig verstanden habe, macht es für Sie jetzt im weiteren Prozess erst mal keinen Sinn, zu separieren, weil auch die Verschachtelung der Metadaten vorliegt, sondern Sie nutzen punktuell den gesamten Datenfluss. Sie sagen nicht: „Ich trenne jetzt hier in Metadaten und weitere Daten“, sondern Sie sehen das Ganze.

Zeuge S. L.: Es gibt verschiedene Fälle, wo es Sinn macht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Welche sind das denn?

Zeuge S. L.: Wir können einmal nur die IP-Metadaten verwenden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können? Entschuldigung, dass ich jetzt nachhake. „Können“ ist wirklich gut. Aber was machen Sie? Ich hinterfrage nicht Ihre Kompetenz; das will ich gar nicht wissen. Ich hoffe, da ist riesige Kompetenz. Mich interessiert, was Sie machen.

Zeuge S. L.: Dazu kann ich Ihnen gern den Anwendungsfall nennen. Das muss ich allerdings in nichtöffentlicher Sitzung tun, weil das unsere Methoden sind, die wir heute noch einsetzen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Einen konkreten Fall muss ich auch gar nicht wissen, nur was Sie mit diesen Daten machen, grundsätzlich. Namen von Fällen und Dinge interessieren mich jetzt erst mal gar nicht. Ich probiere nur, das technisch einzuordnen.

An der Stelle, wenn die Daten reinkommen - Metadaten, sonstige Daten, verschachtelt -: Wie kriegen Sie es dann technisch hin, damit was anzufangen? Weil das sind ja jetzt noch relativ viele. Sie haben ja eben die Datenrate 5 Mbit pro Sekunde - und das auch noch zweimal - genannt. Das ist ja viel, wenn Sie da eine Stunde vorm Rechner sitzen. Wie kriegen Sie das hin, diese Daten dann hinterher zu verwertbaren Daten zu machen? Was passiert da? Es geht mir jetzt gar nicht um konkrete Fälle, sondern ich muss es mir irgendwie erklären können.

Zeuge S. L.: Wir verarbeiten die einzelnen Protokolle in einzelnen Schritten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was heißt „verarbeiten“? Entschuldigung, dass ich so kleinlich bin. Ich hatte das ja angedroht.

Zeuge S. L.: Wir versuchen, sie lesbar zu machen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie geht das technisch?

Zeuge S. L.: Das geht technisch so, dass der Rechner das kann sozusagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die ganze Masse?

Zeuge S. L.: Also, Ihr Rechner zu Hause kann ja auch ein E-Mail-Protokoll lesen, wenn das reinkommt. Genauso ist es bei uns auch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, machen Sie schon die ganze Masse lesbar? Die ganze Masse, diese 5 Mbit, Gigabit, die da reinkommen, machen Sie schon lesbar?

Zeuge S. L.: Nicht unbedingt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge S. L.: Und zwar versuchen wir, so schnell wie möglich, Material, was für uns nicht relevant ist, nicht mehr weiter zu verarbeiten. Das heißt, zum Beispiel jetzt in sowas wie der Operation „Eikon“ setzen wir verschiedene Filter ein. Jeder dieser Filter greift auf verschiedenen Verarbeitungsschritten, also je nachdem, auf welchem Protokoll die Daten, die der Filter braucht, liegen. Das ist also eine mehrstufige Filterkaskade, die da drin ist. Deswegen versuchen wir nicht, das alles durchgängig zu behandeln. Sowie wir die Möglichkeit haben, etwas nicht weiter zu verarbeiten, lassen wir es. Damit ist das Ganze, dieser Signalanteil, dann nicht mehr da.

Ich formuliere das extra so, weil das kein Löschen von schon gespeicherten Daten ist, sondern Daten, die an dieser Stelle nicht weiter verarbeitet werden. Die sind einfach weg. Also, die verrauchen sozusagen in Wärme in den Erfassungsgeräten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn Sie so eine Sekunde oder, ich sage mal, eine Minute vom Datenstrom speichern wollten, einfach ablegen, und sagen: „Da filtere ich dann morgen“, was bräuchte man da denn für Speicher? Für eine

Minute? Geht das? Eine Minute müsste doch gehen.

Zeuge S. L.: Das machen wir nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, aber Sie sind ja Techniker; Sie haben ja Ahnung.

Zeuge S. L.: Ja. - Also, sagen wir mal so: Wir hatten uns mal ein rechnerisches Beispiel überlegt, um das auch Laien sozusagen zeigen zu können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das möchte ich gern hören.

Zeuge S. L.: Wenn Sie einen Datenstrom von 10 Gigabit pro Sekunde haben, dann sind das ungefähr 1,25 Gigabyte pro Sekunde; ein Byte sind immer 8 Bit. Und jetzt haben Sie einen Speicher auf dem Prozessorboard von dem Rechner von 4 Gigabyte, sagen wir mal. Dann haben Sie wenige Sekunden dieses Stroms, der da draufpasst. Also, ich weiß die Zahl jetzt nicht mehr genau. Ich müsste die Rechnung jetzt noch mal auf dem Papier genau machen. Aber das sind wenige Sekunden, die dann auf dem Motherboard des Rechners liegen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber wenn ich viele Rechner habe, könnte ich schon einige Sekunden, vielleicht auch Minuten - - Das ist ja eine Multiplikation.

Zeuge S. L.: Ist es nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so.

Zeuge S. L.: Ist es nicht, weil Sie diese Daten ja auf die verschiedenen Rechner verteilen müssen oder durch die Rechner durchkaskadieren. Das heißt, Sie müssen die Rechner so verbinden, dass dieser Datenfluss nicht behindert wird. Das ist sehr schwierig. Und genau deswegen machen wir an dieser Stelle keine Speicherungen, weil das ein unverhältnismäßiger Aufwand wäre.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Keine grundsätzliche Speicherung dieses gesamten Daten-



Nur zur dienstlichen Verwendung

stroms. Aber irgendwann wird es ja eine Speicherung geben - geben müssen, alleine um auswerten zu können.

Zeuge S. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt kommen - wenn ich es richtig verstanden habe: ungespeichert - die Datenströme rein, und Sie setzen in einer Filterkaskade, haben Sie gesagt, einzelne Filterungen ein, wahrscheinlich unterschiedliche Arten. Sie haben gesagt: An den Protokollen kann man bestimmte Sachen schon abfiltern. - Woran noch? Ich will jetzt keine konkrete Filterbenennung wissen, nur die technischen Anknüpfungspunkte, weil sonst sagen Sie, wenn ich konkrete Filter wissen will, dass Sie das nicht in öffentlicher Sitzung sagen können. Darum geht es mir aber hier noch gar nicht, sondern nur um das technische Verständnis dieser Filterung. Das hat natürlich auch wieder den Grund, weil ich wissen will: „Wann legen Sie Daten ab?“, um es mal konkret auf den Punkt zu bringen. Da will ich diesen Prozess verstehen.

Zeuge S. L.: Wir legen Daten dann ab, wenn unser Zielprofil, wenn unsere Selektoren bei den Daten über die gesamte Prozesskette erfüllt sind; das heißt, wenn sozusagen alles passt, was in den einzelnen Protokollen drin ist. Wenn das Ganze auf diese Selektoren passt, dann werden die Daten abgelegt. Das heißt, wenn auf allen Verarbeitungsstufen das Richtige drin ist, werden diese Daten gespeichert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist quasi ein völlig automatisierter Prozess, bei dem bestimmte - ich nehme mal das Wort „Faktoren“, um nicht „Selektoren“ oder so was zu benutzen - Faktoren eingestellt werden, dann laufen die Daten durch den Prozess, und hinten kommt was raus, was abgespeichert wird.

Zeuge S. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da wird nicht punktuell drin eingegriffen, Zwischenergebnisse gemacht?

Zeuge S. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nie?

Zeuge S. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Jetzt komme ich mal zu der Frage des Übermittels der Daten. Wenn das so wäre, dann landen Sie ja am Ende des Prozesses bei relativ wenig Daten, vermute ich mal.

Zeuge S. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da sind dann auch keine Daten von Deutschen dabei? Weil Sie erst die Strecken ja gar nicht auswählen und dann auch Filterungen einsetzen. Da sollten dann eigentlich keine Verkehre von deutschen Grundrechtsträgern dabei sein.

Zeuge S. L.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist Ihnen auch nie begegnet?

Zeuge S. L.: Nein, ist es nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bei den Daten, die keine Grundrechtsträger betreffen, haben Sie aber Daten mit anderen Diensten ausgetauscht.

Zeuge S. L.: Bei den Daten, die keine Grundrechtsträger betreffen - genau das waren ja die Daten, die wir in der Kooperation „Eikonol“ mit dem US-Dienst austauschen wollten -, haben wir natürlich auch da streng nach Profil gearbeitet, und die Daten, die auf das Profil gepasst haben, wurden übermittelt, natürlich nach vorhergehender Kontrolle, dass auch wirklich kein Grundrechtsträger drin ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aha. Das ist dann eine händische Kontrolle zum Schluss gewesen, oder? Also, eine optische - nicht händisch -, zum Draufgucken durch einen Menschen?

Zeuge S. L.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie sind denn die Daten dann ausgetauscht worden, rein tatsächlich? Per Datenträger, USB-Stick, Datenleitung, durch einen Pull der amerikanischen Seite?

Zeuge S. L.: Da, muss ich ganz ehrlich sagen, bin ich überfragt, weil das im Sachgebiet JSA in Bad Aibling passiert ist, und dafür war ich nicht zuständig. Aber dazu hatten Sie ja die Mitarbeiter, die damals für JSA zuständig waren, schon da.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich kann mich jetzt nicht genau erinnern. Aber ich meine, gehört zu haben, dass die Daten aus Pullach weitergeleitet worden sind und nicht von Bad Aibling aus. Und weil Sie doch in Pullach waren, dachte ich, das müssten Sie dann mitbekommen haben.

Zeuge S. L.: Das sind auch zwei unterschiedliche Schritte. Sie fragten mich nach der Übermittlung an den US-Dienst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge S. L.: Aus Pullach wurde das Ganze zu JSA nach Bad Aibling weitergeleitet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mit welchem Grund?

Zeuge S. L.: Ich verstehe Ihre Frage nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum hat man das von Pullach nach Bad Aibling weitergeleitet? Dafür muss es ja einen Grund gegeben haben.

Zeuge S. L.: Weil dort das Sachgebiet JSA war, wo die bearbeitet wurden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bearbeitet oder mit der Intention in Pullach schon, das weiterzuleiten an die NSA?

Zeuge S. L.: Mit der Intention, das Ganze nach Bad Aibling weiterzuleiten, damit dort die Mitarbeiter von JSA, also die deutschen und US-Mitarbeiter, das bearbeiten konnten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und die Entscheidung ist dann in Bad Aibling getroffen worden, welche Daten weitergeleitet werden, oder schon in Pullach?

Zeuge S. L.: Ich verstehe Ihre Frage nicht. Welche Entscheidung?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es muss ja irgendwo entschieden werden, von den Daten, die herausgefiltert worden sind, welche dann an die NSA weitergegeben werden. Da muss ja eine Entscheidung getroffen werden.

Zeuge S. L.: Diese Entscheidung wurde von JSA getroffen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die hat JSA getroffen.

Zeuge S. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das war die Frage, ob in Pullach gesagt worden ist: „Das sind die 10, 15, 20, 100 Datensätze“, und dann nach Bad Aibling, und JSA gibt sie weiter - da kommt nämlich gleich die Frage, wie das technisch erfolgt -, oder wäre das nach Bad Aibling gegeben worden, und JSA hätte ausgewählt und entschieden? Dahin gehend war die Frage.

Zeuge S. L.: Ja. - Also, die Weiterleitung nach Pullach war rein ein betrieblicher Grund, weil die Netzverbindung nach Pullach schon existierte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wenn die Daten bei JSA waren, wie ist dann konkret der Datenaustausch erfolgt? Lagen die auf einem gemeinsamen Netz, und die Amerikaner haben die sich runtergenommen, wenn sie Bedarf hatten, Lust hatten? Oder ist das quasi individuell in einen einseitigen Datenstrom geflossen, und die sind damit beglückt worden? Oder wie ist das technisch gelaufen?

Zeuge S. L.: Das weiß ich nicht aus erster Anschauung, weil ich dafür nicht zuständig war.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. Dann müssen wir da noch mal in einer anderen Richtung nachfragen, weil das ist schon natürlich ein Punkt, der mich einfach interessieren würde: Wie kommt ein anderer Dienst an unsere Daten, und wie ist das auch technisch abgesichert?

Haben Sie ein Gefühl, von wie vielen Daten wir da reden, die ausgetauscht worden sind? Also, wir reden ja jetzt nur von einer Richtung: BND-NSA. Ich habe ja jetzt noch nicht gesagt, was im Gegenzug gekommen ist. Also, wissen Sie, was da gegeben worden ist?

Zeuge S. L.: Ja, das weiß ich. Größenordnungsmäßig waren das wenige Hundert pro Jahr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung, es war gerade etwas laut hier.

Zeuge S. L.: Ich sagte: Das weiß ich. Größenordnungsmäßig waren das wenige Hundert pro Jahr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hundert was?

Zeuge S. L.: Hundert weitergegebene Datensätze.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Datensätze. - Was - -

Zeuge S. L.: Verzeihung, „Datensätze“ könnte missverständlich aufgenommen werden. Also, ein Datensatz ist dann eine Meldung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre jetzt nämlich meine Frage gewesen: Heißt „Meldung“ also quasi das Surrogat der Daten, möglicherweise mit einer Übersetzung beiliegend etc., also das, was als Gesamtprodukt hinterher als Meldung angefertigt wird?

Zeuge S. L.: Ja, genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Weil sonst hätte ich nämlich gefragt, wenn „Daten“ oder „Datensätze“ gesagt wird - - Mein Problem ist, dass sehr oft einfach nur von „Daten“ oder „data“ geredet wird, und da wird - Hölzchen, Stöckchen, Birnen und Äpfel - alles dann gleich. Wir reden jetzt also von Meldungen.

Zeuge S. L.: Das ist sehr schwierig, weil die Sprache oftmals nicht so exakt ist. Ich bemühe mich auch um exakte Schilderungen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das merke ich, und das freut mich auch, weil das Erhellung bringt. Und deswegen bin ich auch manchmal so penibel: damit wir hier Klarheit schaffen.

Das, was Sie als BND als Meldungen bearbeiten, und das, was Sie mit der NSA ausgetauscht haben, das werden ja erheblich unterschiedliche Größenordnungen sein. Sie haben gerade die Größenordnung aus Ihrer Erinnerung gesagt. Das ist ja ein Bruchteil von den Meldungen, die dann beim BND weiterbearbeitet werden, richtig?

Zeuge S. L.: Dazu kann ich leider gar nichts sagen, weil das in einem komplett anderen Bereich aufläuft. Das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann habe ich einen letzten Fragebereich, und dann würde ich auch das Fragerecht an die Fraktionen geben. Aber das interessiert mich einfach: Haben Sie sich intensiver mit DAFIS beschäftigt?

Zeuge S. L.: Nein, habe ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann ist diese Frage bei mir relativ kurz, weil dann bringt es nichts, wenn ich Sie jetzt intensiv nach DAFIS befrage, der Fehlerquote und wo die Mängel lagen, wann DAFIS eingesetzt worden ist. Für all das sind Sie nicht der Fachmann.

Zeuge S. L.: Das weiß ich nur vom Hörensagen. Ich habe mich damals nicht selbst damit beschäftigt. War nicht meine Zuständigkeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, das bringt mir nichts, weil so halb brauche ich es nicht. Ich hätte es gerne ganz gehabt.

Zeuge S. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann wären das zu Anfang meine Fragen. Ich danke Ihnen ganz herzlich. Ich würde das Wort jetzt an die Fraktionen geben, dass sie ihre Fragen stellen



Nur zur dienstlichen Verwendung

können. Die Fraktionen können ihre Fragen nach der sogenannten Berliner Stunde in entsprechenden Zeitbudgets stellen. Das bedeutet - die Zeitbudgets sind nach der Größe bemessen - für die Union 27 Minuten, für die SPD 17 Minuten, für die Fraktion Die Linke 8 und für Bündnis 90/Die Grünen auch 8 Minuten für ihre Fragen.

In der ersten Fragerunde beginnt die Fraktion Die Linke, und dann geht es nach dem Prinzip „Rede und Gegenrede“. Es folgt die Fraktion der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, dann gefolgt von der CDU/CSU, und ab der zweiten Fragerunde ist die Reihenfolge: Die Linke, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und dann die Fraktion der SPD. Ich würde vorschlagen, dass wir genau in diese Runden jetzt eintreten.

Ich gebe noch einen kleinen Hinweis: Wenn Sie Unterbrechungen, Pausen oder was zu trinken möchten - unabhängig von dem, was bei Ihnen da auf dem Tisch zu sehen ist - oder mal ein Brötchen, dann geben Sie uns ein Signal. Wir haben sicherlich viele Fragen, und Sie sollen uns bei guter Gesundheit bleiben und auch Antworten geben können. Also, geben Sie uns einfach ein Signal, -

Zeuge S. L.: Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - weil wir sind manchmal so intensiv und begeistert von den vielen Antworten; da müssen Sie einen Laut geben. - Frau Kollegin Renner bringt jetzt diese Fragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr S. L., ich würde gerne noch mal zurückgehen und zu Ihrem beruflichen Werdegang fragen. Ihr Studium, ganz allgemein, fand das im Rahmen einer Verpflichtung, zum Beispiel bei der Bundeswehr, statt?

Zeuge S. L.: Nein; denn ich bin Zivilist.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind Zivilist, okay. - Und die Anteile, die Sie in den USA studiert haben, waren die in irgendeiner Form gefördert, beauftragt, oder waren Sie dort aus eigenen - -

Zeuge S. L.: Nein, ich war ganz normal im Rahmen eines Auslandssemesters dort.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, danke. - Sie hatten in Ihrem Eingangsstatement Wert darauf gelegt, zu sagen: Es gab keine automatisierte massenhafte Weiterleitung. - Wenn wir jetzt hören „zweimal 5 Gigabyte die Sekunde bei paketvermittelter Kommunikation“: Es gab aber eine automatisierte massenhafte Erfassung. Ist es richtig, wenn wir das feststellen?

Zeuge S. L.: Es gab eine Erfassung dieses Signals. Ich habe vorhin versucht darzulegen, dass wir die Daten erst dann speichern, wenn die verschiedenartigste Kriterien erfüllen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich rede jetzt aber nicht von der Speicherung, sondern von der Erfassung. Der Begriff der Datenverarbeitung umfasst ja die Erfassung, die Verarbeitung, Speicherung und Weitergabe/Ausleitung, und ich rede jetzt über die Erfassung, ob man von einer automatisierten massenhaften Erfassung sprechen kann.

Zeuge S. L.: Man kann von einer Erfassung sprechen. Dieses Wort „massenhaft“ benutzen wir nicht. Es ist aus meiner Sicht negativ verwendet worden in der Öffentlichkeit.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt!)

Es trifft nicht das, was wir tun, weil wir eben bei der Erfassung ja schon nur Leitungen erfassen, die schon zu unserem Auftrag passen.

Martina Renner (DIE LINKE): Zweimal 5 Gigabyte die Sekunde bei paketvermittelter Kommunikation sind in der Sekunde, wenn wir jetzt mal über E-Mails reden, Millionen E-Mails in der Sekunde?

Zeuge S. L.: Das wäre so, wenn die Leitungen voll mit E-Mails wären. Das ist - -

Martina Renner (DIE LINKE): Es sind ja auch andere Inhalt dort drin.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge S. L.: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge S. L.: Die Leitungen sind im Allgemeinen - - Wir haben dazu Messungen gemacht, und diese Messungen konnten auch unabhängig bestätigt werden; es gibt ja etliche Forschungsvorhaben zum Internet. Ungefähr zwei Drittel der Inhalte im Internet sind Peer-to-Peer-Verkehre, also so Film- oder Musik-Sharing-Services. Ungefähr ein Drittel ist normales Websurfen. Von dem verbleibenden 1 Prozent - also, wenn man 66 und 33 zu 99 aufaddiert und dann das 1 Prozent nimmt - ist auch wiederum nur ein Bruchteil E-Mail. Insofern können Sie diese Rohdatenrate von 5 Gigabit pro Sekunde - ich möchte Sie da korrigieren: Gigabit pro Sekunde -, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, okay.

Zeuge S. L.: - nicht auf E-Mail anwenden.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber E-Mails waren auch darunter, und dann waren es in der Sekunde eben nicht millionenfach, sondern Hunderttausende E-Mails. Mich interessieren natürlich personenbeziehbare Daten. Auch zum Beispiel das IP-Aufrufen, also das Internetverhalten, ist natürlich, wenn man es personalisieren kann, ein Datum, was sozusagen auf eine Person zurückgeführt werden kann. Also ist nicht nur E-Mail möglicherweise brisant, sondern eben auch das Aufrufen von Webseiten im Internet. Und wenn wir jetzt noch mal die von Ihnen zugrunde gelegte Zahl nehmen, müssen wir ja doch von möglicherweise Millionen personenbeziehbaren Daten in der Sekunde sprechen, die erfasst wurden. Wir reden jetzt noch nicht über die Verarbeitung.

Zeuge S. L.: Nun, wir gehen immer nach unserem Profil vor. Und ich weiß, Sie spielen sozusagen auf die Erfassung des Rohsignals an.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge S. L.: Die Erfassung des Rohsignals - - Da haben Sie recht: Das sind dann 5 Gigabit pro Sekunde, was an Rohsignal erfasst wird.

Martina Renner (DIE LINKE): Also möglicherweise in der Sekunde billionenfach personenbeziehbare Daten.

Zeuge S. L.: Genau das nicht, weil natürlich unsere ganzen Filterstufen danach zum Tragen kommen und wir - ich bin kein Jurist; deswegen verzeihen Sie mir, wenn ich das laienhaft ausdrücke - uns da auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts stützen können, was sagt: Eine kurzfristige Erfassung ist nicht Erfassung im Sinne des Datenschutzgesetzes. - Also diese rein technische Erfassung, um überhaupt draufschauen zu können: Ist das jetzt relevant?

Martina Renner (DIE LINKE): Da ging es aber nicht um Kommunikationsdaten bei diesem Urteil, auf das Sie sich jetzt gerade beziehen.

Zeuge S. L.: Da ging es - -

Martina Renner (DIE LINKE): Deswegen ist das hier nicht Gegenstand unserer Auseinandersetzung. Hier geht es um das Fernmeldegeheimnis. Sie beziehen sich auf ein Urteil zur informationellen Selbstbestimmung, und das ist ein ganz anderer Gegenstand. Wir reden jetzt hier über Kommunikationsdaten, und da gibt es keine Unterscheidung von Daten, die im Fluss sind, Daten, die erhoben werden, und Daten, die - - Ob die jetzt eine Millisekunde oder zwei Stunden gespeichert werden, das ist immer eine Datenverarbeitung.

(Zuruf)

- „Rasterfahndungsurteil“ wird hier gerade zugelesen. - Es ist einfach: Auf was Sie gerade abzielen, ist etwas vollkommen anderes als das, worüber wir hier reden. Aber das können wir an anderer Stelle dann auch mit den Juristen aus Ihrem Haus klären.

Was mir jetzt wichtig ist: Sie sagten: Okay, wir haben diese - - Also, ich würde jetzt sagen: Wir haben die automatisierte massenhafte Datenerfassung, und dann kommt die Verarbeitung über die Kaskaden der Filter. - In diesem Zusammenhang:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Gibt es dort - und wenn ja, können Sie genau beschreiben, an welchen Stellen? - die Möglichkeit, die Daten anzusehen?

Zeuge S. L.: Sie können die Daten dann ansehen, wenn die durch die gesamte Verarbeitungskette gegangen sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Erst am Ende?

Zeuge S. L.: Erst am Ende.

Martina Renner (DIE LINKE): Es gibt zwischen den einzelnen Verarbeitungsschritten keine Möglichkeit, die Daten anzusehen?

Zeuge S. L.: Zwischen den einzelnen Verarbeitungsschritten könnte theoretisch jemand, der direkt an dem Verarbeitungsrechner sitzt und auch das Rohdatenformat lesen könnte, sich diese Daten anschauen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wurde zwischen den einzelnen Verarbeitungsschritten von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, sich die Daten anzusehen, um zum Beispiel zu kontrollieren, ob die Signaldaten ordentlich aufbereitet sind?

Zeuge S. L.: Nein, das wurde nicht gemacht. Wir haben zum Beispiel einen Einbruch im Signal erst immer dann festgestellt, wenn hinten nichts mehr rauskam, also wenn die gesamte Verarbeitungskette nichts mehr gebracht hat. Dann haben wir uns zunächst das Signal angeschaut, ob das noch gut ist. Das ist zwischendurch vorgekommen. Deswegen kann ich das so genau sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie bleiben dabei: Zwischen den einzelnen Verarbeitungsschritten wurde nicht sozusagen zufällig oder sporadisch auf die Daten gesehen? Es gab keine Viewer-Funktion, mit der ich auf die Daten sehen konnte? Oder gab es zum Beispiel ein spezielles Programm, was es ermöglicht hätte, via eines Viewers auf die Daten zwischen den Verarbeitungsschritten zu sehen?

Zeuge S. L.: Nein, das gab es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das gab es nicht. - Sie sprachen jetzt davon, dass die Daten „nach unserem Aufgabenprofil“ durch diese Kaskaden gegangen sind. Sie meinen damit das Aufgabenprofil des BND?

Zeuge S. L.: In diesem Fall für die Operation „Eikonol“ wurden Selektoren eingestellt durch den BND nach dem Auftragsprofil des BND und Selektoren von US-Seite.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Aber vorhin haben Sie eben immer vom Aufgabenprofil des BND gesprochen. Das war etwas missverständlich, weil man den Eindruck hatte, es wären lediglich Selektoren, die vonseiten des BND zur Verfügung gestellt wurden. Es waren überwiegend - wie würden Sie das einschätzen? - Selektoren, die vonseiten der NSA zu Ihnen geleitet wurden?

Zeuge S. L.: Das kann ich leider nicht sagen, weil dafür andere Bereiche in unserem Haus zuständig waren und das nicht in meinem Aufgabebereich lag.

Martina Renner (DIE LINKE): Ihr Aufgabebereich, in dem Sie Projektleiter waren, wie viele Mitarbeiter umfasste er?

Zeuge S. L.: Mich selbst.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind Ihr eigener Projektleiter gewesen?

Zeuge S. L.: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist das üblich im BND, dass es Projekte gibt, die aus einer Person bestehen?

Zeuge S. L.: Die Projektleiter können normalerweise auf Personal zugreifen, indem sie die jeweiligen Fachbereiche² um Mitarbeit in dem Projekt bitten.

2) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Also Sie haben Weisungsbefugnis?

Zeuge S. L.: Nein, wir haben keine Weisungsbefugnis.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer war Ihnen gegenüber weisungsbefugt? Wer war Ihr Vorgesetzter?

Zeuge S. L.: Der Zeuge W. K.

Martina Renner (DIE LINKE): Die ganze Zeit, oder gab es einen Wechsel?

Zeuge S. L.: Es gab zwischendrin einen Wechsel, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie darstellen, wann der Wechsel war, also von wann bis wann wer Ihr Vorgesetzter war?

Zeuge S. L.: Das weiß ich nicht mehr genau. Zwischendrin hat Herr K. eine andere Tätigkeit übernommen. Ich kann aber nicht sagen, wann das war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nach der Beantwortung müssten wir jetzt wechseln und kommen zur Fraktion der SPD. - Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, ich würde jetzt da weitermachen, was zum Schluss auch die Kollegin Renner gefragt hat. Sie waren Projektleiter. Sie haben jetzt ein paarmal auf Fragen gesagt, das war nicht Ihr Aufgabenbereich. Beschreiben Sie doch mal positiv Ihren Aufgabenbereich als Ein-Mann-Projektleiter.

Zeuge S. L.: Mein Aufgabenbereich war die Konzipierung und Koordination des Aufbaus der Erfassungssysteme vor Ort beim Betreiber. Dazu hatte ich Rückgriff auf zwei Techniker aus Bad Aibling, die mir bei konkreten Aufbauarbeiten geholfen haben, also bei Verkabelung, Aufbau, Einbringen von Gerät usw. Das waren BND-Techniker, um einer Folgefrage gleich zuvorzukommen. Der wichtigste Anteil war die Auswahl des

geeigneten technischen Equipments, um die anliegenden Signale verarbeiten zu können, also der Multiplexer und Router, und dann auch die Konfiguration dieser Systeme, dass wir die Signale verarbeiten können.

Christian Flisek (SPD): Das war die Konzipierung sozusagen.

Zeuge S. L.: Konzipierung, Aufbau und Betrieb dieser Eingangsgeräte.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, das, was Sie da konzipiert haben, haben Sie auch permanent beobachtet und geschaut, wie das läuft.

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ganz banale Frage: War das dann, wenn das konzipiert war, wenn das so alles gut lief, eine tagesfüllende Aufgabe?

Zeuge S. L.: Nein, aber ich war ja in meiner Tätigkeit nicht nur Projektleiter, sondern ganz allgemein im Bereich der Kabelverarbeitung.

Christian Flisek (SPD): Können Sie das jetzt noch mal konkretisieren? Sie waren also nicht nur Projektleiter, sondern Sie waren zusätzlich - -

Zeuge S. L.: Ich war Referent im Bereich der Kabelaufklärung und zuständig für Erfassungstechnik ganz vorne am Erfassungskopf.

Christian Flisek (SPD): Was haben Sie neben „Eikon“ noch verantwortet?

Zeuge S. L.: Andere kabelgestützte Erfassungsanlagen.

Christian Flisek (SPD): Andere kabelgestützte Erfassungsanlagen. - Andere Projekte? Oder wäre das jetzt falsch formuliert?

Zeuge S. L.: Andere Erfassungsanlagen in anderen Projekten oder Operationen.

Christian Flisek (SPD): Auch an anderen Orten?

Zeuge S. L.: Auch an anderen Orten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Wie viel Anteil an Ihrer Tagestätigkeit hatte denn dann das Projekt „Eikonol“?

Zeuge S. L.: Das weiß ich jetzt nicht mehr. Das ist schon so lange her.

Christian Flisek (SPD): Schätzungsweise. Ich brauche keine exakte Zahl, einfach so Pi mal Daumen.

Zeuge S. L.: In den Aufbauzeiten 100 Prozent, ansonsten schätze ich mal 20 Prozent.

Christian Flisek (SPD): Also ungefähr ein Fünftel. Vier Fünftel waren dann die anderen Erfassungsprojekte.

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Waren das auch Projekte, wo mit Amerikanern zusammengearbeitet wurde, neben „Eikonol“?

Zeuge S. L.: Nein, aber ich möchte jetzt in öffentlicher Sitzung nicht im Detail auf andere Erfassungsprojekte des BND eingehen.

Christian Flisek (SPD): Gut. Dann werde ich gegebenenfalls in der nichtöffentlichen Sitzung darauf zurückkommen. - Wann hatten Sie denn das erste Mal Kontakt mit dem Projekt „Eikonol“?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge S. L.: Bitte? Könnten Sie die Frage wiederholen?

Christian Flisek (SPD): Ich weiß jetzt nicht, was der Herr Rechtsanwalt Ihnen gesagt hat. Wollen Sie zur letzten Frage noch etwas ergänzen?

Zeuge S. L.: Ja, andere Projekte des Bundesnachrichtendienstes sind nicht Beweisgegenstand.

Christian Flisek (SPD): Das hängt von der Art der Projekte ab.

(Heiterkeit)

Per se kann man das nicht so sagen. Wenn Ihnen der Herr Eisenberg das gesagt hat, dann liegt er ein bisschen neben der Spur, muss ich mal so sagen. Das hängt sehr von der Qualität der Projekte ab, und das beurteilen dann wir. Das ist Teil unseres Aufklärungsauftrags. Aber gut, lassen wir das, ich werde noch mal im Rahmen der geheimen oder der nichtöffentlichen Sitzung darauf zurückkommen.

Wann hatten Sie denn das erste Mal Kontakt mit dem Projekt „Eikonol“?

Zeuge S. L.: Circa ein Jahr, nachdem ich beim Bundesnachrichtendienst begonnen habe, also circa 2004.

Christian Flisek (SPD): 2004. - Auf welche Vorarbeiten konnten Sie, als Sie sozusagen dort damit in Berührung kamen, zurückgreifen? Oder war das Projekt so eine Nullstunde? Anders gefragt: Haben Sie im Prinzip die gesamten Arbeiten, die notwendig waren im technisch-operativen Bereich, um das Projekt aufzubauen, von Null an begleitet? Oder gab es da Vorarbeiten?

Zeuge S. L.: Nein, die technisch-operative Seite habe ich gemacht.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Sie sagten, der Zeuge W. K. war Ihr Vorgesetzter im Wesentlichen. Haben Sie ihm gegenüber berichtet?

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): In welcher Form haben Sie berichtet?

Zeuge S. L.: In mündlichen Berichten und in kurzen schriftlichen Aktenvermerken.

Christian Flisek (SPD): In kurzen schriftlichen Aktenvermerken. - Wie regelmäßig waren diese kurzen schriftlichen Aktenvermerke?

Zeuge S. L.: Die waren unregelmäßig.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Unregelmäßig. - Waren sie fallbezogen oder turnusgemäß, also wenn besondere Vorkommnisse vorkamen, dass man gesagt hat, dann berichte ich anlassgebunden?

Zeuge S. L.: Das war anlassgebunden, je nach Fortschritt an dem Projekt.

Christian Flisek (SPD): Was waren solche Anlässe?

Zeuge S. L.: Zum Beispiel dass ein Signal aufgeschaltet war, dass ein Signal weggebrochen ist, dass wir ein weiteres Equipment einbauen mussten, um das Signal zu regenerieren, solche Sachen.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie im Rahmen Ihrer Berichte neben dem Zeugen W. K. noch mit anderen Personen Kontakt gehabt im Rahmen der operativen Verantwortung zu „Eikonol“, die Sie wahrgenommen haben?

Zeuge S. L.: Diese Berichte wurden im Hause per Lotus Notes-Mail verschickt.

Christian Flisek (SPD): Ob Sie jetzt direkt noch Kontakt hatten? Ob es neben W. K. - - ob da auch mal eine Stufe übersprungen wurde?

Zeuge S. L.: Ich habe bei Projektbesprechungen auch den Abteilungsleiter getroffen, aber dem habe ich nicht direkt berichtet.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Wie oft fanden diese Projektbesprechungen statt?

Zeuge S. L.: Das war auch unregelmäßig. Ich würde sagen, circa halbjährlich.

Christian Flisek (SPD): Circa halbjährlich. - Gab es sonst noch irgendwelche Koordinierungstreffen, an denen Sie teilgenommen haben, um dieses Projekt am Laufen zu haben?

Zeuge S. L.: Es gab natürlich Koordinierungstreffen mit dem Sachgebiet JSA, wo ich berichtet habe über den Sachstand von technischer Erfassungsseite, wo auch dann zum Teil Amerikaner

dabei waren, die auch unterrichtet wurden über den Fortgang des Projekts.

Christian Flisek (SPD): Da hatten Sie auch unmittelbaren Kontakt mit US-amerikanischen Mitarbeitern, -

Zeuge S. L.: Ja, hatte ich.

Christian Flisek (SPD): - also mit Mitarbeitern anderer Dienste?

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): War das ein regelmäßiger Kontakt?

Zeuge S. L.: Das war ein unregelmäßiger Kontakt.

Christian Flisek (SPD): Unregelmäßiger Kontakt. - Können Sie uns irgendwas über diesen Kontakt sagen? Wie lief der ab? Wie war die Stimmung? War das sehr kollegial, war das herzlich, eher nüchtern?

Zeuge S. L.: Die Stimmung war eher kollegial, freundlich-interessiert, nicht herzlich, also geschäftsmäßig.

Christian Flisek (SPD): Geschäftsmäßig. - Im Rahmen des Projektes selber, ist Ihnen da etwas aufgefallen? Hat man sich ausgetauscht über die Sinnhaftigkeit, über den Zweck des Projektes, ob es erfolgreich ist oder nicht aus jeweiliger Sicht?

Zeuge S. L.: Nun, zum Anfang des Projektes war ganz klar, dass wir noch viel lernen müssen, dass wir viele Erfahrungen sammeln müssen, auch beim technischen Herangehen an diese Signale. Dann im Laufe des Probetriebes war klar, dass zu diesem Zeitpunkt noch nicht viele Ergebnisse rauskommen konnten. Gegen Ende des Projektes war ganz klar, dass sich die Amerikaner mehr Ergebnisse erhofft hatten und wir das aber nicht bringen konnten, mehr Ergebnisse.

Christian Flisek (SPD): Also am Anfang war die Stimmung eher mit hohen Erwartungen, oder?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge S. L.: Die Stimmung war von hohen Erwartungen getragen, die wir am Ende so nicht erfüllen konnten.

Christian Flisek (SPD): Und warum konnten diese Erwartungen nicht erfüllt werden? Wenn Sie das bitte noch mal darstellen.

Zeuge S. L.: Die Erwartungen konnten nicht erfüllt werden, weil wir, um sicherzustellen, dass kein Deutscher in dem Material war, das an JSA weitergeleitet wurde, alles so gemacht haben - technisch und betrieblich -, dass nur noch sehr wenig herauskam. Das heißt, mit dem Einstellen unserer Filter auch, sind wir im Zweifel davon ausgegangen, dass es sich um einen grundrechtlich geschützten Teilnehmer handelt, und dann wurde im Zweifel das Material nicht weitergeleitet. Zudem wurden neben der automatisierten technischen Filterung noch weitere Schritte gemacht, um sicherzustellen, dass es kein grundrechtsgeschützter Verkehr ist. Deswegen kam zum Schluss sehr wenig dabei raus. Da waren die Amerikaner etwas unzufrieden.

Christian Flisek (SPD): Das Projekt ist ja dann auch beendet worden. Können Sie uns dazu etwas sagen? Wie kam es zur Beendigung?

Zeuge S. L.: Das Projekt ist genau aus diesem Grund beendet worden, weil die Amerikaner gesehen haben, dass wir vor dem Hintergrund unserer Gesetze und mit unserem rechtlichen Handeln da für sie nicht mehr würden herausholen können. Deswegen haben die Amerikaner das Interesse verloren, und wir haben das Projekt beendet.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Wie ist denn der Netzbetreiber dazu gebracht worden, den Zugang zu den Kabeln zu ermöglichen?

Zeuge S. L.: Im leitungsvermittelten Bereich haben wir Transitstrecken, also Ausland-Ausland-Strecken erfasst. Wir konnten den Netzbetreiber auch nicht aufgrund der G-10-Gesetzgebung sozusagen dazu zwingen, uns diese Strecken zu geben, sondern wir haben vor dem Hintergrund des BND-Gesetzes den Betreiber gebeten, uns diese Strecken zu geben.

Christian Flisek (SPD): Sie haben ja gesagt, Sie sind kein Jurist. Ich habe dafür Verständnis. Ich frage jetzt trotzdem nach: Sie haben das auf der Grundlage wahrscheinlich der Aufgabenzuweisung des BND im BND-Gesetzes getan.

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Und da haben Sie ihn darum gebeten. Ist der Netzbetreiber dem gleich nachgekommen, oder wie verhielt er sich in diesem Kontext?

Zeuge S. L.: Der Netzbetreiber hatte zunächst Sorge, dass er, wenn er uns das gibt, sich nicht im Rahmen der Gesetze bewegen würde, und wollte von daher eine Bestätigung, dass dem so sei. Als er die bekommen hat, hat er uns dann auch die Transitstrecken gegeben.

Christian Flisek (SPD): Bestätigung von wem?

Zeuge S. L.: Bestätigung wollte er von der Leitung des BND oder vom Bundeskanzleramt.

Christian Flisek (SPD): Und welche Bestätigung hat er dann am Ende bekommen?

Zeuge S. L.: Meines Wissens eine Bestätigung des Bundeskanzleramtes.

Christian Flisek (SPD): Die hat dann ausgereicht, um diese Sorge aus der Welt zu räumen?

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, er hat dann auf der Grundlage die Kooperation wahrgenommen?

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): War das ein Vertrag, oder war das eine mündliche oder schriftliche Abmachung? Ich meine, er wollte ja wahrscheinlich auch Geld dafür haben.

Zeuge S. L.: Das weitere Vorgehen hinsichtlich von Dienstleistungen durch den Betreiber, also zum Beispiel Einbauen von Splintern in den Lei-



Nur zur dienstlichen Verwendung

tungen und Weiterleitung auf Kabeln bis in unseren Betriebsraum, das wurde dann vertraglich geregelt. Dafür hat der BND dann gezahlt.

Christian Flisek (SPD): Dafür hat der BND gezahlt. - Irgendwann tauchte doch dann auch mal eine G-10-Anordnung auf.

Zeuge S. L.: Ja, weil in IP-Strecken, -

Christian Flisek (SPD): Also beim paketvermittelten - -

Zeuge S. L.: - bei paketvermittelnden Verkehren, diese Ausland-Ausland-Streckentrennung nicht so einfach ist.

Christian Flisek (SPD): Das sind die Pillen am Boden.

Zeuge S. L.: Das sind die Pillen am Boden. Deswegen kamen wir an diese Strecken nur aufgrund einer G-10-Anordnung.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Wer hat denn da Initiative - - War das eine Initiative vom BND, dass man gesagt hat: „Jetzt brauchen wir dafür eine G-10-Anordnung“, oder war das eine Initiative, die der Netzbetreiber ergriffen hat? Hat der gesagt: Ich kann das jetzt nicht mehr so. Also, die Pillen liegen am Boden, und es ist schwierig, das so zu trennen wie bei den leitungsvermittelten Diensten, da ist es einfacher - das haben Sie ja gerade dargestellt -, bei den paketvermittelten ist es schwieriger. Weil es so schwierig ist, brauche ich eine G-10-Anordnung. - Ging das von ihm aus oder ging das vom BND aus?

Zeuge S. L.: Das ging von uns aus.

Christian Flisek (SPD): Das ging von Ihnen, also vom BND, aus.

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Aus welcher Motivation heraus? Können Sie uns das darstellen?

Zeuge S. L.: Weil wir die G-10-Erfassung sowieso machen wollten beim Betreiber. Dafür brauchen wir die G-10-Anordnung.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, aus Ihrer Sicht haben Sie gesagt: Wir behandeln dann mit der G-10-Anordnung den Rest, die Ausland-Ausland-Kommunikation als Beifang. - Kann ich das so sagen, oder wäre das übertrieben oder ein falscher Begriff?

Zeuge S. L.: Die G-10-Anordnung war sozusagen der Hauptzweck. Die Ausland-Ausland-Verkehre, die da mit drin waren, waren sozusagen der Benefit für die Operation „Eikonol“.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Wusste denn der Netzbetreiber, als er dann die G-10-Anordnung gesehen hat, dass es Ihnen auch darum ging, nach wie vor im paketvermittelten Bereich dann Ausland-Ausland-Kommunikation abzufangen?

Zeuge S. L.: Das weiß ich nicht, ob der Betreiber das wusste. Er hat sich mir gegenüber nie so geäußert.

Christian Flisek (SPD): Aber er hat es ja vorher freiwillig auf vertraglicher Basis getan. So habe ich das zumindest verstanden.

Zeuge S. L.: Das war aber leitungsvermittelt. Das ist etwas anderes.

Christian Flisek (SPD): Okay. Das war nur rein leitungsvermittelt.

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Aber im leitungsvermittelten Bereich hat er gewusst, es geht auch um die Ausland-Ausland-Kommunikation? Es wäre jetzt aus meiner Bewertung heraus, sage ich mal, ein bisschen lebensfremd, zu glauben: Wenn ich sozusagen auch noch paketvermittelte Dienste abgreife, da geht es dann tatsächlich nur noch um G-10-Kommunikation und nicht um Ausland-Ausland-Verkehre. - Würden Sie sich der Bewertung anschließen, dass es lebensfremd wäre, das zu glauben?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge S. L.: Ich kann nicht in den Kopf der Leute und Betreiber schauen.

Christian Flisek (SPD): Das ist mir klar. Ich frage Sie ja, ob Sie aus der Operation heraus, aus Ihren Erfahrungen heraus das als lebensfremd empfinden würden? Sie haben ja auch Kontakt zu den Verantwortlichen auf der anderen Seite gehabt.

Zeuge S. L.: Ich würde sagen, dass wir natürlich auch die Ausland-Ausland-Verkehrsinhalte mit verarbeiten.

Christian Flisek (SPD): Sie würden sagen, dass Sie auch die Ausland-Ausland-Verkehrsinhalte mit - - Das war auch dem Netzbetreiber - - müsste das klar gewesen sein?

Zeuge S. L.: Es wurde ihm jedenfalls nichts anderes gesagt.

Christian Flisek (SPD): Hatte er denn im Rahmen des Betriebes irgendwelche Anhaltspunkte, wo er hätte sehen können: „Jawohl, es geht nicht nur um G 10, sondern auch um Ausland-Ausland“?

Zeuge S. L.: Nein, im Rahmen des Betriebes hatte er das gewiss nicht; denn der Betreiber kriegt ja eine Beschränkungsanordnung, wo genau auch Daten - - Ja gut, der Betreiber bekommt die Beschränkungsanordnung ohne Begründung. Aber damit er die erhält, müssen wir ja vor der G-10-Kommission begründen, warum wir diese Strecke haben wollen.

Christian Flisek (SPD): Ich frage jetzt noch mal zugespitzt: War es denn vielleicht so, dass Sie dem Netzbetreiber bei den paketvermittelten Diensten gegenüber hätten darstellen sollen: „Es geht nur um G 10“?

Zeuge S. L.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nein. - Haben Sie kommuniziert: „Es geht auch - - Also, es geht eigentlich um alles“?

Zeuge S. L.: Wir haben kommuniziert, dass wir uns aus dem Verkehr die G-10-Kommunikation nach G-10-Regime raussuchen.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Vorsitzender Prof. Dr. Patrick Sensburg: An dieser Stelle müssten wir dann mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weitermachen. Kollege Konstantin von Notz fängt, denke ich, an.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, was war eigentlich die Rechtsgrundlage für diese ganze Aktion „Eikonal“?

Zeuge S. L.: Sie meinten für die Kooperation mit den US-Amerikanern?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für die gesamte Aktion „Eikonal“, die Erfassung der Routineverkehre. Was war für die Weiterleitung in die JSA, wo ja schon Amerikaner sitzen - der amerikanische Geheimdienst sitzt da mit am Tisch, guckt sich diese Sachen an - die Rechtsgrundlage?

Zeuge S. L.: Grundlage der Operation „Eikonal“ war das Memorandum of Agreement zwischen dem BND und der NSA. Ich weiß nicht, was Sie sonst meinen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja ein Eingriff in Grundrechte, wenn Sie das machen. Wenn Sie sich an eine Leitung setzen - darüber haben Sie ja bestimmt schon mal nachgedacht - und die vertrauliche Kommunikation von Millionen von Menschen erfassen, brauchen Sie dafür ja eine Gesetzesgrundlage. Was ist die?

Zeuge S. L.: Ich bin kein Jurist, deswegen kann ich da nicht differenziert antworten. Mir wurde es so erklärt, dass die Rechtsgrundlage im BND-Gesetz liegt für die Ausland-Ausland-Kommunikation und natürlich im G-10-Gesetz für die G-10-geschützte Kommunikation.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einer der entscheidenden Filter war DAFIS, nicht wahr? Da haben Sie eben gesagt, über den hätten Sie keine genaue Kenntnis gehabt, weil Sie da nicht mitgearbeitet haben. Ist das korrekt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge S. L.: Das ist korrekt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz zu Anfang - ich habe Ihrem Eingangsstatement so aufmerksam gelauscht -, haben Sie hier gesagt unter Wahrheitspflicht: Wir haben uns immer an Recht und Gesetz gehalten. - Ich verstehe das so, dass Sie hier sozusagen keine launigen Beschreibungen machen, sondern als Zeuge die Wahrheit sagen. Da frage ich mich, wenn Sie vom entscheidenden Filter keine genaue Kenntnis haben und sich der Rechtslage nicht voll bewusst sind, wie Sie zu einer solchen Aussage kommen?

Zeuge S. L.: Im BND haben wir wie überall in der öffentlichen Verwaltung Aufgabenteilung. Jeder Bereich ist für seine Fähigkeiten ausgewählt. Insgesamt müssen wir immer davon ausgehen, dass der andere Bereich, der einen Teil eines gesamten Komplexes bearbeitet, nach Recht und Gesetz arbeitet. Das Ganze wird überprüft durch die Rechtsbereiche im BND und natürlich durch die G-10-Kommission und das Parlamentarische Kontrollgremium und unsere Fachaufsicht im Bundeskanzleramt. Insofern habe ich gesagt, dass wir uns an Recht und Gesetz gehalten haben, weil ich keinerlei Anhaltspunkte habe, dass irgendeiner der anderen Bereiche gegen Recht und Gesetz verstoßen hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie geben hier nicht Ihre eigene Meinung, sondern die Meinung von anderen Menschen wieder.

Zeuge S. L.: Das muss ich im BND machen, weil andere dafür zuständig sind. Deswegen kann ich auch sagen: „Nach bestem Wissen und Gewissen“, wie ich das im Eingangsstatement gesagt habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als Zeuge hier haben Sie gesagt: Wir haben uns immer an Recht und Gesetz gehalten. - Ich sage Ihnen: Sie sind da auf dünnem Eis unterwegs, weil Sie das gar nicht beurteilen können. Und das bestätigen Sie hier auch. Deswegen bin ich irritiert von solchen Eingangsstatements.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Zeuge, Sie verstehen das selbstverständlich nicht als Drohung, sondern als Hinweis, dass Sie weiterhin die Wahrheit sagen sollen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was soll denn daran eine Drohung sein? Ich werde das ja wohl mal festhalten können. So.

Vorsitzender Prof. Dr. Patrick Sensburg: Klar. Das geht auch nicht von der Redezeit ab.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist schon mal was. - Man fragt sich ja: Warum eigentlich Frankfurt? - Wir haben bisher immer gedacht: Frankfurt, so ein großer Knotenpunkt und so. - Aber es war ja wohl so: Die Amerikaner wollten gerne nach Frankfurt. - Jetzt ist die Frage: Die Leitung, die Sie angezapft haben mit „Eikonol“, ist das eine dieser berühmten DE-CIX-Leitungen, oder ist das gar nicht direkt DE-CIX?

Zeuge S. L.: Hier wurde schon mehrmals auf den DE-CIX angespielt. Ich möchte es festhalten, weil ich nicht DE-CIX bestätige. Sie haben dazu vom Zeugen W. K. schon eine ausführliche Antwort erhalten, die - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich Sie da ganz kurz unterbrechen darf. Ich habe mir vorgenommen, das nur noch sehr selten zu tun, aber weil ich hier so wenig Redezeit habe, muss ich darauf achten. Sie haben schon ein paarmal gesagt, was uns andere Zeugen erzählt haben - dass auch Sie den Blog von Netzpolitik.org lesen, das freut mich total -, aber Sie sollen hier nach Ihrer Kenntnislage aussagen. Deswegen ist völlig egal, was uns Herr W. K. hier erzählt hat. Ich frage Sie: War das eine Leitung, die zum DE-CIX-Knotenpunkt gehört hat, ja oder nein?

Zeuge S. L.: Das war keine Leitung, die zum DE-CIX-Knotenpunkt ging.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Das ist interessant. Jetzt ist die entscheidende Frage: Was war das eigentlich für eine Leitung? Warum war die so interessant?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge S. L.: Wir haben im Vorfeld eine Analyse aus offenen Quellen gemacht, welche Leitungen der Netzbetreiber hat, welche Telekommunikationsknoten auf der Welt besonders wichtig und gut sind, wo höchstwahrscheinlich Verkehre hingehen, die für uns auftragsrelevant sind. Nach diesen Kriterien haben wir die Leitungen ausgewählt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war dann eben keine Leitung am DECIX, sondern es war eine Leitung in Frankfurt-Nied oder irgendwo.

Zeuge S. L.: Es war eine Leitung in Frankfurt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie, die Reihenfolge, die hier eben angesprochen wurde, wann sozusagen die G-10-Anordnung abgefragt wurde, die irritiert ja ein bisschen, also von der Abfolge. Deswegen fragt man sich: Eigentlich ging es ja beim Projekt „Eikonol“ um die Erfassung der Routineverkehre, korrekt?

Zeuge S. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum hat man dann nachträglich, später, nachdem man schon viele Millionen Daten abgefangen hat, eine G-10-Genehmigung eingeholt?

Zeuge S. L.: Das Projekt „Eikonol“ hat ja mit leitungsvermittelten Verkehren angefangen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge S. L.: Wir sind uns während der Laufzeit des Projektes „Eikonol“ - - ist der BND sich bewusst geworden, dass wir auch IP-Verkehre erfassen müssen und dass wir deswegen für IP-Verkehre eine G-10-Anordnung brauchen. Das waren also davon unabhängige Schritte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum brauchen Sie für IP-Verkehre dann auf einmal eine G-10-Anordnung?

Zeuge S. L.: Weil sich in IP-Verkehren dieser reine Ausland-Ausland-Bezug nicht mehr darstellen lässt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Weil Sie auf einmal so wahnsinnig viele deutsche Pillen auf dem Boden liegen gehabt haben.

Zeuge S. L.: Weil es vorkommen könnte, dass deutsche Pillen auf dem Boden liegen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das vorgekommen?

Zeuge S. L.: In der IP-Erfassung auf diesen Leitungen waren auch G-10-geschützte Verkehre.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie wann festgestellt?

Zeuge S. L.: Das haben wir sofort festgestellt. Deswegen brauchten wir ja eine G-10-Anordnung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie haben Sie das denn sofort festgestellt?

Zeuge S. L.: Das kann man anhand der IP-Adressen in den IP-Verkehren erkennen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die konnten Sie ja nicht angucken, sondern nur das, was hinten rauskommt - so habe ich das vorhin verstanden; Frau Renner hat ja sehr genau nachgefragt -, erst bei den Ergebnissen. Also heißt das, Sie haben bei den Ergebnissen gesehen: „So ein Mist, da sind auch lauter deutsche Daten dabei“?

Zeuge S. L.: Nein, wir mussten uns klar sein, dass IP-Verkehre drin sein könnten. Deswegen haben wir diesen mehrstufigen Filter, von dem ich schon gesprochen habe, eingearbeitet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber jetzt geht es ja gerade um die G-10-Genehmigung. Wann sind Sie auf die Idee gekommen, eine G-10-Genehmigung zu bekommen? Wo sind Ihnen denn die deutschen Daten begegnet?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge S. L.: Verzeihung, die G-10-Genehmigung musste sein, bevor wir überhaupt das Signal aufgeschaltet bekamen. Das heißt, wir hatten erst die G-10-Genehmigung und dann erst das Signal. Ohne G-10-Genehmigung hätten wir das Signal vom Betreiber nicht bekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und jetzt kommt das Signal von der Uhr, weil wir die acht Minuten schon überschritten haben. - Ich komme jetzt zu der Fraktion der CDU/CSU. Ihre Fragen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, ich habe zunächst drei Fragen zu Ihren bisherigen Aussagen hier und möchte nahtlos an das anknüpfen, was der Kollege von Notz ansprach. Der Kollege von Notz sagte vor kurzem, nachdem man „viele Millionen Daten abgegriffen hat“, sei es dann um die G-10-Genehmigung gegangen. Sie haben eben gesagt, die G-10-Genehmigung haben Sie gebraucht, bevor die Signale aufgeschaltet waren. Meine Frage ist, weil das so im Raum steht: Haben Sie tatsächlich viele Millionen Daten abgegriffen, bevor Sie sich um die G-10-Genehmigung bemüht haben?

Zeuge S. L.: Herzlichen Dank, Herr Kiesewetter. Es ist so, dass wir im leitungsvermittelten Bereich vorher ja schon Daten hatten und, wie ich vorhin ausführte, Ausland-Ausland-Leitungen vom Betreiber bekommen haben. Die G-10-Genehmigung, auf die ich gerade ansprach, war für IP-Verkehre auf Leitungen, in denen IP-Verkehre liefen. Insofern sind diese Millionen Daten nicht vergleichbar, weil das zwei ganz unterschiedliche Verkehrsarten sind.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Gut. Aber trotzdem - wir haben auch Öffentlichkeit hier -: Was bedeutet „Abgriff von vielen Millionen Daten“? Ich komme gleich noch in einer anderen Frage dazu. Würden Sie noch mal klarstellen, weil das ja im Raum steht: Sind diese vielen Millionen Daten abgegriffen worden, bevor es um entsprechende Filter ging? Es kann ja durchaus zutreffen, was der Kollege von Notz sagt, aber das möchte ich gern herausgearbeitet haben.

Zeuge S. L.: Wir hatten die leitungsvermittelten Verkehre, dort die Ausland-Ausland-Strecken. Die haben wir bereits bearbeitet und Daten auch weitergegeben, bevor die G-10-Genehmigung für paketvermittelte Strecken vorlag. Deswegen ist das eine Aussage von Herrn Notz, dass es sich um viele Millionen Daten handelt. Ich habe vorhin ausgeführt, dass wir insgesamt wenige Hundert Meldungen bzw. einige Hundert Meldungen im Jahr erzeugt haben aus dem Gesamtprojekt „Eikonol“. Insofern: Diese Zahl „mehrere Millionen“ möchte ich hier nicht bestätigen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das führt mich aber gleich zur nächsten Frage. Sie haben vorhin in der Tat gesagt, es seien wenige Hundert Datensätze weitergegeben worden pro Jahr. Und auf Nachfrage hier aus dem Saal hieß es dann: wenige Hundert Meldungen. Jetzt möchte ich mal wissen: Was bedeutet eine Meldung? Umfasst eine Meldung eine Mail, oder sind dort etliche Mails - - Oder was für Daten sind in so einer Meldung zusammengefasst?

Zeuge S. L.: Eine Meldung ist ein Telefonat oder ein Fax oder eine Mail.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Kann man also sagen, wenn es sich um wenige Hundert Datensätze handelt, dass also pro Jahr 600, 700, 800 oder wie auch immer, aber nicht Tausend Faxe, Mails weitergegeben wurden?

Zeuge S. L.: Das kann man sagen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das bedeutet also: In diesen Datensätzen sind nicht angebunden zig Mails oder mehrere oder weitere Pakete, sondern das ist - - Ein Datensatz bedeutet eine Meldung, sprich: eine E-Mail oder ein Telefonat oder Vergleichbares.

Zeuge S. L.: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke schön. - Dritte Frage in dem Zusammenhang: Herr Zeuge, Sie sagten vorhin, Sie haben an der Konzipierung und der Koordination des Aufbaus von Erfassungssystemen beim Betreiber mitgewirkt. Bei wie vielen Betreibern waren Sie denn



Nur zur dienstlichen Verwendung

tätig, bei wie vielen unterschiedlichen Betreibern im Sinne des Untersuchungsgegenstandes?

Zeuge S. L.: Bei einem.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich halte also fest: Sie waren bei einem Telekommunikationsbetreiber tätig im Sinne des Untersuchungsgegenstandes, um den sich dieser Untersuchungsausschuss kümmert.

Zeuge S. L.: Da kann ich nur wiederholen, was ein vorheriger Zeuge gesagt hat: Diese Kooperation mit JSA war wirklich einzigartig.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das werden wir ja dann noch weiter prüfen. - Ich möchte noch mal auf die Filtersysteme zurückkommen. Ich zitiere aus einem Artikel der *Süddeutschen Zeitung* vom 4. Oktober 2014 - das ist der berühmte Artikel „Codewort: Eikonol“ -:

Als der Abteilungsleiter der Technischen Aufklärung beim BND im Juli 2008 ein Resümee der Operation zog, räumte er ein, dass der Filter, der die Rechte der Deutschen sichern sollte, nie richtig funktionierte. „Das Vorhaben scheiterte daran, dass es technisch nicht möglich ist, eine absolute und fehlerfreie Trennung von geschützter und ungeschützter Kommunikation zu erreichen.“

Ist Ihnen die Funktionsweise bzw. die hier genannte Kritik an dem verwandten Filtersystem bekannt?

Zeuge S. L.: Die Kritik ist mir bekannt. Ich habe vorhin auch ausgeführt, dass wir alles technisch und betrieblich Notwendige getan haben und dass wir da, wo der Filter zu kurz gegriffen hat, betriebliche Maßnahmen ergriffen haben, um eben keine grundrechtsgeschützten Verkehre weiterzugeben.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wie lange lief denn das System ohne die Schutzmaßnahmen, die dann die eingebauten Filter bewirkt haben?

Zeuge S. L.: Das System lief nie ohne Schutzmaßnahmen eingebauter Filter.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das heißt, Sie haben von Anfang an entsprechende Filter eingebaut.

Zeuge S. L.: Wir haben von Anfang an entsprechende Filter eingebaut, diese Filter zunächst getestet, und erst ganz zum Schluss, als ein Test ergeben hat, dass die Filter funktionieren, haben wir sozusagen Material freigegeben.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Was war denn dann letztlich das Ergebnis der Datenfilterung? Was kam letztlich dabei heraus?

Zeuge S. L.: Wie ich schon sagte: mehrere Hundert Meldungen pro Jahr.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Weiter wird im gleichen Artikel der *Süddeutschen Zeitung* vom 4. Oktober berichtet, 2005 sei aufgefallen, dass die Amerikaner die gemeinsame Arbeit dazu missbraucht hätten, Informationen über EADS, Eurocopter und französische Behörden zu suchen. Was ist Ihnen hierzu bekannt?

Zeuge S. L.: Darüber weiß ich leider gar nichts. Ich habe das auch in der Zeitung gelesen. Der Sachverhalt ist mir nicht bekannt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wenn das zuträfe, welche Stellen in Ihrem Hause würden sich dabei auskennen?

Zeuge S. L.: Die Filter wurden ja geprüft, bevor sie eingestellt wurden. Das wären dann die Stellen, die die Filter geprüft haben.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wo sind die eingesetzt? Im Bereich Technische Abteilung?

Zeuge S. L.: Das ist in der Technischen Abteilung im Bereich Nachrichtensbearbeitung.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Nachrichtensbearbeitung. - Ich komme zum nächsten Vorhalt. Weiter wird in der Presse - wiederum in dem Artikel vom 4. Oktober - berichtet von rechtlichen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Bedenken hinsichtlich des Programms „Eikonale“. Zitat:

Dass Eikonale überhaupt zustande kam, ist erstaunlich, denn im BND selbst gab es Warnungen und juristische Bedenken. Da war das Versprechen der Amerikaner, sich auf deutschem Boden an deutsches Recht zu halten, aber in einem Vermerk des BND stand, dass man dieses Versprechens aufgrund der „technischen Untertlegenheit“ des BND gar nicht überprüfen könne. Mindestens bei verschlüsselten Verkehren könne der BND doch gar nicht beurteilen, was sich in den abgefangenen Daten befinde. Die „volle Kontrolle durch den BND ist real nicht möglich“, stand in einem Vermerk für Hanning.

Sind Ihnen Diskussionen in Ihrem Haus zur rechtlichen Beurteilung dieser Operation bekannt?

Zeuge S. L.: Wir haben uns natürlich darüber unterhalten, wie wir das Ganze so gestalten, dass wir dem Recht Genüge tun, dass wir unsere rechtmäßigen Gegebenheiten einhalten. Der Vermerk, auf den da in der *Süddeutschen* angespielt wird, ist mir nicht bekannt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wenn es aber so heißt oder angeblich so ist, die volle Kontrolle durch den BND sei real nicht möglich, können Sie so einen Vorhalt bestätigen? Wo gibt es oder gab es in dem Bereich, den Sie zu verantworten hatten, Lücken, wo Sie keine Kontrollfunktion wahrnehmen konnten oder nicht ausschließen konnten, dass andere das wahrnehmen, wo Sie selber keinen Zugang hatten?

Zeuge S. L.: Ich finde den Vermerk sehr irreführend, weil wir sehr wohl kontrolliert haben, dass nichts Unrechtmäßiges passiert, indem wir, wie ich vorhin schon gesagt habe - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich unterbreche mal kurz. Herr Kollege Kiesewetter, zitieren

Sie aus dem Vermerk, oder zitieren Sie aus der Zeitung?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich zitiere aus der Zeitung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das auch für den Zeugen als Hinweis; denn das macht für mich schon einen Unterschied, ob aus einem Vermerk zitiert wird oder aus einem Zeitungsartikel.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Mir liegt kein Vermerk vor, mir liegt der Zeitungsartikel vor.

Zeuge S. L.: Wie gesagt, wir haben alles Notwendige getan, um das Recht einzuhalten. Wo das technisch nicht abschließend möglich war, haben wir das betrieblich sichergestellt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Was heißt das?

Zeuge S. L.: Das heißt zum Beispiel, dass wir Daten nicht weitergegeben haben, wenn wir uns nicht sicher waren. Ich habe das vorhin schon gesagt: Im Zweifel haben wir alles so behandelt, als wäre es G-10-geschützter Verkehr. Das heißt, diese Vorhaltungen in dem Zeitungsartikel zu kryptierten Verkehren, die wir gar nicht beurteilen könnten, haben wir so gelöst, betrieblich, dass wir diese Verkehre nicht weitergegeben haben.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Damit ich das auch als juristischer Laie verstehe: Das heißt, im Zweifel haben Sie Daten eher nicht weitergegeben, sondern darauf verzichtet, sie weiterzugeben, wenn Sie sich über die Kontrollfunktion nicht im Klaren waren.

Zeuge S. L.: Richtig.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Der Zeuge W. K., den Sie ja kennen, sagte hier in öffentlicher Sitzung am 13. November - Zitat -:

Also, es gab mal eine Schwachstellenanalyse, die in Auftrag ge-



Nur zur dienstlichen Verwendung

geben wurde im Vorfeld der Erfassung, um zu sehen: Haben wir an alles gedacht? Gibt es noch etwas, woran wir noch denken müssen, um diese technische Filterung durchzuführen? Die war meines Wissens 2007, glaube ich.

So seine Aussage vom 13. November 2014 in der vorläufigen Fassung des Stenografischen Protokolls 18/22, Seite 83. Ist Ihnen dieser Bericht bekannt, also diese Schwachstellenanalyse?

Zeuge S. L.: Der Bericht ist mir bekannt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Haben Sie an der Erstellung dieser Schwachstellenanalyse mitgewirkt?

Zeuge S. L.: Nein, habe ich nicht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Können Sie uns zu dieser Analyse etwas mehr in öffentlicher Sitzung sagen, oder sind Sie überhaupt bereit dazu, etwas zu sagen? Weil uns interessiert das sehr, wie diese Schwachstellenanalyse dann zu praktischen Änderungen der Arbeit geführt hat.

Zeuge S. L.: Nun, diese Analyse sollte ganz besonders drastische Schwachstellen vorführen, damit wir entsprechend danach handeln konnten. Sämtliche Schwachstellen, die darin geschildert wurden, wurden dann durch betriebliche Maßnahmen sozusagen ausgeschaltet. Wo es auf technische Schwachstellen zielte, haben die entsprechenden Bereiche nachgearbeitet, um die technischen Schwachstellen zu beseitigen. Der Bericht war aber so ausgelegt, dass er diese Schwachstellen ganz besonders drastisch schildert, um allen die Wichtigkeit der Beseitigung der Schwachstellen, ob jetzt technisch oder betrieblich, deutlich zu machen. Das hat zum Schluss ja dann auch zur Beendigung von „Eikonal“ geführt, weil wir das so gut gemacht haben, dass hinterher nicht mehr viel bei rauskam.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Was heißt „hinterher nicht mehr viel bei rauskam“?

Zeuge S. L.: Sprich: die wenigen Hundert Meldungen pro Jahr.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): In der Befragung Ihres Kollegen W. K. blieb offen, ob und in welchem Umfang im Projekt „Eikonal“ Hardware der Amerikaner eingesetzt wurde. Der Zeuge W. K. sagte dazu - Zitat:

Ich persönlich meine jetzt, nicht. Aber es kann sein, dass wir das eine oder andere System am Anfang der Kooperation - - dass es da auch spezielle Rechner gab, auf denen nur jetzt eine Software lief. Gegen Ende der Kooperation und auch jetzt nicht mehr. Also es ist Standard-Hardware, Standard-PCs oder -Server.

Weiter sagte er:

Wir haben einen Sammelvertrag bei einem namhaften Hersteller, und da kaufen wir unsere Hardware ein.

Beides aus dem Stenografischen Protokoll 18/22, vorläufige Fassung, Seite 77.

Nun zu meinen Fragen. Ist Ihnen bekannt, ob für „Eikonal“ amerikanische Hardware eingesetzt wurde?

Zeuge S. L.: Für das leitungsvermittelte System wurde auch US-Hardware eingesetzt. Die haben wir durch das BSI, nein, durch die Bundesnetzagentur - wie sagt man? - nicht zertifizieren lassen, sondern die Bundesnetzagentur hat das Einvernehmen hergestellt über dieses amerikanische System. Das war ganz am Anfang, ähnlich wie ein Multiplexer, ein Gerät, um die Signale aufzubereiten. Die weiteren Gerätschaften waren kommerzielle Rechner, kommerzielle Hardware.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Es interessiert mich schon: Warum wurden denn in solchen Fällen amerikanische Geräte eingesetzt und keine anderen?

Zeuge S. L.: Weil wir selbst diese Geräte noch nicht hatten oder Geräte, die das konnten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Hat sich das zwischenzeitlich geändert?

Zeuge S. L.: Das hat sich zwischenzeitlich geändert.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Sind das dann Geräte, die heute auf dem deutschen Markt beschafft werden können oder von deutschen Firmen?

Zeuge S. L.: Das sind Geräte, die von deutschen Firmen beschafft werden können, aber auf dem internationalen Markt gebräuchlich sind, also kommerzielle Geräte.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): An welchen Stellen wurden diese Geräte eingesetzt? Auch im Bereich der Filterung?

Zeuge S. L.: Die Filterung passiert durch Programme, die auf kommerziellen Geräten laufen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Aber wo, an welchen Stellen konkret wurden US-Hardware-systeme eingesetzt?

Zeuge S. L.: In der leitungsvermittelten Erfassung wurde ganz am Anfang des Erfassungszweiges ein US-Gerät eingesetzt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): War diese Hardware dann mit der vor Ort bestehenden bzw. vom BND ansonsten eingesetzten IT-Architektur kompatibel? Also einfach nur Plug and Play, oder wie kann man sich das vorstellen?

Zeuge S. L.: Die Hardware musste über verschiedene Adapterlösungen kompatibel gemacht werden. Wir haben das gemacht. Sozusagen der Output dieser speziellen Hardware ging dann wieder in kommerzielle Geräte. Das war nicht Plug and Play, aber mit entsprechender Konfiguration machbar.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Diese Adapterlösungen, waren das Lösungen, die im eigenen Haus entwickelt wurden, also durch den BND selbst?

Zeuge S. L.: Das waren Lösungen, die zum Teil ich selbst konzipiert und aufgebaut habe, die auf kommerzieller Hardware beruhen, allerdings spezieller Telekommunikationshardware.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Mich würde in dem Zusammenhang interessieren, gerade auch mit Blick auf Bad Aibling, ob es sich da um Übernahme vorhandener Infrastrukturen gehandelt hat oder ob die Hard- und Software aus diesen US-amerikanischen Quellen immer wieder erneuert wurde mit dem Ziel, sie durch Eigenentwicklungen zu ersetzen.

Zeuge S. L.: Ganz ehrlich: Bad Aibling, das weiß ich nicht, weil das war das Sachgebiet JSA. Die hatten ja die Hardware in Bad Aibling und haben sich innerhalb dieses Sachgebiets darum gekümmert. Das war nicht mein Aufgabenbereich.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Und in Ihrem Aufgabenbereich diente dann der Einsatz von US-Hardware letztlich dazu, sie überflüssig zu machen oder sie dann zu ersetzen durch Eigenentwicklungen.

Zeuge S. L.: Wir hätten die durch Eigenentwicklung ersetzt, nur wurde im leitungsvermittelten Bereich die Kooperation ja sehr schnell beendet, und dann kam es dazu nicht mehr.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Noch mal zu dem Einsatz der Technik. Sie sagten, die Bundesnetzagentur habe das überprüft. War das eine Überprüfung im Sinne einer technischen Prüfung, oder war das einfach nur eine Überprüfung, dass Stromgrößen, Stromdaten etc. gestimmt haben, was dann quasi zu einer normalen Freigabe analog TÜV geführt hat?

Zeuge S. L.: Das war eine Überprüfung im Sinne, dass wir das Technische, die Funktionsweise der Geräte im Detail dargestellt haben und das von der Bundesnetzagentur überprüft wurde.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das heißt also, die Überprüfung ist nicht direkt im BND erfolgt, sondern innerhalb der Bundesnetzagentur.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge S. L.: Die Überprüfung ist innerhalb der Bundesnetzagentur erfolgt anhand der Papierlage. Und die Bundesnetzagentur war vor Ort, um die Geräte in Augenschein zu nehmen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wie erfolgten diese Überprüfungen? Gibt es dazu Standards oder vorgegebene Muster? Denn normalerweise waren, wenn Sie sagten, das war einzigartig, ja solche Verfahren der Bundesnetzagentur nicht bekannt.

Zeuge S. L.: Ich weiß nicht, wie die Bundesnetzagentur intern ihre Standards definiert. Zu uns kamen Mitarbeiter der Bundesnetzagentur, haben sich ganz genau die Geräte zeigen lassen, haben sich die Konfiguration zeigen lassen, den Output der Geräte - zuerst im Labor, bei uns im Laboraufbau und dann auch noch mal vor Ort.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Gab es eigentlich gerade bei der Verwendung von ausländischer Hardware Bedenken innerhalb des BND, zum Beispiel beim Einsatz amerikanischer Systeme? Gab es da Sicherheitsbedenken?

Zeuge S. L.: Da gab es keine Sicherheitsbedenken, weil die Hardware, die eingesetzt worden war, so speziell war, dass Sicherheitsbedenken, die auf Bedenken bezüglich eines unautorisierten Informationsabflusses oder so etwas beruhen würden, gar nicht zum Tragen kämen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das heißt, das schließen Sie also aus, -

Zeuge S. L.: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): - dass da - in Anführungsstrichen - Trojaner oder ähnliche Dinge drin installiert waren, die zusätzliche Zugriffe, die außerhalb Ihrer Kontrollmöglichkeit lagen, gewährt hätten?

Zeuge S. L.: Ich kann nicht ausschließen, dass da ein Trojaner drin gewesen wäre. Ich kann aber ausschließen, dass ein Trojaner gewirkt hat, weil wir sowohl den Input als auch den Output der Gerätschaften kontrolliert haben.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Aufgrund der Laborüberprüfung, die Sie vorgeschaltet haben?

Zeuge S. L.: Aufgrund der Laborüberprüfung.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke schön. - Wäre es aus Ihrer Sicht möglich gewesen, diese Systeme beim BND selbst zu entwickeln? Ich spreche da auch den Haushalt an, über den Sie verfügt haben. Hätte man auf alternative Soft- oder Hardware zurückgreifen können? Sind Sie in der Lage, so etwas zu entwickeln? Mir geht es um die Mittel, die da verfügbar sind.

Zeuge S. L.: Inzwischen sind wir in der Lage, so etwas zu entwickeln. Zum damaligen Zeitpunkt hatten wir diese Fähigkeiten selbst noch nicht oder nur in einem Maße, der etliche Jahre in Anspruch genommen hätte, um auf den Stand zu kommen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das bedeutet also, wenn wir das Thema Souveränität oder auch Datensouveränität oder auch Hardware-souveränität ansprechen wollen: Hat sich der BND in diese Richtung entwickelt, oder ist das etwas, was nur für diesen Sonderfall möglich war?

Zeuge S. L.: Der BND hat sich da auf jeden Fall entwickelt. Selbstverständlich ist die NSA mit mehr Mitteln und Personal ausgestattet als wir und kann da sehr viel mehr machen. Aber wir haben in den vergangenen Jahren sehr viel selbst entwickelt, um da stark auf eigenen Füßen stehen zu können.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Haben Sie bei dieser Selbstentwicklung auch - wie soll ich sagen? - Fremdfirmen eingesetzt oder Experten außerhalb des BND hinzugezogen?

Zeuge S. L.: Teile der Entwicklungsarbeiten werden bei uns auch an Fremdfirmen vergeben und natürlich durch die Entwicklungsbereiche im BND begleitet.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wo sind diese Fremdfirmen angesiedelt, in welchen Ländern?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge S. L.: Das sind deutsche Firmen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Werden die besonders überprüft vom BND?

Zeuge S. L.: Die werden vorher nach Sicherheitsüberprüfungsgesetz überprüft und sind auch im „Geheimenschutz Wirtschaft“ des Bundesinnenministeriums.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke schön, Herr Zeuge. - Ich möchte weiter auf die Zusammenarbeit des BND mit der NSA im Rahmen der Joint SIGINT Activity zu sprechen kommen. Sie haben zwar in Teilen gesagt, dass Sie damit nicht betraut waren, trotzdem habe ich ein paar Fragen.

Der Zeuge R. U., der jetzige Dienststellenleiter der Außenstelle Bad Aibling, hat in öffentlicher Sitzung am 25. September vor diesem Ausschuss gesagt, man lege in Bad Aibling - Zitat „ganz besonderes Augenmerk auf die IT-Sicherheit und den IT-Schutz.“ Das Zitat stammt vom Stenografischen Protokoll, 25.09., 18/14, Seite 11.

Ist Ihnen bekannt, inwieweit die IT-Sicherheit des BND in die Planung und Umsetzung des Umbaus der Anlagen in Bad Aibling für die Übernahme durch den BND eingebunden war?

Zeuge S. L.: Das ist mir aus eigenem Ansehen nicht bekannt. Aber dafür war ich auch nie zuständig, deswegen kann ich dazu leider nichts sagen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das heißt, mit Blick auf Bad Aibling können Sie hier keine Aussagen treffen.

Zeuge S. L.: Leider nein. Ich persönlich gehe davon aus, aber, wie gesagt, nicht aus eigenem Kenntnisstand.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wenn Sie Ihre eigene berufliche Entwicklung seit 2003 im BND betrachten: Wie haben sich denn die Sicherheitsmaßnahmen innerhalb des BND mit Blick auf die Fähigkeit, eigene Hardware, eigene Software zu entwickeln, im Laufe der Zeit verändert? Was ist anders geworden innerhalb der letzten elf Jahre?

Zeuge S. L.: Das ist eine ganz normale Entwicklung, dass wir jetzt mehr können, zum Teil weniger von Firmenentwicklungen abhängig sind, dass es einfach eine Lernkurve gegeben hat innerhalb der Abteilung TA und innerhalb des BND, sodass wir ganz besonders bei den Erfassungssystemen weniger auf Fremdfirmen zurückgreifen müssen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Heißt weniger Fremdfirmen mehr Eigenentwicklung?

Zeuge S. L.: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich möchte noch mal auf das Thema IT-Sicherheit zu sprechen kommen. Der Zeuge T. B. hat in seiner Vernehmung in öffentlicher Sitzung am 6. November 2014 sinngemäß gesagt, dass die Mitarbeiter von BND und JSA in gemeinsamen Büros gearbeitet hätten. Theoretisch wäre es, so habe ich ihn verstanden, möglich gewesen, an den dort genutzten Rechnern Daten auf USB-Sticks zu ziehen. Nun waren Sie selber nicht in Bad Aibling. Welche IT-Sicherheitsmaßnahmen gibt es, um solche Dinge zu verhindern? Oder welche Auflagen gibt es, die Ihnen bekannt sind, um solche Drehstellenmitnutzungen zu verhindern?

Zeuge S. L.: Meines Wissens nach werden Datenabzüge protokolliert. Wie weit und in welchem Detailgrad das passiert, kann ich nicht sagen, weil da jeweils die IT-Sicherheit zuständig ist. Die Rechner zum damaligen Zeitpunkt, die im BND eingesetzt waren, waren im Allgemeinen ohne Laufwerke ausgestattet, also keine CD-ROM-Drives oder keine - damals ja noch - Floppy-Disk-Laufwerke. Soviel ich weiß, wurden sämtliche Schnittstellen abgeschaltet.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich habe noch eine Frage zur Datensicherheit, einmal mit Blick auf Frankfurt in Richtung Pullach oder wo das aufbereitet wurde, aber zum Beispiel auch von Bad Aibling in Richtung Pullach. Haben diese Dienststellen BND-eigene Leitungen, oder geht das über Provider-Netze?

Zeuge S. L.: Das geht über Provider-Netze, auf die eine verschlüsselte Leitung aufgelegt wird.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wie bewerten Sie dies unter dem Gesichtspunkt der IT-Sicherheit?

Zeuge S. L.: Die Bewertung unter dem Gesichtspunkt der IT-Sicherheit führt natürlich die durch.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wer führt das durch?

Zeuge S. L.: Die IT-Sicherheit. Wir halten uns an die Vorgaben der IT-Sicherheit, als wir zum Beispiel für diese Verschlüsselung BSI-zertifizierte Geräte einsetzen, die für den entsprechenden Zweck freigegeben sind. Von daher vertraue ich den Sicherheitsmaßnahmen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Was für Provider werden denn da verwendet? Es müsste doch normalerweise so sein, dass man ganz strenge Maßstäbe an die Auswahl des Providers legt. Das heißt, es kann ja nicht ausschließlich nach Kostengesichtspunkten erfolgen, sondern muss ja nach besonderen Sicherheitsgesichtspunkten erfolgen. Wie machen Sie das?

Zeuge S. L.: Das tut es auch.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Bedeutet das, dass dann bestimmte Provider von vornherein ausgeschlossen werden? Wir hatten hier im Bundestag zum Beispiel noch bis März Verizon als Anbieter, der dann gewechselt wurde hin zu einem klassischen deutschen Anbieter. Spielt das eine Rolle in den entsprechenden Überlegungen?

Zeuge S. L.: Die entsprechenden Überlegungen kann ich Ihnen gern in nichtöffentlicher Sitzung erklären. Aber da gibt es solche Überlegungen, solche Kriterien, ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Dann komme ich in nichtöffentlicher Sitzung darauf zurück. Herzlichen Dank, Herr Zeuge.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen damit zur zweiten Fragerunde. Jetzt ist die Reihenfolge: Fraktion Die Linke, dann CDU/CSU, Bündnis 90/Die

Grünen und SPD. - Frau Kollegin Renner fängt in dieser zweiten Runde an.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Ich möchte an den Fragen von Herrn Flisek anschließen. Hätte die NSA in Deutschland Transitverkehre erfassen können?

Zeuge S. L.: Meiner Ansicht nach nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wäre das Projekt „Eikonale“ ohne den Wunsch der NSA nach diesen Transitverkehren zustande gekommen?

Zeuge S. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wäre die G-10-Anordnung, womit die Transitverkehre dann erfasst wurden, ohne den Wunsch der NSA nach diesen Daten gefasst worden?

Zeuge S. L.: Die G-10-Anordnung wurde gemacht, weil wir Interesse daran hatten. Das wäre auch ohne das Projekt „Eikonale“ zustande gekommen. Allerdings - ich möchte Sie kurz darauf hinweisen -: Die Transitverkehre Ausland-Ausland sind ja gerade nicht mit der G-10-Anordnung im leitungsvermittelten Bereich gemacht worden, sondern nur im IP-Bereich. Nur damit das nicht durcheinander kommt.

Martina Renner (DIE LINKE): Das geht schon nicht durcheinander. - Wir haben ja vorhin darüber gesprochen, dass die Erfassung der Transitverkehre quasi der Benefit war, der abfiel, nachdem man die G-10-Daten erfasst hat. Aber die Frage ist: Wenn „Eikonale“ zustande kam, weil es einen Wunsch der US-amerikanischen Seite gab, -

Zeuge S. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - man dann feststellt: „Um diesen Wunsch zu erfüllen, brauche ich im Bereich der paketvermittelten Kommunikation, um an diese Transitverkehre heranzukommen, einen Türöffner“ - in dem Falle die G-10-Anordnung -, ist doch die Frage ziemlich naheliegend, ob es diese G-10-Anordnung gegeben hätte ohne das Begehren der NSA.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge S. L.: Die G-10-Anordnung hätte es auch ohne das Begehren der NSA gegeben, weil wir als BND ja die paketvermittelten Verkehre auch erfassen wollten, so oder so.

Martina Renner (DIE LINKE): So oder so hätte es die Erfassung der paketvermittelten Verkehre gegeben mit dem Ziel, die dann selbst zu verarbeiten, zu was man aber die Technik der US-amerikanischen Seite brauchte, weil für die Erfassung war ja eine bestimmte Technik hardwareseitig vonnöten, die der BND zu dem damaligen Zeitpunkt gar nicht hatte. Habe ich das richtig vorhin verstanden?

Zeuge S. L.: Wir haben damals sehr viel gelernt in dieser Zusammenfassung. Wir hatten auch vorher schon die Möglichkeit der Erfassung von IP-Verkehren, allerdings nicht in der Kapazität, wie die Amerikaner das mit dem System, was wir dann eingesetzt haben, konnten.

Es hätte auch eine Erfassung von IP-Verkehren gegeben. Die wäre aber wahrscheinlich nicht so leistungsfähig gewesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Glauben Sie, die Beantragung einer G-10-Maßnahme, um dem Begehren der NSA und dem eigenen Wunsch nach Lernen gerecht zu werden, ist rechtskonform?

Zeuge S. L.: Ich glaube, dass die Anordnung der G-10-Maßnahme rechtskonform ist, weil wir das sowieso machen wollten. Die G-10-Verkehre wurden ja gerade nicht in „Eikonale“ behandelt. Insofern ist für die G-10-Anordnung „Eikonale“ irrelevant, sondern nur unser Begehren, die G-10-Verkehre zu erfassen. In „Eikonale“ wurden ja gerade keine G-10-Verkehre verarbeitet.

Martina Renner (DIE LINKE): Der BND wollte lernen, die NSA wollte Daten. Dazu ist ein bestimmter Weg eingeschlagen worden. Waren denn denen, die an diesem Weg begleitet haben, G-10-Kommission, Telekommunikationsunternehmen, diese zwei Beweggründe bekannt? Wir wollen lernen, die NSA will Daten - war das der G-10-Kommission bekannt, war das dem Provider

bekannt? War das dem Bundeskanzleramt bekannt? Wer wusste denn eigentlich um dieses Geschäft?

Zeuge S. L.: Beim Bundeskanzleramt - davon gehe ich aus, dass es von der Operation „Eikonale“ wusste. Der Betreiber und die G-10-Kommission waren für das Projekt „Eikonale“ unrelevant, weil wir die G-10-Anordnung ja zur Verarbeitung von G-10-Verkehren gemacht haben, und die haben wir auch entsprechend begründet und entsprechend durchgeführt.

Martina Renner (DIE LINKE): Kann man sagen: „Nachdem man gelernt hatte, hat man die NSA vor die Tür gesetzt“?

Zeuge S. L.: Nein, auf keinen Fall. Die Kooperation wurde abgebrochen, weil die NSA eingesehen hat, dass mit den rechtlichen Beschränkungen, die wir als BND erfüllen, sie da nicht so viel herausbekommen hat, wie sie sich erwartet hat. Und deswegen wurde das Projekt eingestellt.

Martina Renner (DIE LINKE): Wurde es eingestellt, oder hat man dann, ertüchtigt durch die Kenntnisse, die man im Lernprozess erlangt hat, es alleine weiterbetrieben, weil man aus der Sicht eines Geheimdienstes aus eben skeptisch ist, wenn es solche engen Kooperationen gibt, ob nicht vielleicht doch andere Interessen - wir haben ja über einiges schon geredet hier - - möglicherweise Industriespionage oder Sonstiges auch noch stattfinden könnte?

Zeuge S. L.: Wir kooperieren immer noch mit der NSA zusammen, auf verschiedenen Gebieten. Die Kooperation mit ausländischen Nachrichtendiensten ist sehr wichtig für uns. Deswegen kann man auf keinen Fall davon sprechen, dass wir die NSA vor die Tür gesetzt hätten.

Martina Renner (DIE LINKE): Kann man davon sprechen, dass man, ertüchtigt durch den Lernprozess, dann die Erfassung der Transitverkehre eigenständig weiterbetrieben hat?

Zeuge S. L.: Die Erfassung der Transitverkehre im leitungsvermittelten Bereich wurde eingestellt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Paketvermittelt.
Wir reden - -

Zeuge S. L.: Im paketvermittelten Bereich ist, wie wir schon ausgeführt haben, die Ausland-Ausland-Kommunikation sozusagen ein Zubrot zur G-10-Erfassung, was wir weitermachen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es dieses Modell „Der eine bringt die Technik und hat den Wunsch; der andere will lernen, um es dann später selbst zu machen“ - - Könnte man dieses Modell auch übertragen, also könnte heute der BND derjenige sein, der die Technik bringt, und ein anderer Dienst irgendwo in der Welt ist der Lernende?

(RD Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort)

Zeuge S. L.: Das ist - - Dazu kann ich Ihnen in nichtöffentlicher Sitzung ein Beispiel sagen oder kann Ihnen Näheres dazu sagen, leider nicht in öffentlicher Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff will wahrscheinlich auf den Untersuchungsgegenstand ansprechen. Kann das sein?

Martina Renner (DIE LINKE): Aber nicht mit meiner Redezeit!

RD Philipp Wolff (BK): Nein. - Da sind wir wieder bei dem Punkt, den wir ja schon öfters hatten: Nichtbetroffenheit Five Eyes - darauf weise ich jetzt schon hin -; gehen wir davon aus, dass es nicht den Untersuchungsgegenstand betrifft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wissen wir jetzt noch nicht, aber wir müssen das dann in der nichtöffentlichen Sitzung klären. Vielleicht soll es ja ein Beispiel aus anderen Staaten der Five Eyes werden, zum Beispiel Großbritannien, und da wäre ich sicherlich sehr interessiert dran.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber das klären wir dann, weil der Zeuge ja darauf hingewiesen hat: in nichtöffentlicher Sitzung. Aber den

Hinweis - ich hatte natürlich auch sehr sensibel hingehört, was jetzt kommt - verstehe ich sehr gut. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann sind wir da erst mal jetzt am Ende. Ich überlege noch mal, ob wir noch mal in anderer Form darauf zukommen.

Im Rahmen des Probe- oder Testbetriebs, wurden dort Daten verarbeitet?

(Zuruf: Einen kurzen Moment! - Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge S. L.: Ja, jetzt. - Im Rahmen des Probe- oder Testbetriebs - -

Martina Renner (DIE LINKE): Wurden dort auch Daten verarbeitet - zum Test, zur Probe?

Zeuge S. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wo kamen die Daten her?

Zeuge S. L.: Aus dem technischen Ansatz.

Martina Renner (DIE LINKE): Aus dem - - Also die - - Es waren reale Daten?

Zeuge S. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Die wurden im Probe- und Testbetrieb verarbeitet?

Zeuge S. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wurden diese an die JSA weitergegeben?

Zeuge S. L.: Nein, wurden sie so nicht. Ich habe vorhin gesagt: Es war ein mehrstufiger Probe- und Testbetrieb. Wir haben zunächst einen Probe- und Testbetrieb gemacht, wo wir die gesamte Verarbeitungskette getestet haben. Das haben wir auch mit den Echtdaten gemacht. Nur sind die dann nicht weitergegeben worden, sondern sofort verworfen worden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Als die Filter so weit funktioniert haben, dass wir gesagt haben: „Wir können jetzt in einen Probe- und Testbetrieb mit Weitergabe gehen“, haben wir betrieblich sichergestellt, dass G-10-geschützte Daten nicht weitergegeben wurden.

Martina Renner (DIE LINKE): Heißt das, dass an die JSA nur Meldungen gegangen sind?

Zeuge S. L.: Die JSA hat die Meldungen selbst erzeugt, -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge S. L.: - auf ihre - - auf das Filterprofil hin.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und das Ausgangsmaterial, das die JSA bekommen hat von Ihnen, können Sie - das haben wir auch die anderen Zeugen immer schon gefragt - uns da etwas zum Umfang sagen?

Zeuge S. L.: Nein, dazu kann ich leider nichts sagen, weil wir darüber keine Statistik geführt haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Wie groß war denn die Leitungskapazität, mit der man diese Daten der JSA zur Verfügung gestellt hat?

Zeuge S. L.: Die Leitungskapazität war, wenn ich mich richtig erinnere, 2 Megabit pro Sekunde.

Martina Renner (DIE LINKE): Das dürfte ja für uns ein Anhaltspunkt sein.

Zeuge S. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zu den Fragen der CDU/CSU. Der Kollege Wendt beginnt.

Marian Wendt (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr L., ich möchte mal ansetzen bei den Kabeln. Sie hatten ja vorhin das sehr eindrücklich beschrieben: zwei Kabel, Un- und Uploadrate, jeweils 50 Prozent werden ausgelastet. Und Sie hatten auch darüber berichtet oder erzählt, dass sozusagen

gen der Grundsatz gilt: Datenschutz vor Informationsgewinnung. - So kann man vielleicht diesen Grundsatz, der galt, beschreiben. Ist das richtig?

Zeuge S. L.: Ja.

Marian Wendt (CDU/CSU): Ja. - Es geht ja nicht nur darum, eine Meldung zu generieren, sondern das Interessante ist ja für uns der Inhalt, weil Sie an der Sicherheit unserer Nation ja auch interessiert sind.

Vielleicht können Sie beschreiben, wie viel Daten - - Also: Was waren das für Daten? Welchen Inhalt hatten diese? Um das auch mal ein bisschen konkret zu machen: Was waren das für Tabletten sozusagen? Waren das Blutdrucktabletten, oder war das sozusagen gegen eine Angina? Was war deren Inhalt im Auslandsbereich? Wir haben gehört von der JSA, da waren das speziell Telefonate zum Beispiel, E-Mail-Verkehre zwischen Terroristenführern, als Beispiel gesprochen, in Afghanistan. Was waren das hier für Daten, aus welchen Bereichen ungefähr? Auch, dass man sich das ein bisschen einordnen kann, was hier gearbeitet wird.

Zeuge S. L.: Die Daten waren - -

Marian Wendt (CDU/CSU): Oder die Meldungen, die Meldungen. Der Inhalt der Meldungen, genau.

Zeuge S. L.: Die Meldungen - - Jetzt sage ich es mal so: Die Operation „Eikonol“ zielte ganz besonders, wie auch das MoU, aus dem heraus sie erstanden ist, auf den Schutz vor Terrorismus ab.

Marian Wendt (CDU/CSU): Gut. - Und gab es da vielleicht gewisse Länder, spezielles Ausland, wo man speziell Meldungen versuchte zu generieren, aus gewissen Regionen?

Zeuge S. L.: Selbstverständlich gab es dazu spezielle Länder und spezielle Länderlisten. Dazu kann ich aber leider in öffentlicher Sitzung nichts sagen, sondern nur in nichtöffentlicher.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. - Können Sie ungefähr abschätzen, wie viel Meldungen aufgrund der hohen Filter, die angewendet wurden, und auch aufgrund dessen, dass natürlich eine riesige Datenkapazität in Frankfurt ja entsprechend über die Leitungen geht, wie viel - - Es ist natürlich abstrakt. Sie hatten das vorhin beschrieben: Datenpufferung, Speicherung, Meldungsgenerierung. Also, wie viel konnten gar nicht erfasst werden, weil einfach die Kapazitäten - - technischer und personeller Seite fehlten? Und auch: Was wurde sozusagen weggefiltert?

Also, von für den Sicherheitsdienst interessanten Meldungen, wie viel konnten da im Endeffekt nur generiert werden oder gewonnen werden, und was ging sozusagen verloren, weil man es aufgrund technischer und personeller Kapazitäten wie auch natürlich aufgrund der Filterung nicht gewinnen konnte und demzufolge vielleicht gegebenenfalls irgendwo ein Hinweis auf einen Anschlag im Ausland bzw. im Inland - - man den dadurch nicht generieren konnte?

Ich weiß, das ist - - Aber gibt es da so ungefähr eine Einschätzung? Es muss ja auch immer wieder eine - - bei Ihnen sicherlich eine Qualitätskontrolle geben: Wie effektiv arbeiten wir? Können wir die gefährlichen Meldungen oder die für uns interessanten Meldungen im Rahmen der Gefahrenabwehr erfassen?

Zeuge S. L.: Nein, das können wir nicht sagen, weil nämlich die Meldungen, die wir nicht verarbeiten können und in die wir nicht reinschauen können, sind ja weg.

Marian Wendt (CDU/CSU): Ja, ja.

Zeuge S. L.: Deswegen können wir nicht sagen: „Soundso viele gefährliche Sachen haben wir jetzt sozusagen versäumt“, weil wir ja in die anderen gar nicht reinschauen können. Insofern kann ich dazu keine Aussage machen. Es gibt auch keine Statistik jetzt über die einzelnen Volumina, die bei den einzelnen Filterschritten übrig bleiben.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. - Also, man kann nicht sagen, wenn wir uns jetzt auf Metadaten vielleicht beziehen: „Es gab eine gewisse x Anzahl Metadaten, die jeden Tag durch diesen Knoten Frankfurt gehen, zum Beispiel, und wir haben davon diesen Satz entsprechend gewonnen am Ende“?

Zeuge S. L.: Nein.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. - Dann noch mal die Frage: IT-Sicherheit ist ja ein wichtiger Punkt. Wir wissen: Wie in jedem Haus, die Fenster und Türen sind immer die Schwachstellen bei der Gebäudesicherheit, aber die brauchen wir natürlich auch, um rein- und rauszukommen. Wie haben Sie sichergestellt, dass an den Splitter, den Sie eingebaut haben - - dass der wirklich sicher war? Also, welche Maßnahmen haben Sie dort ganz konkret vorgenommen?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Keine Türen und keine Fenster!)

Zeuge S. L.: Der eingebaute Splitter ist ja im Geschäftsbereich des Betreibers - so wie die ganzen Leitungen in diesem Gebäude des Betreibers auch im Geschäftsbereich des Betreibers liegen. Insofern greifen die Maßnahmen des Betreibers hinsichtlich Zugangssicherung des Gebäudes, Authentifizierung der Leute, die Zutritt haben, usw. usw., aber keine eigenen Maßnahmen des BND.

Marian Wendt (CDU/CSU): Also, Sie waren darauf angewiesen, dass der Betreiber, der Provider, Ihnen die entsprechenden Daten zukommen lässt, und haben auch darauf vertraut, dass er das vollumfänglich tut?

Zeuge S. L.: Ja.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. - Der Kollege Ostermann hätte dann weitere Fragen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Herr L., ich möchte in meiner ersten Frage zurückkommen auf die Basics, nämlich auf die Begrifflichkeiten. Wir verwenden ja bislang den Begriff „Eikonale“.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Soweit ich weiß, gibt es aber auch weitere Begriffe für das gleiche Projekt, für die gleiche Operation. Können Sie die uns nennen, die weiteren Begrifflichkeiten?

Zeuge S. L.: Es gibt intern noch einen weiteren Begriff.

RD Philipp Wolff (BK): Das machen wir in nicht-öffentlicher Sitzung. Also die Einzelheiten jetzt zu Operationen in nichtöffentlicher Sitzung meines Erachtens.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Gut. - Ich hätte jetzt nachgefragt, weil der Begriff auch schon mal in öffentlicher Sitzung gefallen ist durch W. K. Das war der Begriff „Granat“.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. Ich hätte auch gesagt: Ob wir das so machen, ist nicht die Entscheidung der Bundesregierung. Ich finde die Motivation begeisternd, aber dass der Begriff schon gefallen ist, zeigt uns eigentlich, dass wir ihn auch nennen können. Ich habe ihn auch schon mehrmals in der Zeitung gelesen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Also dürfen wir über „Granat“ sprechen, Herr L.

Zeuge S. L.: Intern haben wir diesen Begriff verwendet.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Das ist aber ein Begriff gewesen, der rein intern verwendet wurde, nicht im Verkehr mit dem ausländischen Partner. Ist das richtig?

Zeuge S. L.: Im Verkehr mit dem ausländischen Partner wurde der Begriff „Eikonal“ verwendet.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Nur „Eikonal“?

Zeuge S. L.: Nur „Eikonal“.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Auch kein weiterer Begriff? Also weder „Granat“ noch „Eikonal“ - - Ich meine jetzt einen dritten Begriff, ob es noch einen dritten Begriff - -

Zeuge S. L.: Es gab noch einen dritten Begriff, den unsere Nachrichtenbearbeitung verwendet hat. Wir empfanden das als falsch und haben den nicht verwendet.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay. Da will ich jetzt nicht weiter nachfragen, welcher dritte Begriff das ist. Das können wir dann vielleicht noch nichtöffentlich klären.

Zweite Frage, zu DAFIS: Sie haben uns ja schon gesagt, dass Sie mit DAFIS nicht im Detail befasst waren und darum auch uns im Detail dazu keine Auskunft geben können. Aber auch da habe ich eine Basic-Frage, nämlich die, ob Ihres Wissens DAFIS nur entwickelt worden ist für „Eikonal“ oder ob DAFIS unabhängig davon entwickelt worden ist.

Zeuge S. L.: DAFIS ist unabhängig davon entwickelt worden. DAFIS ist der Filter, den wir eingesetzt haben und noch einsetzen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Also auch an anderer Stelle, bei anderen Projekten?

Zeuge S. L.: Ja.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Können Sie uns in öffentlicher Sitzung etwas dazu sagen, welche Projekte das gewesen sind, bei denen DAFIS zum Einsatz kam?

Zeuge S. L.: Nein, kann ich nicht.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Gut. Dann verschieben wir das. - Dann eine letzte Frage im öffentlichen Teil: Ihr damaliger Vorgesetzter, W. K., sagte uns bei seiner Vernehmung - ich zitiere aus dem Stenografischen Protokoll der Sitzung vom 13.11., 18/22, Seite 12 ff. zum Thema Massendatensammlung - das Thema hatten wir heute schon -:

Die nicht unendlichen, aber doch sehr großen Datenmengen machen für einen auswertenden Dienst, wie wir es sind, überhaupt keinen Sinn. Ganz am Ende müssten ja Leute sitzen, die das benutzen, die das auswerten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wie ist Ihre Einschätzung dazu?

Zeuge S. L.: Ja, es geht immer rum, dass Nachrichtendienste sozusagen wie die Staubsauger arbeiten und alles einsaugen und alles verarbeiten. Das ist nicht so. Wir müssen, um dieser Daten Herr zu werden, ganz gezielt, profilbezogen arbeiten, nämlich ein Profil erstellen, was unseren Auftrag abbildet, und dann nur nach diesem Profil die Daten herauspicken; sonst kommen wir technisch nicht hinterher, und wir kämen auch betrieblich nicht hinterher.

Es gibt in der Presse und im Internet ein ganz schönes Beispiel: „What happens in an Internet second?“, ist das bezeichnet; die Internetsekunde. Da ist dargestellt, was da alles passiert. Selbst wenn man jetzt nur an einer Leitung dransitzt, sind die Daten so viele, dass man sie, wenn man sie vollumfänglich erfassen und verarbeiten könnte, was wir nicht können, sich gar nicht anschauen könnte.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Schönen Dank. - Ich habe im öffentlichen Teil keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich sehe insgesamt von der Union keine weiteren Fragen. Dann kommen wir jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich stelle noch eine Frage; dann gebe ich gerne an den Kollegen Ströbele ab.

Nur, weil ich finde, dass die Dinge so etwas durcheinandergeraten: Herr S. L., wir haben ja jetzt von Meldungen gesprochen, die nachher da hinten rauskommen. Insgesamt werden ja bei der Aktion unterschiedliche Datenarten erfasst. Ist das korrekt?

Zeuge S. L.: Ja, das ist korrekt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche zum Beispiel?

Zeuge S. L.: Im leitungsvermittelten Bereich Telefongespräche, Faxe; im paketvermittelten Bereich E-Mails und zum damaligen Zeitpunkt VoIP-Telefonie.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und auch Metadaten?

Zeuge S. L.: Auch Metadaten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso sind die jetzt eben gerade bei Ihrer Aufzählung ausgerechnet unter den Tisch gefallen?

Zeuge S. L.: Weil ich Ihre Frage auf Inhaltsdaten bezogen hatte. Tut mir leid.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kein Problem. - Wissen Sie, wie man Metadaten hier in Deutschland eigentlich nennt, rechtlich?

Zeuge S. L.: Daten über die Umstände von Telekommunikation?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verkehrsdaten.

Zeuge S. L.: Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt Inhaltsdaten, und es gibt Verkehrsdaten.

Wie viel Verkehrsdaten sind denn hinten rausgekommen? Wie viel Metadaten sind denn hinten rausgekommen?

Zeuge S. L.: Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich jetzt technisch nicht erfahren bin, nicht beim BND arbeite, glauben Sie, dass das bei mir irreführend ankommen könnte, wenn Sie hier immer nur von ein paar Hundert Meldungen sprechen, tatsächlich aber auch Millionen von Metadaten hinten rausgekommen sind?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge S. L.: Da müssen wir differenzieren. Die Millionen von Metadaten, bei denen auch in der Öffentlichkeit häufig die Rede war, ist ja der Komplex der Satellitenerfassung in JSA in Bad Aibling. Dazu kann ich leider keine weiteren Ausführungen machen, weil ich damit nicht betraut war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Metadaten fallen bei den paketvermittelten Ausleitungen nicht an“, sagen Sie?

Zeuge S. L.: Metadaten fallen auch bei den paketvermittelten Ausleitungen an, aber - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dazu können Sie Aussagen machen?

Zeuge S. L.: Dazu kann ich auch eine Aussage machen, aber das waren keine Millionen Daten, sondern - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern? Wie viele waren es?

Zeuge S. L.: Das weiß ich nicht, weil wir nämlich sämtliche personenbezogenen Daten aus den Metadaten herausgelöscht haben und die verbleibenden Sachdaten statistisch aufbereitet haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber erfasst haben Sie Millionen von Metadaten?

Zeuge S. L.: Wie gesagt, ich weiß nicht, wie viele Metadaten erfasst wurden, weil das davon abhängt, wie voll die Leitung ist und welche Metadatenfelder aus den einzelnen Protokollen aufgenommen werden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zeuge, wir kommen darauf zurück, aber ich sage Ihnen mal so einen Eindruck von meiner Seite: Sie versuchen, mich hier zumindest extrem irrezuführen. Denn sozusagen dieses Wegdefinieren von diesen Metadaten, die Sie bisher überhaupt nicht erwähnt haben, weil Sie praktisch singular IP-Daten meinen, aber ganz wesentliche Daten, die die Amerikaner eben auch haben wollten, unter den Tisch fallen lassen, das

ist also an der Grenze. Sie dürfen hier ja auch nichts weglassen.

Ich gebe jetzt aber an den Kollegen Ströbele ab.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr S. L., ich habe zunächst eine Frage: Sie betonen immer wieder, dass die G-10-Anordnung von Ihnen beantragt worden ist, weil Sie ohnehin die G-10-Verkehre für sich, also für den BND, haben wollten. Kann es auch andersrum gewesen sein, dass der Betreiber, als Sie gesagt haben, Sie möchten auch an die paketvermittelten Daten rankommen, von Ihnen verlangt hat: „Das machen wir nur, wenn wir eine G-10-Anordnung haben“? Also, seien Sie vorsichtig. Wir hören nachher einen.

(Zuruf: Betreiber!)

- Betreiber.

Zeuge S. L.: Ja, ich weiß, dass Sie nachher einen weiteren - - den Betreibervertreter als Zeugen hören.

Ich bin mir nicht gegenwärtig, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so! Nicht gegenwärtig.

Zeuge S. L.: - dass der Betreiber so was gesagt hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorhin waren Sie sich gegenwärtig.

Zeuge S. L.: Nein. Aus meiner Anschauung und aus meinem Wissen - das soll ich Ihnen ja hier sagen - kann ich Ihnen nur sagen, dass wir G-10-Erfassung sowieso machen wollten und deswegen eine G-10-Anordnung haben wollten.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf der Leitung,
ausgerechnet! Auf der
Leitung!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie sagen, Sie haben keine Kenntnis



Nur zur dienstlichen Verwendung

davon, dass die G-10-Anordnung beantragt worden ist möglicherweise auf Wunsch des Betreibers, weil Sie sonst an diese Verkehre gar nicht rangekommen wären oder vielleicht nicht rangekommen wären, dass das jedenfalls auf Wunsch des Betreibers geschehen ist?

Zeuge S. L.: Ich habe keine Erkenntnis darüber, dass der Betreiber sich von uns gewünscht hat, dass wir eine G-10-Anordnung haben, um an Transitverkehre zu kommen. Der Betreiber konnte uns nur die Leitungen aufschalten mit einer G-10-Anordnung, weil im paketvermittelten Bereich keine Trennung besteht zwischen G-10-geschützten Verkehren und Transitverkehren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Sie haben ja vorhin selber von diesem Benefit gesprochen, der dabei abfiel. Können Sie da Mengen sagen, wie viel das ungefähr war und was damit geschehen ist?

Zeuge S. L.: Ich kann dazu keine Mengenangaben machen. Weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie nicht. - Und was damit geschehen ist?

Zeuge S. L.: Wie „was damit geschehen ist“?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, was haben Sie mit dem Benefit - - Also, die G-10-Daten brauchten Sie ja selber, haben Sie gesagt.

Zeuge S. L.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Benefit, das heißt, was da sonst noch war - -

Zeuge S. L.: Was da sonst noch war, also Ausland-Ausland-Kommunikation, war ja Teil der Operation „Eikonol“ und ging dann, wenn es das Zielprofil getroffen hat, an JSA. Und da kamen dann wenige Hundert Meldungen pro Jahr raus.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da ging das dann weiter, von dort, wo Sie nicht beteiligt waren, an die NSA?

Zeuge S. L.: JSA hat dann in seiner Verantwortung die Meldungen an NSA weitergegeben, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und genauso habe ich eine Frage zu dem anderen, was Sie immer wieder betonten. Sie haben immer wieder betont, das hätte man dann eingestellt, weil so wenig übrig geblieben ist, so wenig dabei rausgekommen ist, um da jetzt mal meine Formulierung zu nehmen. Kann es auch andersrum gewesen sein, dass man das eingestellt hat, weil man der Meinung war: „Dieses Ausfiltern von G-10-Verkehren ist nicht sicher“?

Zeuge S. L.: Wie ich schon gesagt hatte, haben wir da, wo wir technisch das nicht sicherstellen konnten, betriebliche Maßnahmen ergriffen, um das sicherzustellen. Und deswegen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war nicht meine Frage.

Zeuge S. L.: Deswegen kam so wenig bei raus, und deswegen wurde es eingestellt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das war ja nicht meine Frage. Herr Zeuge, eine ganz klare Frage: 2003 gingen die Überlegungen los. 2005 - haben Sie ja, glaube ich, gesagt - ging das dann mit den paketvermittelten Verkehren los. Gab es in diesen Jahren Bedenken bei der Ausfilterung der G-10-Verkehre, dass das nicht sicher ist?

Zeuge S. L.: Es gab Bedenken. Wir haben ja vorhin schon die Schwachstellenanalyse angesprochen. Es gab auch schon mal das Zitat aus einem Vermerk, dass die Filter nicht 100 Prozent ausfiltern würden. Diese Bedenken gab es. Daraufhin haben wir die besprochenen betrieblichen Maßnahmen ergriffen, damit keine G-10-geschützten Daten an die Amerikaner weitergeleitet wurden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Unsicherheit bei der Ausfilterung war



Nur zur dienstlichen Verwendung

kein Grund dafür, das nachher einzustellen 2008?

Zeuge S. L.: Nein, die Unsicherheit war nicht der Grund.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War nicht der Grund?

Zeuge S. L.: Der Grund war, dass, um sicher zu sein, dass es kein G-10-geschützter Teilnehmer ist, wir die Maßnahmen so hart getroffen haben, auch im Zweifel für den G-10-Schutz, dass so wenig bei rauskam. Das war der Grund.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das sagten Sie mehrfach, Herr Zeuge. Mir geht es darum, was Sie davon erfahren haben, über die Frage der Unsicherheit, wie man damit umgeht, und letztlich geht es um die Frage: Haben Sie von 2005 bis 2008 diesen Betrieb fortgesetzt, obwohl Ihnen klar war oder jedenfalls Sie Zweifel hatten, dass die Ausfilterung nicht vollständig gelingt?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nach der Antwort wechseln wir dann zur nächsten Fraktion, Herr Zeuge.

Zeuge S. L.: Wir haben 2005 bis 2008 die technische Filterung stetig verbessert und weiterhin darauf geachtet betrieblich, dass Lücken, die da waren, betrieblich ausgemerzt wurden, sodass nichts weitergegeben wurde.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es gab Lücken?)

Es gab Lücken - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD. Ich nehme an, Herr Kollege Flisek.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, wirklich!)

- Doch, doch, dreimal die gleiche Frage.

(Zuruf: Er hat dreimal die gleiche Frage gestellt! - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war die wesentliche Sache: Es gab Lücken! Dass Sie jetzt abschneiden!)

Wir können es doch so machen - -

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei der wesentlichen Sache, da haben Sie das Mikrofon ausgeschaltet!)

- Genau. Das ist die Möglichkeit, die die Technik hier bietet, damit nicht weit über die Zeit weitergefragt wird.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber es wird ja hoffentlich im Protokoll stehen!)

Aber der Kollege Flisek hat ja 17 Minuten. Vielleicht ermöglicht er die Chance, hier einzusteigen.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sogenannter Sensburg-Filter!)

- Gute Anmerkung. - Der Kollege Flisek ermöglicht aber, für die Beantwortung hier die Zeit der Fraktion der SPD - ich vermute, in einem begrenzten Umfang - in Anspruch zu nehmen.

(Martina Renner (DIE LINKE): So lange, wie der Zeuge braucht! - Gegenruf des Abg. Christian Flisek (SPD): Na ja, dann war es das letzte Mal!)

Ich darf Ihnen das Wort geben, Herr Zeuge.

(Christian Flisek (SPD): Na, was jetzt? - Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Soll ich die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Frage noch mal stellen? -
Christian Flisek (SPD): Ja!

- Nein, die Frage ist schon gestellt worden. Der Zeuge kann antworten.

(Hans-Christian Ströbele
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er beantwortet sie ja nicht!

Zeuge S. L.: Da, wo es Lücken im technischen Filter gab,

(Hans-Christian Ströbele
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie weitergemacht!)

haben wir betrieblich sichergestellt, dass das nicht weitergegeben wurde.

(Dr. Konstantin von Notz
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bis wann gab es Lücken?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, das ist genau das, was ich vermeiden wollte: dass immer wieder nachgefragt wird in einer Zeit, die schon abgelaufen ist.

(Dr. Konstantin von Notz
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage wird ja nicht beantwortet, Herr Vorsitzender!)

- Die Frage wird vielleicht nicht zum Wunsch beantwortet, wie sie gern beantwortet werden soll. Das obliegt aber dem Zeugen. Das können wir in der nächsten Runde klären.

(Dr. Konstantin von Notz
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Vorsitzende muss darauf achten, dass sie sinngemäß beantwortet wird!)

Und jetzt gebe ich wirklich das Wort der Fraktion der SPD.

Christian Flisek (SPD): Danke. - Ich würde ganz gerne jetzt noch mal auf einen Bereich zu sprechen kommen, der schon angesprochen wurde. Das ist der Bereich der Metadaten. Sie haben ja bei diesen Zahlen, die hier immer wieder auch in den Raum gestellt worden sind, die sich ja aus den Snowden-Dokumenten ergeben - 500, 600 Millionen Metadaten -, darauf hingewiesen: Die stammen aus der Satellitenerfassung. Richtig?

Zeuge S. L.: Richtig.

Christian Flisek (SPD): So. Im Rahmen des Projektes „Eikonol“ - ich frage Sie jetzt noch mal -, sind da Metadaten an andere Dienste weitergeleitet worden?

Zeuge S. L.: Es sind Metadaten in Form von Sachdaten an das Sachgebiet JSA weitergeleitet worden.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Jetzt haben wir diese Zahl „500, 600 Millionen“ gehört. Können Sie das noch mal einordnen, wie viel - - Ist es Ihnen irgendwie möglich, zu sagen, das, was Sie da weitergeleitet haben an Sachdaten - ich komme gleich noch auf den Unterschied -, war genauso viel, war erheblich weniger?

Zeuge S. L.: Das kann ich leider nicht beantworten.

Christian Flisek (SPD): Können Sie gar keine quantitative Angabe machen?

Zeuge S. L.: Nein, weil das im Sachgebiet JSA aufgelaufen ist.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die wussten es aber auch nicht! - Gegenruf des Abg. Christian Flisek (SPD): Jetzt reicht es!)

Selbst die haben meines Wissens keine Statistik darüber geführt.

Christian Flisek (SPD): Keine Statistik darüber geführt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge S. L.: Ich weiß es nicht.

Christian Flisek (SPD): Dann stellen Sie doch noch mal jetzt dar: Was ist jetzt noch mal aus Ihrer Sicht genau der Unterschied zwischen Metadaten und Sachdaten?

Zeuge S. L.: Sachdaten sind eine Untergruppe von Metadaten. Metadaten als Umstände an der Telekommunikation können alle möglichen Daten sein, einmal reine Sachdaten wie: Was ist die Bezeichnung der Leitung, auf der der Verkehr lief? Dann die IP-Adressen oder auch E-Mail-Adressen, also dann auch personenbezogene Daten.

Christian Flisek (SPD): Und bei Sachdaten ist es qua Definition ausgeschlossen, dass es sich dabei um Daten mit irgendeinem Personenbezug handelt?

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Also, insofern könnte man sagen: Sachdaten sind Metadaten ohne Personenbezug?

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Jetzt haben Sie gesagt: Diese Sachdaten sind im Rahmen des Projektes „Eikonol“ weitergeleitet worden. Also, Sie können ausschließen, dass Metadaten mit Personenbezug weitergeleitet worden sind an JSA?

Zeuge S. L.: Ja, das schließe ich aus.

Christian Flisek (SPD): Gut. Also reine Sachdaten. - Jetzt könnte man ja auf die Idee kommen, zu sagen: Diese Sachdaten sind jetzt Daten, die zum Beispiel Rückschlüsse zulassen über technische Kapazitäten, über Gerätschaften, die zum Beispiel bei dem Netzbetreiber eingesetzt werden, also die mithin eventuell auch Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse darstellen könnten. Was sagen Sie denn dazu, zu dieser Idee?

Zeuge S. L.: Das kann man nicht. Die Sachdaten, die da waren, bezogen sich auf die Leitung, also das, was auf der Leitung läuft. Da wurde dann

statistisch zum Beispiel nach Protokollanteilen aufgeschlüsselt oder - - ja, hauptsächlich nach Protokollanteilen und solchen Sachen, um hinterher das Verarbeitungssystem den Gegebenheiten auf der Leitung anpassen zu können.

Eine weitere Gruppe von Sachdaten sind die Routingdaten, die wir damals erfasst haben. Da hatten wir die Idee, dass wir mehr über internationale Telekommunikationsnetze erfahren, wenn wir uns diese Routingdaten anschauen können. Allerdings sind das Daten, die das Verhältnis der Betreiber netze untereinander bezeichnen und nicht das Betreiber netz intern. Insofern kommen wir da nicht an irgendwelche Geschäftsgeheimnisse des Betreibers.

Christian Flisek (SPD): Auch nicht über Rückschlüsse, also vermittelt sozusagen, indirekt?

Zeuge S. L.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Welchen wirtschaftlichen - - Welchen Informationswert haben denn dann Sachdaten?

Zeuge S. L.: Erstens, also aus der Leitung heraus, aus der Erfassung heraus, die Anteile der Protokolle, die da drin sind. Wenn wir ein bestimmtes Subsystem, ein bestimmtes Programm brauchen, um ein Protokoll aufzuschlüsseln zu können, und von dem Protokoll ist ganz viel in der Leitung, müssen wir vielleicht mehrere Subsysteme nebeneinanderschalten, um das verarbeiten zu können. Das ist der eine Vorteil.

Der andere Vorteil ist, dass wir anhand der Routingdaten mehr über internationale Telekommunikationsnetze erfahren, nämlich wie die Betreiber zusammengeschaltet sind und wie die untereinander Daten austauschen. Das hilft uns, festzumachen, wo relevanter Telekommunikationsverkehr vielleicht läuft im Internet, um dann im weiteren Schluss sagen zu können, wir müssten diese oder jene Leitung aufschalten.

Christian Flisek (SPD): Okay. Also, rein über diese technischen Operationen sind das sehr abstrakte Daten, die keine Rückschlüsse auf ir-



Nur zur dienstlichen Verwendung

gendwelche technischen Kapazitäten - - Sie sagen, man kann definitiv ausschließen, dass in irgendeiner Weise, ich sage mal - wir unterhalten uns ja auch über den Komplex Wirtschaftsspionage -, eventuell dort Informationen, gehaltvolle Informationen von wirtschaftlichem Wert sich verbergen könnten? Das schließen Sie kategorisch aus?

Zeuge S. L.: Ich schließe aus, dass das aus den Daten, die wir erfasst haben, möglich ist.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge S. L.: Es gibt solche Daten, aus denen man so was ableiten könnte.

Christian Flisek (SPD): Das wären auch Sachdaten?

Zeuge S. L.: Das wären auch Sachdaten. Aber wir haben diese nicht erfasst.

Christian Flisek (SPD): Die haben Sie gar nicht erfasst?

Zeuge S. L.: Die haben wir gar nicht erfasst.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, es würde da auch kein Risiko bestehen, dass das weitergeleitet wurde?

Zeuge S. L.: Genau.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Hat man das deswegen nicht erfasst, unter diesen Aspekten, oder gab es andere Gründe?

Zeuge S. L.: Nein. Das haben wir genau unter dem Aspekt nicht erfasst. Genau unter dem Aspekt haben wir das ausgeklammert.

Christian Flisek (SPD): Also, das Thema Wirtschaftsspionage oder die Gefahr einer Wirtschaftsspionage hat bei den Überlegungen eine Rolle gespielt?

Zeuge S. L.: Der Vertrag mit dem Betreiber schließt natürlich ein, dass wir über Interna des Betreibers nichts nach außen dringen lassen. Und

deswegen: Wo wir wussten, dass es aus irgendwelchen Daten zu solchen Rückschlüssen führen könnte, haben wir die Daten erst gar nicht erfasst.

Christian Flisek (SPD): Hatten Sie denn den Eindruck, dass das die Amerikaner sowieso nicht interessiert? Weil wir hören ja immer wieder, die Amerikaner würden keine Wirtschaftsspionage von Haus aus betreiben, also zumindest nicht gegenüber Deutschland. Oder - -

Zeuge S. L.: Also, ich kann da - -

Christian Flisek (SPD): Ich sage mal so: Einerseits so eine Vorsichtsmaßnahme eben zu ergreifen - - Ich will Ihnen jetzt nicht da die Worte im Mund umdrehen, aber Sie haben ja jetzt gesagt: Das spielte eine Rolle bei den Überlegungen, und genau aus diesen Gründen hat man bestimmte Sachdaten, die eventuell einen wirtschaftlichen Wert haben könnten und von Interesse sein könnten, eben nicht weitergeleitet, sondern nur eben die von Ihnen geschilderten Sachdaten. Gleichzeitig heißt es immer: Die Amerikaner, also, Wirtschaftsspionage machen die ja sowieso nicht.

Haben Sie irgendwann mal in Ihrer Tätigkeit Anhaltspunkte dafür gehabt, dass es eventuell den anderen amerikanischen Diensten doch eventuell auch um Wirtschaftsspionage gehen könnte?

Zeuge S. L.: Ich kenne solche Vorwürfe auch aus den Medien, habe aber in meiner Arbeit keine Anhaltspunkte dafür gefunden, dass es den Amerikanern darum gegangen wäre.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Ich hätte noch mal eine Frage dazu. Ich meine, Sie hatten ja auch Kontakt jetzt zu Mitarbeitern amerikanischer Dienste. Sie haben selber ausführlich die Arbeitsweise des BND im Rahmen des Projektes dargestellt. Sie haben gesagt: Es gab die hohen Erwartungen der NSA beim Start des Projektes, die dann zum Ende enttäuscht worden sind. Sie haben gesagt: Deswegen ist das Projekt dann auch beendet worden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wenn Sie das mal so abgleichen, wie würden Sie denn aus Ihrer beruflichen, professionellen Erfahrung heraus beurteilen: Worin unterscheidet sich die Philosophie einer NSA von der Philosophie eines BND? Gibt es da überhaupt Unterschiede in der Philosophie, oder sind die Unterschiede nur dem Umstand geschuldet, dass man nicht über dieselben technischen Möglichkeiten und Kapazitäten verfügt? Wie würden Sie das einordnen?

Zeuge S. L.: Meiner Ansicht nach sind Unterschiede vor allem den technischen Möglichkeiten geschuldet. Wie die Philosophie der NSA im Weiteren gestaltet ist, weiß ich nicht. Da bin ich auch nicht auf der richtigen Ebene, dass sich die NSA-Führung mit mir darüber unterhält.

Christian Flisek (SPD): Na ja, gut, ich meine, wir sind ja jetzt auch durchaus mit der Aufgabe konfrontiert als Untersuchungsausschuss, uns mit der Philosophie der NSA, zumindest was deutsche Bürgerinnen und Bürger betrifft, auseinandersetzen zu müssen. Da interessiert uns natürlich auch, wie Mitarbeiter des BND, die unmittelbaren Kontakt hatten zu NSA-Mitarbeitern und die insbesondere wie Sie in einem zentralen Projekt Projektleiter waren, das beurteilen und einschätzen.

Wenn Sie jetzt diese Aussage so jetzt mal stehen lassen, dass Sie sagen: „Es geht im Wesentlichen nur um die unterschiedlichen technischen Möglichkeiten“, dann wäre im Prinzip, wenn der BND dieselben technischen Möglichkeiten hätte wie die NSA - - gäbe es da keinen Unterschied. Aber offensichtlich haben Sie ja gesagt: Es gab ein Projekt, ein zentrales Projekt, das eingestellt wurde, weil Erwartungen enttäuscht worden sind.

Zeuge S. L.: Wie gesagt, ich kann nicht für die Philosophie der NSA generell sprechen. In diesem Projekt - -

Christian Flisek (SPD): Nein, Sie sollen ja auch nicht für die NSA sprechen. Sie sollen über Ihre Eindrücke aus Ihrer Arbeit als Projektleiter „Eikonal“, dem zentralen Projekt - aus unserer Sicht bisher; vielleicht gibt es ja noch andere;

wird sich zeigen - bisher zwischen NSA und BND - - aus Ihrer Erfahrung heraus einen Eindruck mal abgeben: Gibt es einen Unterschied?

Zeuge S. L.: In dem Projekt, in dem ich den Kontakt mit der NSA hatte, arbeitete die NSA profilbezogen und auftragsbezogen. Mehr kann ich dazu leider nicht sagen. Wir arbeiten auch profil- und auftragsbezogen. Die Aufträge der NSA und unsere mögen sich unterscheiden. Das weiß ich aber nicht. Also, ich kenne die Aufträge der NSA ja nicht.

Christian Flisek (SPD): Also, die NSA hat auch im Projekt „Eikonal“ profil- und auftragsbezogen -

Zeuge S. L.: Gearbeitet.

Christian Flisek (SPD): - gearbeitet. Das hat sich wie geäußert? Können Sie das mal darlegen? Wie äußert sich das, wenn ein Dienst profil- und auftragsbezogen arbeitet?

Zeuge S. L.: Die NSA hat Selektionskriterien, die sogenannten Selektoren, an Bad Aibling gegeben, an JSA, und das wurde durch den BND rechtlich geprüft, ob diese Selektoren für die Operation „Eikonal“ zur Verwendung zulässig sind.

Christian Flisek (SPD): Und hatten Sie den Eindruck, dass diese Auftragsbezogenheit nur in dem Projekt „Eikonal“ existierte oder dass es - -

Zeuge S. L.: Mein Eindruck war, dass das ein generelles Vorgehen ist.

Christian Flisek (SPD): Ein generelles Vorgehen ist?

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Weil es steht ja so ein wenig im Raum, dass der Unterschied vielleicht sogar der sei, dass die NSA eben alles, was technisch möglich ist, macht. Das ist zumindest das, was man in den Zeitungen lesen kann. Ich hoffe, dass ich jetzt für das kein Zitat verwenden muss, weil das eine allgemeine Feststellung ist. Es heißt



Nur zur dienstlichen Verwendung

sozusagen: Das, was technisch möglich ist, machen wir.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das haben sie doch selber gesagt!)

Zeuge S. L.: Ich kenne die Rahmenbedingungen, die rechtlichen Rahmenbedingungen der NSA nicht.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Jetzt frage ich noch mal: In dem Projekt „Eikon“, was war denn der gegenseitige Nutzen noch mal bei diesem Projekt? Können Sie das noch mal herausarbeiten?

Zeuge S. L.: Der gegenseitige Nutzen war, dass die NSA uns Technik gegeben hat und Wissen, wie man diese Technik verwendet, also Informationen, und im Gegenzug dazu von uns, also von dem Sachgebiet JSA, Meldungen bekommen hat aus dem Ansatz in der Operation „Eikon“.

Christian Flisek (SPD): Okay, also Informationen gegen Technik.

Zeuge S. L.: Informationen gegen Technik und Informationen.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Und das, was sozusagen der Benefit für den deutschen Dienst war, das durften Sie nach Beendigung des Projektes dann, ich sage jetzt mal ganz lapidar, auch behalten?

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Da gab es keine Missstimmung diesbezüglich, so nach dem Motto: „Wir sind da in Vorleistung gegangen; jetzt ist dieses Projekt an die Wand gefahren worden, hat nicht den Ertrag gebracht, den wir haben wollten“?

Zeuge S. L.: Mir gegenüber wurde schon Enttäuschung geäußert, dass - -

Christian Flisek (SPD): Können Sie das mal darlegen? Wie zeigte sich das?

Zeuge S. L.: Ja, ein Mitarbeiter hat gesagt: Jetzt kommt da ja nichts raus. Das ist natürlich blöd für uns. Da müssen wir überprüfen, ob wir das noch weitermachen. - So wurde es mir gegenüber geäußert. Der hat natürlich eine sehr enttäuschte Wortwahl gehabt. Ich weiß das jetzt nicht mehr, um das wörtlich zu zitieren, aber so wurde es mir gegenüber geäußert.

Christian Flisek (SPD): Das war ein US-Mitarbeiter?

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Und diese Beendigungsphase, wie lief das? Wann hat man da die ersten Misstöne gehört, bis das Projekt dann wirklich eingestellt war? Wie lange lief das dahin?

Zeuge S. L.: Na ja, seit dem Ende des Probebetriebes, wo wir gesagt haben: „So, jetzt bekommt ihr Meldungen“, und wo dann die Meldungszahlen nicht so waren, wie die sich das erhofft hatten, wurde immer mehr und immer stärker Enttäuschung geäußert, dass da nicht mehr bei rauskommt, mit den Worten auch: Da müsste doch mehr bei rauskommen. - Aber - - Wie gesagt, das wurde dann mehr, und dann wurde das Projekt auch eingestellt.

Christian Flisek (SPD): Gab es da Druck irgendwie, so nach dem Motto: „Das kann doch nicht sein!“? Ich meine, wir haben ja gelernt, dass eben der BND ja großen Wert auf diese Kooperation gelegt hat und wahrscheinlich auch immer noch legt. Gab es da Druck, dass man da irgendwie mal ein paar Stellschrauben anders setzen müsste beim BND, vonseiten der Amerikaner, dass man gesagt hat: „Mensch“, ich sage jetzt mal, „jetzt lasst mal fünf gerade sein mit euren Filtern!“?

Zeuge S. L.: Das mag sein, aber nicht auf meiner Ebene.

Christian Flisek (SPD): Nicht auf Ihrer Ebene.

Zeuge S. L.: Also, bei uns war ganz klar, dass wir natürlich das deutsche Recht einhalten müssen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

und auch die NSA-Mitarbeiter haben auf meiner Ebene nie dagegen gesprochen.

Christian Flisek (SPD): Okay. Das heißt aber auch im Umkehrschluss: Wenn es auf anderer Ebene, was Sie ja jetzt nicht wissen werden, so was gab, zu Ihnen ist da nie von oben, also von BND-Linie runter, was durchgedrungen?

Zeuge S. L.: Nein. Unsere Maßgabe war immer, Recht und Gesetz einzuhalten. Unsere Maßgabe war immer, den Schutz G-10-geschützter Verkehre auf jeden Fall und zu 100 Prozent sicherzustellen.

Christian Flisek (SPD): Jetzt kommt natürlich die berühmte Frage auch, die ich zumindest in der Form, wie ich sie stelle, immer noch zum Teil für den Untersuchungsauftrag umfasst sehe: Gab es bei der Beendigung Gespräche über mögliche Kompensationen für „Eikonol“?

Zeuge S. L.: Aus den Akten konnte ich entnehmen, dass es solche Gespräche gab. Da war ich aber nicht mehr involviert.

Christian Flisek (SPD): Da waren Sie nicht mehr involviert?

Zeuge S. L.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, wie sich das dann im Zweifel entwickelt hat, da können Sie uns dann auch weder jetzt - - nicht, weil wir in der öffentlichen Sitzung sind, sondern generell gar nichts sagen?

Zeuge S. L.: Wie gesagt, dazu - - Damit war ich nicht betraut, und das kann ich nur aus der Aktenlage - - könnte ich dazu nur was sagen. Aber das ist nicht aus eigener Erfahrung.

Christian Flisek (SPD): Vielleicht einfach noch mal, damit wir auch noch mal ein Bild von Frankfurt kriegen: Sie haben da gesagt, Sie haben da Räume angemietet. Wie müssen wir uns das vorstellen? Da gibt es eine Liegenschaft des Netzbetreibers, ja?

Zeuge S. L.: Ja. Da gibt es eine Liegenschaft des Netzbetreibers.

Christian Flisek (SPD): Und da sind Sie quasi als Untermieter eingezogen?

Zeuge S. L.: Da haben wir einen Raum gemietet, ja.

Christian Flisek (SPD): Wie groß war der Raum?

Zeuge S. L.: Ich kann jetzt nicht - - schlecht Quadratmeter beziffern, also - -

Christian Flisek (SPD): Ja, so Pi - -

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): War er so groß wie
der hier?)

Zeuge S. L.: Nein, kleiner als der hier. Ich schätze jetzt mal: zwei Räume à 6 mal 4 Meter oder so.

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Ich denke, es war
ein Raum!)

Christian Flisek (SPD): Okay. - Und dieser Raum, hatten Sie da ausschließlich Zugriff als BND auf diesen Raum, oder hatte auch der Netzbetreiber Zugriff darauf?

Zeuge S. L.: Da hatten ausschließlich wir Zutritt. Der Netzbetreiber hatte einen versiegelten - - einen Schlüssel im versiegelten Umschlag, um im Notfall zum Beispiel der Feuerwehr Zutritt gewähren zu können.

Christian Flisek (SPD): Okay. Das heißt, wenn er den gebraucht hätte, hätten Sie das dann sozusagen gesehen?

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Für einen solchen Notfall.

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und was stand in dem Raum jetzt drin?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge S. L.: Da stand unser Erfassungsequipment drin.

Christian Flisek (SPD): Muss man sich das wie so ein - - wie man sich so einen Serverraum vorstellt?

Zeuge S. L.: Wie man sich so einen Serverraum vorstellt.

Christian Flisek (SPD): Mit lauter technischem Zeug vollgestellt.

Zeuge S. L.: Ja. Da sind also viele 19-Zoll-Schränke drin, die voll sind mit diesem speziellen Telekommunikationsequipment, also den Multiplexern oder Routern, und auch dann vielen kommerziellen Rechnern, Servern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir zum Schluss kommen.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Und da war Ihr Arbeitsplatz, wenn Sie in Frankfurt waren? Sie haben ja gesagt, ein Fünftel, nach der Konfiguration, Ihrer Arbeitszeit haben Sie für „Eikon“ aufgebracht.

Zeuge S. L.: Ja - -

Christian Flisek (SPD): Da waren Sie da drin?

Zeuge S. L.: Ich war nicht ein Fünftel meiner Zeit an diesem Arbeitsplatz, -

Christian Flisek (SPD): Sondern in Pullach.

Zeuge S. L.: - sondern nur, wenn es da um Sachen ging, die ich direkt vor Ort einbauen oder konfigurieren musste.

Christian Flisek (SPD): Gab es denn jemanden direkt vom BND vor Ort, der regelmäßig da war?

Zeuge S. L.: Nein. Es gab immer nur - -

Christian Flisek (SPD): Nein. - War das eine Fernwartung?

Zeuge S. L.: Es gab immer nur Dienstreisen dahin, wenn man direkt an der Hardware was machen musste. Ansonsten wurde das Ganze ferngewartet, ja.

Christian Flisek (SPD): Also rein von Pullach aus konnten Sie den ganzen Bereich dort managen?

Zeuge S. L.: Genau.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen zur nächsten Frageunde. Es beginnt wieder die Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn, vermute ich.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich kann ja mal kurz anfangen, obwohl in öffentlicher Sitzung das ja immer etwas schwierig ist mit den Fragen. Wir werden ja dann nachher wieder erleben, dass in der geheimen Sitzung ohne Medien, ohne Zuschauer Dinge ganz anders dargestellt werden als hier in der öffentlichen Sitzung.

Und ich darf Ihnen in öffentlicher Sitzung leider die Dokumente nicht vorhalten, die belegen, dass bestimmte Aussagen, die Sie hier gemacht haben, gar nicht zutreffend sind. Das ist ein Dilemma für uns, dass wir diese Akten hier nicht vorlegen dürfen, Ihnen nicht vorlesen können und jeder das nachvollziehen kann, dass bestimmte Dinge eben anders aussehen, wenn man hier in geschlossener Sitzung tagt.

Aber ich will einfach noch mal, weil das für mich schwer nachvollziehbar ist, einen Punkt noch mal nachfragen, den Herr Flisek eben mit angesprochen hat. Habe ich Sie jetzt richtig verstanden oder wollen Sie allen Ernstes jetzt dem Ausschuss hier sagen, dass Sie drei oder vier Jahre lang dort soundso viel Arbeitskräfte hatten, Daten abgehoben haben vom Kabel und nie Personenbezug hatten in den Unterlagen, die Sie weitergegeben haben? Habe ich das richtig verstanden, dass Sie gesagt haben: „Es sind nur Sachdaten ohne Personenbezug am Ende rausgekommen“? Ist das wirklich - - Können Sie uns vielleicht mal sagen, was ein Geheimdienst denn



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit solchen Daten anfangen soll, wenn es überhaupt keinen Personenbezug gibt, in den ganzen Jahren?

Zeuge S. L.: Verzeihung!

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Vielleicht können Sie das noch mal erläutern.

Zeuge S. L.: Das habe ich nicht gesagt. Die Sachdaten - - Da ging es nur um Metadaten, die um personenbezogene Daten bereinigt wurden. Die Meldungen, die da weitergingen, hatten selbstverständlich Personenbezug.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Herr Flisek hat Sie zweimal gefragt: Das waren also alles Sachdaten ohne Personenbezug? - Da haben Sie Ja gesagt.

Zeuge S. L.: Da ging es um die Metadaten. Herr Flisek hatte mich rein um den Komplex der Metadatenweitergabe gefragt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, Sie haben Daten mit Personenbezug weitergeleitet?

Zeuge S. L.: Wie ich es auch anfangs gesagt hatte: Die Meldungen, die wir weitergeleitet hatten, hatten selbstverständlich Personenbezug.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und wie viel Personen waren denn davon betroffen?

Zeuge S. L.: Das weiß ich nicht. Ich habe ja schon gesagt, dass es mehrere Hundert Meldungen pro Jahr waren. Ich bin nicht im nachrichtenbearbeitenden Bereich gewesen. Das hat ja das Sachgebiet JSA gemacht. Also kann ich nicht sagen, welche Personen das waren. Es könnten ja auch mehrere Meldungen zu einer Person gewesen sein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe Sie nicht gefragt: „Welche Personen?“, sondern: Wie viel Personen?

Zeuge S. L.: Auch das weiß ich nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich dachte, Sie sind Projektleiter. Als Leiter wird man doch am

Ende informiert werden, was hinten rauskommt. Sie leiten doch nicht ein Projekt und wissen überhaupt nicht, kümmern sich auch nicht darum, wie viele Personen da am Ende erfasst worden sind, ob das wertvoll war, ob das nicht wertvoll war. Hat Sie alles gar nicht interessiert?

Zeuge S. L.: Bei uns sind die Aufgaben klar verteilt, -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das ist schön. Aber der Leiter leitet.

Zeuge S. L.: - in Nachrichtengewinnung und Nachrichtenbearbeitung. Und der Projektleiter in der Operation „Eikonol“ -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Der weiß nichts.

Zeuge S. L.: - war zuständig für die Technik am Erfassungskopf, wie ich das eingangs auch sagte. Und ich muss dazu nicht die Ergebnisse der Nachrichtenbearbeitung wissen, und die weiß ich auch nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben gesagt: Es sind also doch personenbezogene Daten weitergegeben worden. Dann ist also für mich die Frage: Sind denn diese Personen - das ist ja gesetzliche Pflicht - informiert worden, dass ihre Daten erhoben und beim BND verarbeitet worden sind? Sind die also alle von Ihnen unterrichtet worden im Nachhinein?

Zeuge S. L.: Das ist nicht mein Aufgabenbereich. Kann ich nichts zu sagen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das ist schön, ja; Sie sind für gar nichts zuständig.

(Zuruf: Doch!)

Waren denn da auch - - Sie haben gesagt, G 10 hätten Sie immer eingehalten. Was haben Sie denn mit den europäischen Bürgern gemacht? Es gibt ja auch europaweite Regeln, europaweite Datenschutzregeln. Was haben Sie mit europäischen Bürgern gemacht, oder hat Sie das gar nicht interessiert, dass da europäische Bürger auch massenhaft dabei waren?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge S. L.: Ich muss mich natürlich an die Vorgaben halten, die mir da gemacht werden, und die Vorgabe war, den G-10-Schutz sicherzustellen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es gab keine Vorgabe, europäische Bürgerinnen und Bürger zu schützen?

(Tankred Schipanski
(CDU/CSU): Das ist vom
G-10-Gesetz nicht umfasst!)

Zeuge S. L.: Das ist nicht Grundlage im G-10-Gesetz.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie müssen keine Stichworte geben. Ich habe den Zeugen gefragt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege Hahn, nicht so ruppig, bitte ich doch!

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Doch! Ich darf ruppig sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es ist so eine kollegiale Stimmung bis jetzt. Die wollen wir doch halten.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich bin nicht auf Kollegialität aus, wenn die Zeugen hier mauern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber der Rest hier im Saal.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wenn die Zeugen mauern und nicht die Wahrheit sagen, dann bin ich nicht auf Kollegialität aus.

(MR Torsten Akmann
(BMI): Herr Vorsitzender,
das ist aber eine böse
Unterstellung!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist schon zweimal gesagt worden, dass Sie nicht die Wahrheit sagen.

(MR Torsten Akmann
(BMI): Schon wieder, das
zweite Mal!)

Es gibt verschiedene Wortmeldungen. Und eine Wortmeldung - -

(MR Torsten Akmann
(BMI): Sie haben den
Zeugen eben schon der
Falschaussage bezichtigt,
Abgeordneter Hahn!)

So. Jetzt habe ich verschiedene Wortmeldungen, und ich habe eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung vom Kollegen Flisek. Die geht allen anderen Wortmeldungen vor.

Christian Flisek (SPD): Also, ich beantrage jetzt, dass wir die Sitzung unterbrechen, weil der Kollege Hahn den Zeugen in der Tat hier - ich sage es deutlich - der Lüge bezichtigt und er meint, er könne hier in öffentlicher Sitzung das nicht vorhalten, was er vorhalten möchte. Dann müssen wir jetzt unterbrechen. Dann kann er das vorhalten, und dann werden wir anschließend in öffentlicher Sitzung weitermachen und klären, ob tatsächlich ein solcher Sachverhalt vorliegt oder nicht.

Das ist das einzige praktikable Vorgehen, weil ich es an und für sich jetzt zum zweiten Mal für unerträglich halte, dass man sich mit so formalen Gründen darauf zurückzieht, man könne hier sozusagen den Beweis nicht antreten, aber gelogen werde. Das ist ein Verfahren, das so nicht geht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zu diesem Geschäftsordnungsantrag sehe ich die Wortmeldung vom Herrn Dr. Krüger.

Dr. Hans-Ulrich Krüger (SPD): Nur eine Ergänzung: Das entspricht auch der Fürsorgepflicht des Ausschusses gegenüber dem Zeugen, der hier Recht darauf hat, in seiner Person respektiert und nicht mit unhaltbaren Vorwürfen überzogen zu werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Herr Kollege Kieseewetter.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich möchte für meine Arbeitsgruppe auch hier bewusst öffentlich sagen, dass das, was der Kollege Dr. Hahn angesprochen hat, sich uns in den nichtöffentlichen Sitzungen so nicht erschlossen hat.

Hier wird in der Öffentlichkeit ein Bild vermittelt, dass hier angeblich die Zeugen in nicht-öffentlicher Sitzung was anderes oder gar das Gegenteil behaupten. Das trifft nicht zu. Deshalb unterstütze ich auch den Geschäftsordnungsantrag vom Kollegen Flisek. Das sind unhaltbare Zustände. Herr Dr. Hahn versucht, das Ganze zu skandalisieren, wo nichts zu skandalisieren ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Herr Kollege Ströbele. Dann würde ich die Runde auch gerne schließen, weil weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte für meine Arbeitsgruppe sagen,

(Heiterkeit - Zuruf: Die ja auch schon getagt hat!)

dass der Kollege Hahn in der Sache recht hat. Wir erleben immer wieder - und wir könnten das ja auch vorführen hier, wenn die Bundesregierung da nicht gleich einschreitet -, dass der Zeuge hier Aussagen macht, die mit dem Akteninhalt nicht zu vereinbaren sind.

Und wir haben jetzt diesen Zeugen - - Das ist, glaube ich, der dritte, bei dem das so ist, dass das in der öffentlichen Verhandlung völlig anders aussieht und wir hier hinnehmen müssen, dass hier gravierende Widersprüche bestehen zwischen dem, was wir aus den Akten entnehmen, und dem, was der Zeuge sagt. Und da halte ich es durchaus für richtig, dass man den Zeugen darauf hinweist, dass er auch hier schon die Aussage vollständig und wahrheitsgemäß machen muss und nicht erst hier was erzählt und dann nachher in nichtöffentlicher Sitzung das möglicherweise in der einen oder anderen Weise relativiert, sodass dann man eben formal nichts mehr machen kann, weil er ja in der Gesamtaussage das nicht mehr so eindeutig dargestellt hat, wie

er es hier gemacht hat. Das ist ein Prozedere, was ich hier immer wieder beobachte.

Herr Vorsitzender, ich kann mir auch den Vorwurf nicht ersparen, dass - - Immer, wenn diese Punkte interessant und spannend werden, dann sehen Sie die Uhr und sehen nicht nur die Uhr, sondern schalten sogar das Mikrofon ab. Also, das macht nicht mal der Parlamentspräsident unten, wenn man im Plenum redet. Das ist nicht die feine Art. Wenn Sie hier sagen: „Wir gehen so nett und kollegial miteinander um“, dann finde ich das auch nicht angemessen und nicht in diesem Sinne, sondern da könnten Sie ruhig um der Sache willen dann einen Zeugen auch antworten lassen in aller Ruhe und vielleicht auch noch eine Nachfrage zulassen, weil das echt der Wahrheitsfindung dienen würde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank, Herr Kollege Ströbele. - Damit ist die Rednerliste nach dem Geschäftsordnungsantrag durch.

Ich würde einen Vorschlag machen zum Prozedere und dann noch kurz zur Anmerkung vom Kollegen Ströbele entgegenen. Aber erst zum Geschäftsordnungsantrag: Es ist vorgeschlagen worden oder beantragt worden: nichtöffentliche Sitzung. Ich würde anregen, dies in einer Beratungssitzung zu klären, weil dann kann auch der Kollege Hahn und gegebenenfalls der Kollege Ströbele nachweisen, wo ein Dissens ist, wo die Zeugen falsch ausgesagt haben. Dann können wir auch gegebenenfalls noch in eine nichtöffentliche Sitzung eintreten. Ich hoffe aber, dass das in der Beratungssitzung geklärt werden kann, weil eine nichtöffentliche Sitzung würde bedeuten, dass wir den Saal verlassen, dass wir in eine nicht-öffentliche Sitzung eintreten. Deswegen würde ich anregen, eine kurze Beratungssitzung vorzuschalten in der Hoffnung, dass wir hier in öffentlicher Sitzung weitermachen können.

(Martina Renner (DIE LINKE): Dann machen wir eine Beratungssitzung! Aber die Fragezeit können wir jetzt noch ausschöpfen!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Nein. Beim Geschäftsordnungsantrag - -

(Martina Renner (DIE LINKE): Sie können mir jetzt nicht die Fragezeit wegnehmen!)

- Aber die wird natürlich nachgeholt, die Fragezeit.

(Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das hoffe ich!)

- Natürlich. - Aber es ist relativ klar, dass der Geschäftsordnungsantrag jetzt unterbricht. Sonst macht er keinen Sinn. Aber die verbleibenden Minuten können natürlich nachgeholt werden.

(Martina Renner (DIE LINKE): Gut! - RA Johannes Eisenberg: Und den Lügenvorwurf weisen wir natürlich zurück!)

Dann kurz zur Zeit, bevor wir über diesen Antrag abstimmen: Wir haben es in der letzten Obleuteunde angesprochen, und es ist mehr als offensichtlich und auch an den Frageanteilen von der Zeit her offensichtlich, die sich übrigens bei der Opposition nicht gravierend von den Frageanteilen der Union unterscheiden, bei einem Verhältnis von 27 zu 8 Minuten - ich werde das in der nächsten Sitzung im öffentlichen Teil einmal vorstellen, wie hoch die Frageanteile sind, damit auch Klarheit darüber herrscht - - genauso wie auch bei der Zeit, die ich regelmäßig um mehrere Minuten überschreiten lasse bei der Opposition, dass hier keine Abbrüche stattfinden zulasten der Opposition.

Das haben wir eigentlich mehrmals besprochen, und das wundert mich schon, diese Stellungnahme, dass gerade bei Fragen der Opposition abgebrochen wird. Es wird bei allen, die die Zeit überschreiten, nach einigen Karenzminuten abgebrochen. Das halte ich auch für sinnvoll. Übrigens können, wenn die großen Fraktionen keine Fragen mehr haben - das haben wir in den letzten Sitzungen erlebt -, die kleineren Fraktionen fast ohne Begrenzung Fragen stellen. Das haben wir in der letzten Sitzung mit einer Fraktion erlebt,

die dann quasi ohne Zeitbegrenzung Fragen stellen konnte, was dazu führt, dass im Gesamtvolumen der Zeit sich die kleinen Fraktionen den großen Fraktionen fast annähern. Von daher kann ich den Einwand nicht verstehen. Er klingt natürlich erst mal sehr gut, und das ist ja auch etwas, Herr Ströbele, was Sie sehr gut beherrschen. Es macht aber die Sache leider nicht richtiger.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung im Sinne von - -

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, das ist keine neutrale Äußerung, die Sie hier machen!)

- Das war, glaube ich, die Äußerung, die die Äußerung von Herrn Ströbele klargestellt hat. - Und jetzt stimmen wir über den Geschäftsordnungsantrag dahin gehend ab, dass wir in eine Beratungssitzung eintreten, wenn das so akzeptabel ist, Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Wer ist dafür, jetzt in eine Beratungssitzung einzutreten? Den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die jetzige öffentliche Sitzung unterbrochen, und wir machen eine Beratungssitzung. Ich denke, dass 20 Minuten ausreichend sein dürften, um diesen Sachverhalt zu klären.

Dann bitte ich Sie, meine Damen und Herren, jetzt diesen Teil der öffentlichen Sitzung zu verlassen, dass wir in eine Beratungssitzung eintreten können. Ich danke Ihnen ganz herzlich, dass Sie bis hierhin gefolgt sind.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 12.58 Uhr -
Folgt Beratungssitzung)



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Wiederbeginn des
Sitzungsteils Zeugen-
vernehmung, Öffentlich:
13.57 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir setzen die unterbrochene Zeugenvernehmung fort.

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen S. L.

Ich freue mich, dass die Öffentlichkeit wiederhergestellt ist und aufgrund der kurzen Verzögerung jetzt auch jeder den Sitzungssaal finden konnte und hier ist; das freut mich.

Ganz kurz zur Unterbrechung: Es sollte durch Kollegen kein Vorwurf gegenüber dem Zeugen erhoben werden, dass eine Falschaussage getätigt worden ist. Es handelt sich vielmehr um die Sorge, Aussagen im öffentlichen Teil könnten von Aussagen im nichtöffentlichen Teil abweichen. Sachverhalte wurden angesprochen, die diese Sorge bei der Opposition darlegten.

Ich habe dann am Ende noch einen Vorschlag gemacht, den wir dann in der Obleuterunde diskutieren werden, wie wir möglicherweise in öffentlichen Sitzungen die Chance haben, Dinge zu konkretisieren, wo diese Sorge besteht. Das muss aber erst noch in der Obleuterunde besprochen werden, ob dieses Prozedere dann eine Rolle spielen kann.

Das betrifft Sie jetzt nicht konkret, Herr Zeuge. Das ist eine Sache, die wir vielleicht in Optimierung der Praxis hier ansprechen können, weil wir eben immer dieses Auseinanderbrechen haben mit öffentlichem Teil und nichtöffentlichem Teil. Für Sie nur der Hinweis, dass Sie natürlich immer schauen, dass Sie in beiden Teilen selbstverständlich die Wahrheit sagen. So hatte ich Sie aber auch verstanden, dass Sie das verstanden haben, meine Eingangsstatements.

Von daher gehen wir jetzt in der Beweisaufnahme fort. Rederecht hat die Fraktion Die Linke. Da ist eine Frage gestellt worden, aber sie konnte durch die Unterbrechung nicht mehr beantwortet werden. Ich bitte, bevor die Zeit läuft, Kollegen

Hahn, jetzt noch einmal die Frage zu formulieren, dass wir wieder ins Thema reinkommen, insbesondere Sie, Herr Zeuge, und dann läuft die Zeit auch wieder, nach der Beantwortung der Frage.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Meine Frage ging um die Weiterleitung von Daten von Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union, inwieweit hier ein Schutz stattgefunden hat, weil es auch europäische Rechte gibt. Da kam dann der Zuruf von der Union, und Sie haben dann auch geantwortet: Das steht nicht im G-10-Gesetz.

Deshalb noch mal konkret meine Frage: Gab es beim Bundesnachrichtendienst bei der Weiterleitung der Daten einen Schutz für Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union, ja oder nein? Kann man ja einfach beantworten.

Zeuge S. L.: Nicht ganz. Wir haben, wie ich vorher schon ausführte, betriebliche Maßnahmen getroffen, wo wir nicht nur den G-10-Schutz gewährleisten, sondern darüber hinaus deutsche Interessen berücksichtigt haben, dass keine Daten, die deutschen Interessen zuwiderlaufen, weitergegeben wurden.

Es konnte also nicht automatisch - - Es wurden nicht automatisch EU-Bürger sozusagen geschützt, wie das beim G-10-Schutz der Fall war, sondern ganz zum Schluss, vor der Weitergabe, haben wir noch mal darauf geachtet, dass deutsche Interessen nicht verletzt würden. Da kamen auch Themen rein, die deutsch-europäische Interessen verletzt hätten.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber einen generellen Schutz für Bürgerinnen der EU gab es nicht?

Zeuge S. L.: Einen automatisierten Schutz für Bürgerinnen der EU gab es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich will noch mal fragen zu diesen Test- und Probetrieben. Hatte ich das richtig verstanden, dass dieses Erfassungsgerät, also die Hardware, erst mal in Pullach oder weiß ich nicht wo getestet wurde, bevor sie beim Provider eingebaut wurde?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge S. L.: Ja, richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): An diesem Test, wo man das Erfassungsgerät schon mal vorab getestet hat, waren da auch Vertreter der NSA beteiligt?

Zeuge S. L.: Das weiß ich nicht, weil das das Sachgebiet JSA gemacht hat. Die haben diese Tests da durchgeführt. Ich weiß es insofern, als da, wo wir das Erfassungsequipment, wofür ich zuständig war, nämlich die Multiplexer und Router, die direkt am Signal liegen - - Als wir die getestet haben, war kein US-Personal zugegen.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber ob bei der Einrichtung - nenne ich das jetzt mal -, Konfigurierung - keine Ahnung - dieser Hardwarekomponente, die aus den USA geliefert wurde, NSA-Mitarbeiter beteiligt waren, als man das sozusagen im Probelauf schon mal sich angeguckt hat, ob da US-Mitarbeiter dabei gewesen sind, wissen Sie nicht?

Zeuge S. L.: Ich nehme an, dass US-Mitarbeiter in verschiedenen Stufen dabei waren.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Das ist für uns wichtig, weil wir ja natürlich immer nicht ausschließen können - das legt ja auch der Schwachstellenbericht nahe -, dass auch eingesezte Hard- und Software kompromittiert war oder andere Funktionen noch hatte als die, die sie vorgab zu haben.

Ich bin noch mal jetzt in diesem Gebäude des Providers. Sie haben ja sehr genau beschrieben: Es gab zwei Räume. Der Provider hatte keine Zugangsrechte; es gab einen Notschlüssel. Wenn jetzt der BND in dieses Gebäude des Providers kam, nehme ich nicht an, dass Sie dort mit dem Ausweis „BND“ reingegangen sind. Mit dem Ausweis, mit dem Sie dort reingegangen sind, hätten Sie neben den beiden Räumen weitere Räume des Providers betreten dürfen?

Zeuge S. L.: Nein, hätten wir nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil? Das würde ich gerne mal wissen, wie das vonstattengeht,

weil Sie sind ja dort mit einem Ausweis möglicherweise reingegangen von einem Kooperationspartner des Providers, wo nicht draufsteht: Der ist nur für zwei Räume zuständig.

Zeuge S. L.: Nein. Wenn ich die Räume des Betreibers betreten habe, habe ich mich an der Pforte mit einem BND-Ausweis ausgewiesen, bin dann zu meinem Ansprechpartner des Betreibers gegangen, habe mich sozusagen angemeldet und bin dann mit diesem Vertreter des Betreibers zu unseren Räumlichkeiten gegangen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ohne Ausweis?

Zeuge S. L.: Nein, den Ausweis hatte ich in der Tasche.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben dort keinen Ausweis einer Firma getragen -

Zeuge S. L.: Nein, wir hatten dort keinen haus-eigenen - -

Martina Renner (DIE LINKE): - oder einer Institution, einer Behörde getragen, die für die anderen Mitarbeiter des Providers nicht ersichtlich war als BND, aber Zutrittsrechte implementiert hätte?

Zeuge S. L.: Wenn wir uns in den Räumlichkeiten des Betreibers bewegt haben, haben wir uns mit Begleitung eines Vertreters des Providers bewegt, und dazu war dann kein Hausausweis nötig.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind nie unter der Legende einer anderen Behörde dort beim Provider unterwegs gewesen?

Zeuge S. L.: Weiß ich nicht mehr, ehrlich gesagt.

Martina Renner (DIE LINKE): Doch, das wissen Sie.

Zeuge S. L.: Ich denke, ich bin immer mit Klardings „BND“ dort aufgetreten. Ob andere Mitarbeiter von uns, die dort waren, einen Dienstausweis einer anderen Behörde vorgezeigt haben, ist mir nicht bekannt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Dann sind wir doch schon ein bisschen näher. - Also dieser Dienstaussweis der anderen Behörde, der dort möglicherweise die Zutrittsrechte ermöglicht hat, ohne sich als BND auszuweisen, hätte dieser Dienstaussweis dieser anderen Behörde es ermöglicht, in andere Räume des Providers zu gelangen, außer den beiden?

Zeuge S. L.: Nicht ohne Begleitung des Betreibers. Der Betreiber hat immer sichergestellt, dass wir uns da nicht irgendwo rumtreiben sozusagen, sondern dass wir genau das tun, wozu wir da sind, nämlich die Wartung in unseren Räumlichkeiten zu machen.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, es gab nie eine Betretung der Räumlichkeiten des Providers ohne Begleitung? Das können Sie hundertprozentig ausschließen?

Zeuge S. L.: Das schließe ich aus, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch für die Mitarbeiter?

Zeuge S. L.: Bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Für Sie oder für alle Mitarbeiter?

Zeuge S. L.: Nein, das schließe ich für unsere Mitarbeiter aus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt wären die Minuten um, -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und wir kämen zur Fraktion der Union. - Herr Kollege Kiesewetter.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, Sie haben vorhin mehrfach gesagt, dass Sie zum Schutz G-10-geschützter Verkehre im Zweifel Daten nicht weitergegeben haben. Was mich interessiert: Wie fand denn eigentlich die Beratung darüber statt? Wer entschied darüber? Gab es da regelmäßige

Beratungen, oder war das anlassweise? Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das mal ausführlich beschreiben würden.

Zeuge S. L.: Das war Aufgabe des Sachgebiets JSA. Deswegen kann ich dazu leider keine Einzelheiten weitergeben. So, wie ich es gehört habe, haben die sich beraten und haben dann entschieden, ob das weitergegeben wird oder nicht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Mich würde aber trotzdem interessieren: Wenn Sie die Daten an die JSA gegeben haben, haben Sie dort schon Hinweise weitergeleitet, dass es da oder dort zu Unstimmigkeiten kommen könnte?

Zeuge S. L.: Nein. Wir haben gegenüber der US-Seite nie gesagt, warum wir ihnen Daten nicht geben, sondern sie haben das, was sie gekriegt haben, bekommen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Nein, der Punkt - - Dann habe ich mich falsch ausgedrückt. Wenn Sie Daten aus Frankfurt weitergegeben haben, dann müssen Sie ja geprüft haben, was Sie weitergeben. Richtig?

Zeuge S. L.: Das war ein automatisiertes Verfahren, also aus Frankfurt über Pullach an die Außenstelle Bad Aibling. Wir haben da ja die automatisierten Filter laufen gehabt, und die Überprüfung oblag dann BND-Mitarbeitern in Bad Aibling.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das heißt, die sogenannten betrieblichen Maßnahmen, von denen Sie vorhin immer gesprochen haben, wurden dann in Bad Aibling ergriffen?

Zeuge S. L.: Die wurden dort umgesetzt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Und wo wurden sie ergriffen?

Zeuge S. L.: In Bad Aibling.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): In Bad Aibling. Das bedeutet also: Das, was Sie vorhin über betriebliche Maßnahmen angesprochen haben, fand in Bad Aibling statt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge S. L.: Ja, weil die Mitarbeiter dort sind, und der Mitarbeiter ist der letzte und ausschlaggebende Kontrolleur.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das heißt, dort fand dann auch die Beratung statt, wo im Zweifel Informationen dann nicht weitergegeben wurden?

Zeuge S. L.: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das heißt, die Auswahl der Informationen, die weitergegeben wurden, fand dann auch dort statt?

Zeuge S. L.: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke schön. - Dann eine Frage zum Verhalten der NSA: Wie kann man sich das vorstellen? Hat die NSA Ihnen Aufklärungsziele gegeben, oder hat sich das allein auf die Frage von Filtern und Selektoren beschränkt? Gab es da einen täglichen Dialog, oder war das ein Schema, das dann von Ihrer Seite aus abgearbeitet wurde?

Zeuge S. L.: Die NSA hat dem BND Selektoren gegeben. Die wurden im Bereich der Nachrichtenbearbeitung überprüft und dann in die Filter eingestellt. Für den leitungsvermittelten Verkehr, die Ausland-Ausland-Strecken, hatte die BND eine Wunschliste von Ländern, die in ihrem generellen Aufklärungsziel lagen. Die hat sie uns benannt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Die NSA. Sie sagten gerade „die BND“. Die NSA hatte die Wunschliste?

Zeuge S. L.: Die NSA hatte eine Wunschliste, ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Okay, danke. - Dann möchte ich abschließend noch etwas über den Ringtausch erfahren. Was sind eigentlich Kriterien für den Ringtausch von Daten?

Zeuge S. L.: Meiner Ansicht nach gab es keinen Ringtausch. Ich möchte es auch gerne erläutern. Ringtausch ist für mich, wenn man den anderen

etwas machen lässt, was einem selbst nicht gestattet ist, und das sozusagen beidseitig. Wir haben von der NSA nie verlangt, dass die sozusagen Deutsche aufklärt. Und wir haben auch für die NSA keine Amerikaner aufgeklärt. Insofern gibt es aus meiner Sicht gar keinen Ringtausch.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das heißt, Sie schließen hier öffentlich definitiv Ringtausch in Ihrem Verantwortungsbereich aus, und zwar in dem Verantwortungsbereich, der Untersuchungsgegenstand ist?

Zeuge S. L.: Ich kann in meinem technischen Verantwortungsbereich einen Ringtausch ausschließen. Ich weiß nicht, was in anderen Bereichen des BND gelaufen ist. Ich meine, wir haben eine Kooperation mit der NSA auf vielen Feldern. Ich weiß nicht, was da sonst noch Sache ist.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Aber Sie schließen es für den Bereich „Eikonol“, für den Sie zuständig waren, definitiv aus?

Zeuge S. L.: Da schließe ich einen Ringtausch aus.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Zeuge. - Wir haben von unserer Arbeitsgruppe gegenwärtig keine weiteren Fragen in öffentlicher Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Damit kommen wir zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zeuge, ich knüpfe einfach bei dem Kollegen Kiesewetter an. Sie haben gesagt: Wir haben nie verlangt von den Amerikanern, Deutsche aufzuklären. Haben die Amerikaner das denn gemacht, sozusagen ganz von selbst?

Zeuge S. L.: Ich habe keinen Hinweis darauf, dass es einen Aufklärungsauftrag für Deutsche der Amerikaner gab.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, keinen Aufklärungsauftrag. Aber haben die Amerikaner Deutsche aufgeklärt und diese Informationen an den BND weitergegeben?

Zeuge S. L.: Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie schließen das nicht aus?

Zeuge S. L.: Ich kann das nicht ausschließen, weil ich nicht weiß, was die Amerikaner in den USA machen oder was die an irgendwelchen anderen Ansätzen machen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß. Aber ich forsche jetzt noch mal nach Ihrer Information, weil Sie gerade auf die Frage des Kollegen Kiesewetter gesagt haben, dass Sie einen Ringtausch für „Eikonol“ ausschließen.

Zeuge S. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also dass sozusagen Daten von den USA an den BND geflossen sind über Deutsche, das wissen Sie nicht.

Zeuge S. L.: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt ist die Frage: Wie ist es denn in die andere Richtung? Da wäre ja nur der Fall eben nach Ihrer Definition, dass Sie was gemacht hätten, was die Amerikaner nicht machen konnten. So haben Sie es eben formuliert.

Zeuge S. L.: „Dürfen“ hatte ich gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dürfen, genau. Dürfen denn die Amerikaner in Frankfurt an die Glasfaser gehen?

Zeuge S. L.: Die Amerikaner sind nicht in Frankfurt an die Glasfaser gegangen, sondern wir sind an die Glasfaser gegangen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das weiß ich. Das war nicht meine Frage,

sondern das Dürfen; darauf haben Sie ja gerade abgestellt. Dürfen die Amerikaner in Frankfurt an die Glasfaser gehen?

Zeuge S. L.: Ich weiß nicht, was das amerikanische Recht dazu sagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber das deutsche Recht.

Zeuge S. L.: Nach unserem - - Das deutsche Recht sagt selbstverständlich, dass die Amerikaner nicht einfach so in Frankfurt eine Glasfaser anzapfen dürfen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, genau. Jetzt ist ja das Interessante am Projekt „Eikonol“: Wer ist denn an die Glasfaser gegangen?

Zeuge S. L.: Der BND.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der BND, genau. Genau. - Diese Ausweise - das ist ja ganz interessant - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Wusste eigentlich der Telekommunikationsbetreiber, mit wem er es zu tun hatte bei Ihren Besuchen, der Mensch, den Sie da getroffen haben?

Zeuge S. L.: Der wusste, dass wir vom BND sind, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber es gab andere Ausweise?

Zeuge S. L.: Das mag sein. Ich hatte vorhin gesagt, dass ich selbst immer einen BND-Dienstausweis vorgezeigt habe. Es mag sein, dass die anderen Mitarbeiter einen anderen Ausweis vorgezeigt haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wenn Sie jemanden auf dem Flur zum Kaffee getroffen haben oder so, haben Sie gesagt: „Hallo, ich bin der vom BND“, oder hatten



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie eine Legende, oder wie muss man sich das vorstellen?

Zeuge S. L.: Ganz ehrlich, in so einem Knotenpunkt laufen nicht viele Leute rum. Wir haben da außer den Leuten, außer dem Pförtner und den Mitarbeitern, die für uns zuständig waren, ehrlich gesagt, niemanden getroffen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Ja, gut. - Jetzt habe ich das ja vorhin so verstanden, dass man ganz bewusst nicht an den DE-CIX-Knotenpunkt gegangen ist, sondern an diese spezielle Leitung bei Frankfurt. Das war eine bewusste Entscheidung; die hatte man, nachdem man bestimmte Datenströme gemessen hat, bei kabelgebundener, leitungsgebundener Kommunikation ausgesucht.

Zeuge S. L.: Wir haben die Leitungen aufgrund der Erkenntnisse ausgesucht, die wir aus offenen Quellen gewonnen hatten, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Die Argumentation für die G-10-Maßnahme war ja nun, dass auf paketvermittelte Daten sich die Kommunikation verlagerte und der BND fand, da muss man auch ran. Aber da war ja eigentlich dann nicht mehr diese Strecke betroffen. Ich will jetzt nicht wieder auf Ihr Apothekenbeispiel, wobei mir das ganz gut gefallen hat eigentlich, zurückkommen. Aber auf einmal waren eben lauter deutsche „Pillen“ dabei. Es war eben nicht mehr die Strecke zwischen dem Land X und dem Land Y.

Zeuge S. L.: Ja, genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Warum ist man denn auf der Strecke geblieben?

Zeuge S. L.: Nein, man ist nicht auf der Strecke geblieben. Die erste Streckenauswahl war die für leitungsvermittelte Kommunikation. Für paketvermittelte Kommunikation war eine andere Strecke. Diese andere Strecke haben wir auch aus offenen Quellen ermittelt, indem wir geschaut haben: Wo sind große Internetknoten? Wie sind

die miteinander vernetzt? Dazu haben wir verschiedenstes offenes Material benutzt, und dann sind wir an die G-10-Kommission herangetreten und haben gesagt: Wir sehen für unsere Auftragserfüllung die größte Chance, wenn wir diese Strecke uns genehmigen lassen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das war dann eine andere als bei der leitungsvermittelten?

Zeuge S. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber in den Räumlichkeiten konnten Sie bleiben?

Zeuge S. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Wie viel Daten sind eigentlich bei der G-10-Erfassung angefallen?

Zeuge S. L.: Das weiß ich auch nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatte das Projekt einen anderen Namen? Lief das auch, die G-10-Erfassung, unter dem Projektnamen „Eikonol“, oder lief das unter einem anderen Namen?

Zeuge S. L.: Nein, das lief unter einem anderen Namen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also die Maßnahme, für die Sie die Genehmigung bekommen haben, benannte ein anderes Projekt als „Eikonol“?

Zeuge S. L.: Die Maßnahme, die wir für die G-10-Anordnung bekommen haben, hatte den Namen „G-10-Erfassung“.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Aber mit der Maßnahme „Eikonol“, die spielte dafür keine Rolle?

Zeuge S. L.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber man hat auf derselben Leitung dann die Daten, die man vorher da von Frankfurt ausgeleitet hat, eben jetzt aus einer anderen Strecke abgezogen und die Routineverkehre über dieselbe Leitung dann über Pullach nach Bad Aibling weitergeleitet?

Zeuge S. L.: Was meinen Sie mit „selbe Leitung“?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, praktisch - - Man hat nichts erweitert, nicht die Datenmenge, die man weiterleitet, vergrößert, neues Kabel gelegt oder so.

Zeuge S. L.: Nein, es war ein Anschluss, wie man ihn als Firma bei einem Provider mieten kann. Zu irgendeinem Zeitpunkt - und ich weiß nicht mehr, ob das zu „Eikonol“ war oder zu einem späteren Zeitpunkt - ist die Leitungskapazität erhöht worden zwischen Frankfurt und Pullach.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte das daran liegen, dass man bei der Umstellung des Abschnorchelns von paketvermittelten Daten einfach viel größere Datenmengen erfasst hat? Oder was für einen Grund könnte eine Datenleitungserweiterung sonst noch gehabt haben?

Zeuge S. L.: Die wird notwendig, wenn man größere Datenmengen erfasst, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie würden mir zustimmen, dass das eine naheliegende Vermutung ist, dass mit der Umstellung von leitungs- auf paketvermitteltes Datenabsaugen die Leitungen vergrößert werden mussten, weil einfach mehr Daten flossen?

Zeuge S. L.: Die Vermutung ist naheliegend, allerdings nicht ganz zutreffend. Wir hatten ja einen Testbetrieb, wo wir nur sehr wenig weitergegeben haben. Dazu war es nicht unbedingt nötig, eine größere Leitungskapazität zu schalten.

In einem Wirkbetrieb der G-10-Erfassung kommt es dann allerdings sehr wohl zu größeren Datenmengen, die dann übertragen werden müssen,

und deswegen ist es dann auch nötig, eine größere Leitungsbandbreite zwischen Frankfurt und Pullach zu schalten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also durch den Wirkbetrieb?

Zeuge S. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin - das war für mich so ein bisschen unklar, und ich meine, das aus den Akten, ich sage es mal so: differenzierter zu verstehen - bezüglich der Netzwerkdaten - - Es gibt ja sogenannte - ich muss immer nachgucken - BGP-, die Border-Gateway-Protocol-Daten, und LDP-, Label-Distribution-Protocol-Daten.

Zeuge S. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die sind aber zu trennen von den Metadaten, Verkehrsdaten. Korrekt?

Zeuge S. L.: Ja. Die haben wir von Metadaten getrennt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hatte das vorhin - - Da floss das so ineinander über. Das sind zwei unterschiedliche Sachen.

Würden Sie mir zustimmen, dass diese BGP- und LDP-Daten schon betriebsgeheimnisrelevante Informationen sind, die man dort abgreifen kann?

Zeuge S. L.: Nein, da stimme ich Ihnen nicht zu. Wie Sie gerade sagten, ist BGP das Border Gateway Protocol. Es beschreibt also die Interaktion zwischen den Netzen, also zwischen den Netzgrenzen. Das BGP-Protokoll ist ein offenes Protokoll im Internet. Das wird verbreitet von den Routern. Sonst wüssten die einzelnen Netze nämlich nicht, wie sie die Verkehre im Internet leiten sollten. Das BGP-Protokoll macht deswegen keine Angaben über die internen Netzstrukturen des Betreibers, sondern über die äußeren Strukturen des Internets an sich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also das sind praktisch öffentlich zugängliche Daten, und der Telekommunikationsbetreiber hat oder hätte auch gar kein Problem damit, dass Sie das gegebenenfalls mit einem AND teilen?

Zeuge S. L.: Der Telekommunikationsbetreiber macht diese Daten sogar selbst öffentlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und bei den Metadaten, die Sie da weiterleiten, da haben Sie ja gesagt, dass man die personenbeziehbaren Daten dort - - ich würde ja sagen: „versucht hat rauszulöschen“, aber Sie haben ja gesagt: rausgelöscht hat.

Wie viele Felder gibt es denn da so, die man da checken muss, ob da personenbeziehbare Daten drauf sind?

Zeuge S. L.: Das ist ganz unterschiedlich von Protokoll zu Protokoll.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Maximal?

Zeuge S. L.: Maximal kann ich das nicht sagen. Ich weiß aber, dass Sie auf den - wie nennt er sich? - - die Bewertung, die Gefährdungsbewertung beziehen. Da waren es 91 Felder, die untersucht wurden, ob sie personenbezogene Daten enthalten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren es immer 91 Felder?

Zeuge S. L.: Es waren zunächst weniger, und nach einer Untersuchung durch unsere Techniker wurden die erweitert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum?

Zeuge S. L.: Weil unsere Techniker ganz sicher sein wollten, dass wirklich kein Personenbezug hergestellt werden kann, und deswegen auch Datenfelder da mit reingenommen haben, wo sie nur den leisesten Verdacht hatten, dass sie hätten

verwendet werden können, um einen Personenbezug herzustellen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber eine Zeit lang wurden Daten weitergegeben, wo ein leiser Verdacht vielleicht schon bestanden hätte?

Zeuge S. L.: Zu diesem Zeitpunkt wurden keine Daten weitergegeben. Erst als die Techniker das abgeschlossen hatten, wurden Daten weitergegeben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann war das denn?

Zeuge S. L.: Das war circa Mitte 2007, glaube ich. Ich bin mir aber nicht sicher.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2007. Und bis dahin hat man mit diesen Daten im System normal gearbeitet, aber man hat sie nicht in die JSA gegeben?

Zeuge S. L.: Man hat mit diesen Daten im System normal - - Nein. Man hat auch mit diesen Daten im System nicht gearbeitet. Man hat versucht, diese Metadatenfelder, die in dem Programm drin waren, zu verstehen und da eben diesen Metadatenfilter zu verwirklichen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie sagen hier, dass bis 2007 diese Daten für den amerikanischen Dienst in keiner Form zugänglich waren?

Zeuge S. L.: Ich hatte gesagt, dass ich mir nicht ganz sicher bin über den Zeitraum, aber bevor dieser Filter existierte, waren sie für den amerikanischen Dienst nicht zugänglich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nicht in den verschiedenen Mechanismen, die bei der Site B, nein, bei der Site C sozusagen gewirkt haben?

Zeuge S. L.: Nicht, dass ich wüsste.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie das denn?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge S. L.: Ich kann es nicht komplett ausschließen. Ich weiß es nicht im letzten Detail.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also haben Sie eigentlich das - - Die Frage bezüglich der einzelnen Probleme der Verarbeitung in der Site C: Waren Sie damit betraut, oder waren Sie da involviert? Haben Sie das voll mitbekommen? Verstehen Sie, was da im Einzelnen genau passiert ist? Oder war das eigentlich nicht so Ihr Arbeitsbereich?

Zeuge S. L.: Das war nicht so sehr mein Arbeitsbereich. Ich habe nur hinterher den Bericht auch zu lesen bekommen. Der wurde, denke ich, absichtlich von jemand anderem gemacht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie waren in diesem Prozess nicht so eingebunden? Ihr Aufgabenfeld lag eigentlich Site A, Site A' und Site B?

Zeuge S. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich frage das so nach und sage das jetzt mal ohne einen scharfen Vorwurf. Aber anhand der Dinge, die wir wissen, wäre ich massiv vorsichtig einfach, was da in der Site C passiert ist. Wir haben da eine relativ genaue Aktenlage darüber und haben da so eine Grundidee, was da passiert ist. Und deswegen: Wenn Sie da keinen unmittelbaren Erkenntniswert haben, wäre ich da einfach sehr vorsichtig.

Zeuge S. L.: Deswegen sage ich Ihnen immer wieder, dass das JSA gemacht hat und dass ich darüber nicht vollumfänglich informiert bin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir weitergehen in der Runde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Jetzt geht es weiter mit der Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Vielen Dank. - Herr Zeuge, ich würde ganz gerne noch mal ein paar zeitliche Einordnungen mit Ihnen vornehmen wollen. Sie haben ja zum einen über Telefonie und Internet, also leitungsgebunden/paketvermittelt, gesprochen. Können Sie noch mal sagen - leitungsvermittelt, also Telefonie -, wann hat das begonnen, wann hat das geendet?

Zeuge S. L.: In der Telefonie haben wir im Dezember 2004 die erste Leitung durch den Betreiber aufgeschaltet bekommen. Diese Leitung bzw. das Signal auf dieser Leitung konnten wir nicht verwerten, weil es zu schwach war. Unsere Geräte konnten das nicht verwerten. Darauf mussten wir erst mal einen Verstärker einbauen, was wir dann im Januar 2005 gemacht haben. Ich glaube, im Februar 2005 kamen dann die weiteren - - Februar, März, April 2005 kamen dann die weiteren Leitungen dazu, sodass wir dann im Frühjahr 2005 in die Erfassung leitungsvermittelter Verkehre gegangen sind.

Ende 2006 hat uns der Betreiber dann angekündigt, dass das Betriebsmodell der dedizierten Ausland-Ausland-Strecken beim Betreiber abgeschafft wird. Und genau das haben wir dann auch im Januar 2007 gesehen, weswegen wir dann auch die leitungsvermittelte Erfassung eingestellt haben dieser - - Ja, gut, es gab diese Ausland-Ausland-Strecken nicht mehr. Deswegen war auch keine Grundlage mehr da.

Christian Flisek (SPD): Können wir so weit dann differenzieren, dass wir sagen: „Eikonale“ in Bezug auf Telefonie endete deswegen, weil es diese Ausland-Ausland-Strecken als Betriebsmodell beim Netzbetreiber nicht mehr gab“?

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Also, das wäre schon mal noch mal eine erste, weitere Differenzierung. Und das war Ende 2007?

Zeuge S. L.: Nein, das war im Jahreswechsel 2006/2007.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Jetzt zu den paketvermittelten Diensten: Wann begann das?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge S. L.: Zu den paketvermittelten Diensten, da haben wir meines Wissens nach - ich weiß es nicht, ich bin mir nicht ganz sicher - Ende 2005 die erste Leitung aufgeschaltet bekommen. Da fehlte aber noch die Rückrichtung, ohne die wir die Erfassung technisch nicht machen können. Die kam dann 2006 dazu. Im Frühjahr 2006 haben wir dann die zweite Leitung erhalten. Dann haben wir vor Ort den Probetrieb des Systems gemacht, sodass wir dann im weiteren Jahresverlauf 2006 - da weiß ich nicht mehr genau das Datum - in die probeweise Erfassung von Daten, also Erfassung und Verarbeitung von Daten, gehen konnten.

Ende 2006 bis Mitte 2007 circa war dann der Test der Filter von JSA im Probetrieb, und ab Mitte/Ende 2007 - ich glaube, im Herbst, aber ich bin mir nicht ganz sicher - bis Juni 2008 war dann der Betrieb von „Eikonal“ paketvermittelt mit Weiterleitung von Daten an JSA.

Christian Flisek (SPD): Das ist das, was man dann sozusagen den Produktionsbetrieb nennen könnte?

Zeuge S. L.: Das war ein verbesserter Testbetrieb. Wir sind Ende 2007 dann sozusagen in den vorläufigen Produktionsbetrieb - so hieß das bei uns - gegangen, weil wir da dann die Filter so weit im Griff hatten, dass wir die Wirkungsweise stichprobenartig überprüft haben und damit sagen konnten: Ja, das passt.

Christian Flisek (SPD): Jetzt müssen Sie mir das natürlich erläutern: Was ist der Unterschied zwischen Probetrieb, vorläufigem Produktionsbetrieb und Produktionsbetrieb?

Zeuge S. L.: Im Probetrieb schauen Sie, ob die einzelnen Komponenten des Systems funktionieren, ob das, was man sich im Labor sozusagen aufgebaut hat, auch unter Echtbedingungen funktioniert, weil die echten Daten naturgemäß immer etwas anders aussehen, als man das im Labor vorhersagen konnte.

Der erweiterte Probetrieb gibt einem dann die Möglichkeit, sozusagen erste Produkte zu erstellen,

aber die noch nicht vollautomatisiert, sondern das ist dann ganz zum Schluss. Da guckt auf jeden Fall ein Mensch drauf und sagt: Okay, das ist jetzt relevant; das wird weitergeleitet.

Ein voller Produktionsbetrieb oder auch Wirkbetrieb ist dann, wenn das System automatisch arbeitet und automatisch Meldungen generiert werden. Das geht natürlich nur dann, wenn man weiß, dass alles richtig funktioniert.

Christian Flisek (SPD): Sind Sie bei den paketvermittelten Leit- - Sind Sie da in den Wirkbetrieb gekommen?

Zeuge S. L.: Ich denke, dass man die Zeit von Ende 2007 bis Juni 2008 als Wirkbetrieb bezeichnen kann. Wir sind trotzdem vorsichtig gewesen und haben das Ganze immer zwischendrin noch stichprobenartig überprüft.

Christian Flisek (SPD): Also ein halbes Jahr Wirkbetrieb?

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Bei den paketvermittelten.

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und bei der Telefonie?

Zeuge S. L.: Die Telefonie war zu dem Zeitpunkt schon abgeschaltet.

Christian Flisek (SPD): Wie war da die Einteilung zwischen Probetrieb, erweitertem Probetrieb und Wirkbetrieb?

Zeuge S. L.: Da ging es sehr viel schneller, weil das Techniken waren, die wir schon beherrscht haben, komplett. Das heißt, da ging es nur darum, wirklich zu testen, dass der Aufbau der Systeme vor Ort richtig funktioniert hat. Und da, denke ich, war das ein Vierteljahr bis halbes Jahr Probetrieb und danach gleich der Wirkbetrieb.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Und Wirkbetrieb haben Sie so definiert: Das ist im Prinzip die Phase, wo dann automatisiert die Prozesse ablaufen.

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, im Wirkbetrieb gab es dann auch keine manuelle Nachfassung mehr?

Zeuge S. L.: Im Wirkbetrieb der Telefonie gab es keine manuelle Nachfassung.

Christian Flisek (SPD): Und bei den paketvermittelten?

Zeuge S. L.: Da haben wir weiterhin im letzten Wirkbetrieb stichprobenartig kontrolliert, ob das auch alles passt.

Christian Flisek (SPD): Stichprobenartig, aber nicht komplett?

Zeuge S. L.: Nicht komplett. Also, vorher, im erweiterten Probetrieb, haben wir komplett nachgeschaut, dass das alles funktioniert.

Christian Flisek (SPD): Und Weiterleitungen jetzt an andere Dienste? In welcher Phase des Betriebes fanden die statt?

Zeuge S. L.: Im Wirkbetrieb.

Christian Flisek (SPD): Im Wirkbetrieb. Ausschließlich im Wirkbetrieb?

Zeuge S. L.: Ja. Beziehungsweise, wie ich eben schon sagte, im Probetrieb, wenn der Mensch gesagt hat: Ja, das ist okay. - Das ist dieser erweiterte Probetrieb.

Christian Flisek (SPD): Okay. Aber automatisiert dann im Wirkbetrieb im Prinzip von Ende 2007 bis Juni 2008 für die paketvermittelten Dienste?

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Jetzt ist ja dieser Schwachstellenbericht schon mal angesprochen worden.

Zeuge S. L.: Eben.

Christian Flisek (SPD): Können Sie den zeitlich jetzt noch mal einordnen?

Zeuge S. L.: Ich weiß es nicht ganz genau. Ich glaube, der Schwachstellenbericht kam Mitte 2007, als wir aus dem Probetrieb in den erweiterten Probetrieb gegangen sind; und die Schwachstellen, die dort dargestellt wurden, haben wir dann während des erweiterten Probebetriebs ausgeräumt bzw. verbessert. Sonst wären wir nicht zu einem Wirkbetrieb gekommen.

Christian Flisek (SPD): Wie ist denn der Bericht aufgefasst worden? War das jetzt für Sie eine willkommene Hilfestellung, um - ich sage mal - diese Phase vom erweiterten Probetrieb hin zum Wirkbetrieb dann zu bewerkstelligen nach allgemeiner Zufriedenheit? Oder war das eher sozusagen jetzt - - Waren Sie da sozusagen intern bei sich als Projektleiter auf dem Weg, und jetzt kommt plötzlich noch so eine Schwachstellenanalyse da reingeschneit, die einem alles Mögliche um die Ohren haut, wo man dann anfängt zu stöhnen und zu sagen: „Um Gottes willen, jetzt müssen wir das alles auch noch ausräumen“?

Zeuge S. L.: Nein, Schwachstellenanalysen sind ja in so einem Betrieb ganz normal. Wir müssen ja da die Vorschriften einhalten. Und eine Schwachstellenanalyse hilft einem dabei. Die war vor allem zu dem, was in JSA ablief, ja nicht sozusagen in meinen Geschäftsbereich gerichtet, sondern in den von JSA. Aber ich denke, auch die Kollegen dort haben das nicht als negativ aufgefasst.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie haben das jetzt - jetzt mal unabhängig davon, was die JSA-Kollegen zur Schwachstellenanalyse gesagt haben; das nuanciert ein bisschen in eine andere Richtung - - Die waren da nicht so ganz begeistert davon. Aber Sie selber sagen, in Ihrem Bereich, den Sie zu verantworten hatten, war das für Sie eher ein normaler Vorgang, dass Sie so etwas bekommen haben und dass Sie dann gesagt haben: „Wir können - sozusagen wie in so einem Pflichtenheft - die Baustellen abarbeiten“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Was waren das denn konkret für Baustellen aus dem Schwachstellenbericht, die dann Sie betroffen haben, also nicht JSA, sondern die auf Sie gemünzt waren?

Zeuge S. L.: Die Baustellen aus dem Schwach-

RD Philipp Wolff (BK): Wenn wir jetzt konkret wieder auf den Schwachstellenbericht eingehen, dann würde ich doch sagen, dass wir das in eingestufteter Sitzung machen.

Christian Flisek (SPD): Gut, akzeptiere ich. - Jetzt vielleicht nur zu den Quantitäten: War das viel, oder war das etwas, wo Sie - - Sie haben ja gesagt: Wenn das jetzt Mitte 2007 dann kam - - Ende 2007 sind Sie in den Wirkbetrieb gegangen. Große Hürden können ja da nicht wirklich dann - - Ein halbes Jahr, gut, ich kann das jetzt nicht einschätzen.

Zeuge S. L.: Also, in meinem technischen Bereich war nur ganz wenig dabei.

Christian Flisek (SPD): War nur ganz wenig dabei?

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Okay. Darum haben Sie da auch ein relativ entspanntes Verhältnis dann dazu gehabt.

Vielleicht wenn wir jetzt auch gerade noch mal in Frankfurt sind: Bevor die Daten dann wirklich Frankfurt verlassen haben, können Sie uns wirklich noch mal schildern: Was genau wurde in puncto Separation, Selektion, Filterung da in Frankfurt gemacht, an der Stelle?

Zeuge S. L.: Das war eine mehrstufige Filterung, die da gegriffen hat.

Christian Flisek (SPD): Also, am besten chronologisch, also vom - - Vielleicht machen Sie es sowieso chronologisch im Prozessablauf. Also, fing das mit einem Filter an?

Zeuge S. L.: Ja. Wir haben ja einen mehrstufigen Filter, der ganz vorne schon ansetzt. Zu den entsprechenden Filterkriterien kann ich in öffentlicher Sitzung leider nichts sagen, weil das natürlich Kriterien sind, die wir immer noch anwenden, und deswegen ich mich da auf den Methodenschutz berufen möchte. Aber es war ein mehrstufiger Filter, der gegriffen hat, bevor die Daten aus Frankfurt nach JSA gingen.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Und jetzt in Bezug auf den Punkt G-10-Relevanz? Da gibt es die Zahl, dass man damit bereits 99 Prozent sozusagen rausziehen konnte. Ist das zutreffend?

Zeuge S. L.: Aus meiner Sicht war das schlüssig.

Christian Flisek (SPD): Schlüssig?

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Jetzt müssen Sie mir erläutern, wann etwas für Sie schlüssig ist.

Zeuge S. L.: Die Techniker, die die Systeme aufgesetzt haben, haben es mir erklärt, und ich habe es verstanden und die Erklärung für zutreffend erachtet.

Christian Flisek (SPD): Also, es ist dann keine eigene Kontrolle Ihrerseits gewesen, sondern eine Plausibilität?

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Können Sie hier in der öffentlichen Sitzung sagen, warum Sie das als schlüssig empfunden haben? Oder: Was wurde Ihnen da erklärt?

Zeuge S. L.: Wie die Filterkriterien verarbeitet werden, wie die Filterkriterien auf die Daten wirken. Und die Auswahl der Filterkriterien und die Art, wie sie dann gewirkt haben, waren für mich gut.

Christian Flisek (SPD): Hatten Sie denn in diesem Projekt als Projektleiter diesbezüglich irgendeine Verantwortung, dass man Ihnen auch gesagt hat: „Sie sind dafür verantwortlich, für



Nur zur dienstlichen Verwendung

den Teil, den Sie verantworten, dass diese Filter in einem bestimmten Maß auch funktionieren“?

Zeuge S. L.: Nein, dafür hatte ich keine Verantwortung. Das war in Verantwortung des Sachgebiets JSA.

Christian Flisek (SPD): Das war allein alles JSA?

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Auch die Filter, die in Frankfurt eingesetzt waren, waren Verantwortung von JSA?

Zeuge S. L.: Ja, weil diese Systeme ja gestaffelte Systeme sind. Und ich war, wie ich vorhin schon sagte, zuständig für die Systeme, die direkt vorne am Signal anliegen. Wenn das ganze Signal, also die Rohdaten dann in das Verarbeitungssystem eingespielt wurden, da hörte meine Zuständigkeit auf.

Christian Flisek (SPD): Okay, gut. - Haben Sie irgendwann einmal diese G-10-Anordnungen gesehen, zu Gesicht bekommen, mit denen da gearbeitet wurde?

Zeuge S. L.: Nein, habe ich nicht. Das hat bei uns das G-10-Rechtsreferat gemacht.

Christian Flisek (SPD): Okay. Also damit hatten Sie überhaupt gar nichts zu tun. Sie kannten auch die Inhalte nicht?

Zeuge S. L.: Ich habe die Inhalte mir von den G-10-Juristen mal erklären lassen. Aber so im Einzelnen kannte ich die Inhalte nicht.

Christian Flisek (SPD): Kam es denn bei diesen Anordnungen irgendwann mal zu Veränderungen im Laufe der Zeit?

Zeuge S. L.: Nicht, dass ich wüsste. Was für Veränderungen?

Christian Flisek (SPD): Na ja, halt, was man so anordnen kann, was man erfasst, Strecken.

Zeuge S. L.: In der G-10-Anordnung - - Kann ich sagen, was eine G-10-Anordnung im Allgemeinen beinhaltet?

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

- Okay.

Also, in der G-10-Anordnung wird die Strecke, die erfasst wird, angeordnet.

Christian Flisek (SPD): Genau.

Zeuge S. L.: Und es werden aus verschiedenen Gefahrenbereichen G-10-Suchkriterien zur Erfassung angeordnet. Bei den Streckenanordnungen hat sich nichts geändert; sonst hätten wir ja die Strecke austauschen müssen. Bei den Suchkriterien weiß ich es nicht, weil dieser Teil nicht in meinem Geschäftsbereich lag.

Christian Flisek (SPD): Tauchten bei Ihnen irgendwann einmal - - Oder: Tauchte in Frankfurt in Ihrer Zeit irgend mal - ich nenne das jetzt mal allgemein - ein Kontrolleur auf, sei es die Datenschutzbeauftragte des BND, ein G-10-Jurist des BND, irgendjemand anderes?

Zeuge S. L.: Der G-10-Jurist war regelmäßig in Frankfurt, die Datenschutzbeauftragte oder der damalige Datenschutzbeauftragte nicht.

Christian Flisek (SPD): Okay. Der G-10-Jurist regelmäßig?

Zeuge S. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Was heißt das, „regelmäßig“?

Zeuge S. L.: Die Filter, die wir am ersten Filterkriterium eingestellt haben, durften nur unter Aufsicht eines Juristen gesetzt werden. Dazu kam der Jurist in die Räumlichkeiten.

Christian Flisek (SPD): Und das hat er dann regelmäßig wiederholt?

Zeuge S. L.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Können Sie sagen so in etwa: Wie oft war das? Wie oft war der da?

Zeuge S. L.: Das weiß ich nicht mehr. Es war wirklich ziemlich häufig. Aber ich weiß jetzt nicht mehr, ob das einmal im Monat oder einmal im Vierteljahr war.

Christian Flisek (SPD): Aber Sie haben ihn dann begleitet?

Zeuge S. L.: Wir haben ihn begleitet, ja.

Christian Flisek (SPD): Okay. Gut. - Von meiner Seite momentan keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Damit kommen wir zur nächsten Fragerunde. - Es beginnt wieder die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich möchte noch mal über die G-10-Anordnung sprechen. Sie sagten, die Begründung sei dem Provider nicht übermittelt worden - oder Beschlusstext.

Zeuge S. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Habe ich richtig notiert?

Zeuge S. L.: Der Provider kriegt nur eine Kopie der G-10-Anordnung, wo ihm mitgeteilt wird, dass dieses Kabel oder diese Strecke einer Beschränkungsanordnung unterliegt. Warum, das weiß der Betreiber nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Und in dieser Anordnung wird die Transitstrecke bezeichnet, also von welchem Land zu welchem Land, oder wird das Kabel bezeichnet?

Zeuge S. L.: Entschuldigen Sie, in der G-10-Anordnung geht es nicht um Transitstrecken. Für die Transitstrecken im leitungsvermittelten Bereich hatten wir ein eigenes Vorgehen mit dem Betreiber.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge S. L.: In der G-10-Anordnung sind es Strecken, die in Deutschland beginnen oder enden. Das ist ja Teil des G-10-Herangehens schon. Die Strecke muss einen Deutschland-Bezug haben. Dann wird eben übermittelt: Das ist die Strecke von Deutschland ins Ausland.

Martina Renner (DIE LINKE): Und da steht das Land drin oder nur die Streckenbezeichnung?

Zeuge S. L.: Da steht das Land und die Streckenbezeichnung drin, weil auch eine Regionalauswahl mit zum Gefahrenbereich, also zur Feststellung des Gefahrenbereichs, gehört.

Martina Renner (DIE LINKE): Dieses Projekt „Eikonal“, für das Sie verantwortlich waren, bezog sich das lediglich auf die Umsetzung dieses Handels „Technik, Know-how gegen Information“ NSA/BND-seitig mit Blick auf den einen Telekommunikationsbetreiber, oder bezeichnet „Eikonal“ diesen Tauschhandel auch hinsichtlich anderer Telekommunikationsbetreiber, bei denen analog vorgegangen wurde oder wenigstens vergleichbar vorgegangen wurde?

Zeuge S. L.: Nein, „Eikonal“ war nur mit dem einen Betreiber.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Gab es denn neben „Eikonal“ weitere Projekte, die im Rahmen dieses Geschäftes, Tausches - - Das ist Gegenstand. Das betrifft Five Eyes; da braucht man nicht nervös werden.

Gab es denn weitere Projekte, die im Rahmen dieses Austausches dann durchgeführt wurden, Kabelabgriffe?

Zeuge S. L.: Wie gesagt, dieses Vorgehen - Equipment und Informationen gegen Meldungen - zusammen mit der NSA, das war wirklich nur in „Eikonal“ der Fall.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Da muss ich jetzt noch mal ein bisschen weiter nachfragen. Ich meine jetzt nicht nur Meldungen. Wir wissen - - Wir haben ja eben darüber gesprochen, dass in diesem erweiterten Probetrieb auch Daten zu JSA gegangen sind, damit die dort



Nur zur dienstlichen Verwendung

sehen konnten, wie sie die Filter einrichten müssen. Also, wir reden hier nicht nur von Meldungen - um es immer wieder zu wiederholen; machen wir gerne.

Zeuge S. L.: Aber darf ich da noch kurz einhaken? Das war dann das deutsche Betriebspersonal von JSA und nicht der amerikanische Teil. Das heißt, in dem erweiterten Probetrieb hat deutsches BND-Personal in Bad Aibling sich die Daten angeschaut und dann über eine Weiterleitung entschieden an die Amerikaner, also an den amerikanischen Partner in JSA.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich kann Ihnen natürlich nicht das Protokoll der heutigen Sitzung jetzt schon vorhalten. Aber Sie haben an anderer Stelle heute früh gesagt, Sie wissen nicht, wie die Entscheidungen gelaufen sind, welche Daten wo an die NSA weitergegeben wurden. Jetzt wissen Sie es doch.

Zeuge S. L.: Nein. Ich habe gesagt, dass ich nicht weiß, wie die Entscheidungen getroffen wurden, welche Daten weitergegeben wurden und welche nicht. Aber dass keine Daten weitergegeben wurden, die nicht absolut G-10-bereinigt waren, das weiß ich.

Martina Renner (DIE LINKE): Das wissen Sie. - In diesem erweiterten Probetrieb sind keine Daten rausgegeben worden, die deutsche Grundrechtsträger betrafen, weil am Schluss Menschen draufgeguckt haben. So habe ich Sie vorhin verstanden.

Zeuge S. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): In diesem erweiterten Probetrieb sind Millionen Daten in der Sekunde verarbeitet worden. Die sind durch ein Kaskadensystem gelaufen, und am Ende blieben wie viel Daten übrig?

Zeuge S. L.: Wie ich schon sagte: ein paar Hundert pro Jahr, Meldungen.

Martina Renner (DIE LINKE): Meldungen. Nein, ich rede jetzt darum - - Ich lege den Filter an und

selektiere aus diesem Verkehr die Grundrechtsträger, so gut ich kann. Und dann bleiben übrig: eine ganze Menge.

Zeuge S. L.: Und genau diese Zahl, wie viel davon übrig bleiben, kann ich Ihnen leider nicht sagen, weil wir darüber zwischen den einzelnen Verarbeitungsstufen nie Statistiken geführt haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Wenn wir Millionen Daten in der Sekunde haben und Milliarden am Tag und ich die deutschen Grundrechtsträger, so gut ich kann, rausfiltere, bleiben übrig: 10, 100, 1 000, 100 000, Millionen Daten? Was meinen Sie, wie hoch der Anteil der deutschen Grundrechtsträger in diesen Transitverkehren ist?

Zeuge S. L.: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Ich sage: Millionen Daten sind übrig geblieben am Ende. Und die will man dann durch Menschen angeguckt haben?

Zeuge S. L.: Nein, wir hatten ja einen kaskadierten Filter, der zuvor gegriffen hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Der die Grundrechtsträger herausgefiltert hat?

Zeuge S. L.: Der die Grundrechtsträger rausgefiltert hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Wie hoch ist der Anteil der Grundrechtsträger im Transitverkehr?

Zeuge S. L.: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Können wir doch - - Wenn wir die Kommunikation zwischen Afghanistan und weiß ich nicht - Norwegen - - Wie hoch wird der Anteil der deutschen Grundrechtsträger in dieser Kommunikation gewesen sein?

Zeuge S. L.: Das weiß ich nicht, aber - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Wie will man Millionen Daten, die am Ende des Tages übrig bleiben, durch Menschen angucken, ob nicht vielleicht doch Grundrechtsträger darunter sind? Wie soll das funktionieren?

Zeuge S. L.: Dafür haben wir ja vorher den kaskadierten technischen Filter, der greift, bevor die Menschen draufschauen können.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich rede jetzt nicht vom leitungsvermittelten Verkehr. Wir sind weiter. Wir wissen ja, dass die Probleme beim paketvermittelten Verkehr waren. Wie soll das funktionieren für IP-Verkehre, für Voice-over-IP? Wie will man sich diese Millionen Daten am Ende des Tages angesehen haben - durch Menschen?

Zeuge S. L.: Wie gesagt, da gab es vorher eine Filterkaskade, auch beim IP-Verkehr, gerade beim IP-Verkehr. Und dann bleiben nicht Millionen Daten übrig, die der Mensch sich anschauen muss.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei Metadaten bleiben nicht Millionen Daten übrig?

Zeuge S. L.: Dazu habe ich Ihnen auch schon gesagt: Bei Metadaten haben wir sämtliche personenbezogenen Datenanteile vernichtet und die Metadaten, die dann noch übrig waren, die technischen Sachdaten, statistisch aufbereitet. Und diese statistische Aufbereitung haben sich dann Menschen angeschaut, bereinigt von G-10-Daten, bereinigt von personenbezogenen Daten und statistisch aufbereitet.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau. So, und dann werden diese Metadaten, die keine personenbezogenen Inhalte mehr haben - ob das automatisiert überhaupt funktionieren kann: Fragezeichen von mir aus -, durch Selektoren geschickt, die die NSA zur Verfügung gestellt hat, um was zu finden? Terrorbezüge? Waffenhandel? Drogenhandel? Und das macht man an Daten, die keine Personenbezüge haben? Weil was will man finden?

Zeuge S. L.: Verzeihen Sie, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich hatte bis jetzt immer angenommen, dass man Menschen - -

Zeuge S. L.: - da vermischen Sie etwas.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Dann - -

Zeuge S. L.: Nämlich die Inhaltsdaten, die durch die Kaskadierungsstufe des Filters gelaufen sind, werden auf ein Profil geschickt, auf ein Profil, das Selektoren vom BND und von der NSA hatte, und nach dem Profil ausgewertet.

Jetzt könnte es ja theoretisch sein, dass durch den Filter ein grundrechtsgeschützter Teilnehmer durchgeschlüpft ist sozusagen und den auch noch ein Kriterium im Profil bzw. nicht ihn, sondern seinen Telekommunikationspartner ein Kriterium im Profil trifft. Und dann wäre das letzte Kriterium der Mensch, der dann sieht: Das ist ein G-10-Geschützter, und den müssen wir rauschmeißen. Aber ... (akustisch unverständlich) Das geht um Inhaltsdaten, nicht um Metadaten.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. Sie sind jetzt am Ende. - Ich muss jetzt der CDU/CSU das Wort erteilen, bis zur nächsten Runde.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir haben in öffentlicher Sitzung zurzeit keine Fragen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann erteile ich Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Da will ich gleich auch noch mal weitermachen, aber vorher eine Frage vorweg: Sie haben jetzt mehrfach betont, auch jetzt nach der Pause noch mal, dass die Grundlage für Ihre Tätigkeit bei den leitungsgebundenen Verkehren diese Vereinbarung gewesen ist, die mit dem Betreiber geschlossen worden ist, und die Grundlage für die paketvermittelten war dann die G-10-Anordnung. Ist das so zutreffend?

Zeuge S. L.: Ja, das ist zutreffend.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das war ja zeitlich nacheinander; das haben Sie ja mehrfach ausgeführt. 2003 ging das erst mal mit den leitungsvermittelten los. Und die paketvermittelten, das kam dann erheblich später.

Ist denn von Anfang an beabsichtigt gewesen, beides zu untersuchen oder abzuleiten und zu untersuchen, aufzuarbeiten, also sowohl die leitungsvermittelten als auch die paketvermittelten?

Zeuge S. L.: Also, wir als BND wollten selbstverständlich sämtliche G-10-Verkehre, also auf leitungsvermittelten und auf paketvermittelten Leitungen, untersuchen können. Insofern war das von Anfang an geplant.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie das dann auch in die Vereinbarung aufgenommen, dass beides untersucht werden soll? Oder bezog sich die Vereinbarung, so wie Sie es vorhin gesagt haben, nur auf die leitungsvermittelten Verkehre?

Zeuge S. L.: Das weiß ich nicht. Ich glaube - -

RD Philipp Wolff (BK): Ich will hier nur kurz - - Die Vereinbarung ist auch Geheim eingestuft - nur für den Zeugen den Hinweis.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber er darf sagen, dass die Vereinbarung für die Leitungsvermittlung war, also die Grundlage war; das darf er sagen. Aber ob es auch für die andere die Grundlage war, darf er jetzt nicht sagen, oder was? Das verstehe ich nicht ganz.

RD Philipp Wolff (BK): Da ging es jetzt ganz konkret um eine konkrete inhaltliche Frage en détail zu der Vereinbarung. Und da - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann es ja vielleicht andersrum fragen: Bezog sich die Vereinbarung jetzt nur auf die einen Verkehre und nicht auf die anderen Verkehre oder auf beide Verkehre?

Zeuge S. L.: Ich bin mir jetzt gerade nicht sicher, welche Vereinbarung Sie meinen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit dem Betreiber.

Zeuge S. L.: Die Vereinbarung mit dem Betreiber bezog sich auf die leitungsvermittelten Transitverkehre Ausland-Ausland.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles andere wäre - - Na gut. Das ist wieder das Gleiche, was wir vorhin schon mit großer Aufregung diskutiert haben: Da haben wir andere Erkenntnisse dazu, um das mal ganz milde auszudrücken.

Jetzt komme ich noch mal zu der Frage der Filterung. Sie haben ja Ihre Filtersysteme schon geschildert: mehrstufig und so, gleich am Anfang bei Ihnen ansetzend. Diese Filtersysteme, unterscheiden die sich erheblich oder grundsätzlich von den Filtersystemen, die bei den Satellitenverkehren angewandt werden?

Zeuge S. L.: Grundsätzlich gibt es keinen Unterschied zwischen den Filtersystemen. In der technischen Ausprägung gibt es Unterschiede in der Leistungsfähigkeit, die die Filtersysteme haben müssen, um die größere Eingangsdatenrate bei leitungsgebundenen Verkehren, also leitungsgebunden, also Kabelerfassung, verarbeiten zu können.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber diese Systeme wurden ja bei Ihnen dann benutzt sowohl am Anfang für die leitungsgebundenen als auch nachher für die paketvermittelten.

Zeuge S. L.: Wie gesagt, das waren unterschiedliche Filter, je nach technischer Gegebenheit. In leitungsvermittelten Verkehren haben wir ganz andere Filterkriterien und ganz andere Datenmengen. Im paketvermittelten Verkehr - - Aber grundsätzlich sind das, ob das jetzt aus dem Satellit kommt oder aus einem Kabel, die gleichen Filter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also wie bei dem Satellitenverkehr. Auch hinsichtlich der Sicherheit der Systeme, also wie sicher man ist bei der Ausfilterung?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge S. L.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Interessant. - Dann habe ich aber noch eine ganz andere Frage. Sie schildern immer wieder, was da in Bad Aibling passierte: also händisch noch mal überprüft usw. - die Fragen, die Sie die ganze Zeit beantwortet haben. Andererseits sagen Sie, dass Sie ja gar nicht in Bad Aibling waren. Sie haben das ja nicht beobachtet dort. Das, was Sie dazu sagen, ist das Ihr eigenes Wissen, oder ist das das, was man Ihnen erzählt hat oder wie es sein sollte? Also, wie viel Leute zum Beispiel waren da beschäftigt mit dieser manuellen Aus-sortierung, Filterung? Hat sich das geändert? Wie arbeiteten die? Können Sie das aus eigenem Wissen sagen, oder - -

Zeuge S. L.: Diese Detailfragen kann ich Ihnen nicht aus eigenem Wissen beantworten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was wissen Sie denn überhaupt? Also alles, was in Bad Aibling passierte - - Sie haben, glaube ich, vorhin mal ganz am Anfang gesagt, Sie waren da auch mal; aber die Arbeit wissen Sie gar nicht. Also zum Beispiel, wie viel dann tatsächlich an Meldungen rausgekommen ist und weitergegeben worden ist, das ist doch dann von Bad Aibling direkt an die NSA, nicht noch mal über Sie, gelaufen?

Zeuge S. L.: Das ist nicht über mich gelaufen; das stimmt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und woher wissen Sie da, was da gelaufen ist?

Zeuge S. L.: Ich habe einen Überblick in den Akten gehabt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, das wissen Sie auch nur aus den Akten?

Zeuge S. L.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Und da stand drin, wie viel? Also auch die paar Hundert oder so?

Zeuge S. L.: Das stand da drin, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja. Haben wir die Akten? Wissen Sie - - Sie haben ja jetzt noch mal Akten hier vorher studiert.

Zeuge S. L.: Ja, die haben Sie, weil zum Teil ich ja Projektberichte vorlegen³ musste. Und da waren dann auch sozusagen diese Zahlen drin. Ich habe diese Akten selbst noch bei mir gehabt und für den Untersuchungsausschuss abgegeben. Insofern müssten Sie die haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und an die NSA - nur, ob ich das richtig verstanden habe - gingen nur diese Meldungen; sonst ging da überhaupt nichts? Also aus den ganzen Datenströmen, mit denen Sie sich beschäftigt haben - Sie ganz am Anfang, kurz nach der Ausleitung -, ging nichts anderes an die NSA?

Zeuge S. L.: Doch. Da gingen ja die Meldungen hin.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Meldungen habe ich ja jetzt ausgenommen.

Zeuge S. L.: Da gingen die um personenbezogene Daten bereinigten und - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Metadaten oder was?

Zeuge S. L.: G-10-bereinigte Metadaten. Und da gingen die Routingdaten - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche?

3) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge S. L.: Die Routingdaten, also das, was wir vorhin hatten, BGP.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die sind da hingegangen. - Jetzt über den Umfang können Sie überhaupt nichts sagen, weil Sie da gar nicht tätig waren?

Zeuge S. L.: Genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nur aus den Akten, oder woher wissen Sie das?

Zeuge S. L.: Ich weiß, dass die BGP-Daten dahin gingen, weil die Freischaltung des BGP-Protokolls für JSA ganz vorne schon am Eingangsgerät gemacht wurde und ich dafür zuständig war. Die Metadaten, wie gesagt, wurden aus dem System, aus dem Verarbeitungssystem gewonnen, und dafür war ich nicht zuständig. Deswegen kann ich Ihnen dazu keine Zahlen nennen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Filterung da per Hand: Können Sie sagen, wie viel Personen das waren und mit welchen Ergebnissen? Haben die was gefunden? Vieles? Können Sie was dazu sagen: Wie viel Personen waren da beschäftigt, wie viel haben die gefunden, und woher können Sie sicher sein, dass die alles erwischt haben?

Zeuge S. L.: Ich weiß nicht, wie viel Personen da beschäftigt waren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ungefähr, fünf oder 50?

Zeuge S. L.: Ich weiß auch nicht, wie viel die an Querläufern - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge S. L.: Ich weiß nicht, wie viele Personen beschäftigt waren en détail. Die Größe des Sachgebiets: Größenordnung circa 20, 25, schätze ich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Personen?

Zeuge S. L.: Personen, die dort gearbeitet haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wissen Sie, wie viel die gefunden haben?

Zeuge S. L.: Nein, weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jeden Tag, insgesamt?

Zeuge S. L.: Keine Ahnung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was also durch die Filter, durch Ihre Filter nicht abgefangen wurde oder nicht rausgefiltert wurde?

Zeuge S. L.: Das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie gar nichts?

Zeuge S. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und woher wissen Sie, dass das danach sauber war?

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Kollege, bevor wir zu einem neuen Sachverhalt - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Letzte Frage.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay, letzte Frage noch.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Woher wissen Sie, dass das dann sauber war, dass da nichts mehr drin war?

Zeuge S. L.: Weil das die Bearbeiter in Bad Aibling gesagt haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. Na ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Ich komme nun zur SPD-Fraktion.

Christian Flisek (SPD): Wir haben in öffentlicher Sitzung keine weiteren Fragen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann gebe ich das Wort der Linken. Gibt es noch ergänzende Fragen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ich habe noch Fragen. - Ich glaube, Kollege Kiesewetter hatte Sie nach Ringtausch gefragt, und Sie sagten: Nach meiner Definition ist Ringtausch der Austausch von Daten, zu denen man selbst rechtlich nicht - - sozusagen gestattet wäre, sie selbst zu erheben. - Jetzt würde ich gerne wissen: Diese Definition von Ringtausch, woher haben Sie die?

Zeuge S. L.: Die habe ich mir in dem Zeitpunkt der Frage überlegt.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nicht schon vor der Sitzung?)

Martina Renner (DIE LINKE): Es gibt so eine gewisse Diskrepanz. Immer wenn wir nachfragen zu Entscheidungsprozessen, welche Daten weitergegeben werden, dann wird immer auf diese strikte Trennung verwiesen: Das war Bad Aibling, weiß ich nichts von; das waren andere Entscheider, weiß ich nichts von. - Aber dann weiß man, so eine Definition, die - - Na ja, ist interessant.

Oder spielte das im Vorfeld der heutigen Vernehmung eine Rolle: Welche Fragen könnten kommen? Was verstehen die Ausschussmitglieder, wenn sie nach Ringtausch fragen?

Zeuge S. L.: Die Frage nach dem Ringtausch: Wie gesagt, die Definition habe ich mir für mich überlegt, als Sie mich danach gefragt haben oder der Kollege mich danach gefragt hat. Selbstverständlich habe ich in der Vergangenheit den Blog im Netz gelesen und habe mir dann überlegt: Was würde ich dazu sagen, wenn mir diese Frage gestellt würde?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wie gut, dass es den Blog gibt! - RA Johannes Eisenberg: Ihr wolltet doch, dass das gelesen wird!)

Martina Renner (DIE LINKE): Ich hatte vorhin gefragt, und dann waren wir leider unterbrochen worden. „Eikonol“ war die Bezeichnung dieses Projektes bei dem großen deutschen Telekommunikationsanbieter. Und es gab dann weitere Projekte im Zuge dieser Zusammenarbeit, habe ich gefragt, also im Zuge dieser Zusammenarbeit Technik, Know-how, Lehrstunden gegen Informationen.

Zeuge S. L.: Und ich habe Ihnen gesagt, dass „Eikonol“ das einzige Projekt dieser Art war.

Martina Renner (DIE LINKE): Sind Sie sich da ganz sicher?

Zeuge S. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Es gab keinen weiteren Telekommunikationsanbieter, bei dem man versucht hat, an die Transitverkehre zu kommen, um sie vielleicht auch zu teilen, zu tauschen, weiterzugeben, auszuleiten?

Zeuge S. L.: Also, ich wiederhole mich noch mal: Der Austausch „Technik und Informationen gegen Meldungen“ zusammen mit der NSA war der einzige, den wir gemacht haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, dann frage ich anders: Gab es noch einen anderen Telekommunikationsanbieter, bei dem Transitverkehre erfasst wurden, um Daten oder Meldungen an einen AND eines Five Eyes weiterzugeben?

Zeuge S. L.: Es gab noch einen weiteren Ansatz, in dem Meldungen an einen AND weitergeleitet wurden.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Das ist ein bisschen schwierig, ja? Sie können verstehen, dass es was schwierig ist, dass wir immer dreimal sozusagen die Frage neu formulieren müssen, um jedes Mal das kleine Schlupfloch zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

stopfen, was Sie in der Antwort vorher irgendwie noch sich aufgelassen haben. Das ist ein bisschen anstrengend für uns.

Bei diesem anderen Telekommunikationsanbieter, welche Rolle spielten Sie da?

Zeuge S. L.: Ich habe in dem Sachgebiet für Kabelerfassung prinzipiell die Technik, die direkt am Signal war, konzipiert und konfektioniert. Das habe ich für nahezu alle Kabelansätze gemacht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir reden jetzt von diesem zweiten weiter. Die Hardware, die dort zum Einsatz kam in der Erfassung, war die eigenentwickelt, eigenerworben, oder war das ebenfalls durch den AND zur Verfügung gestellte Hardware?

Zeuge S. L.: Nein, das war ein kompletter BND-Ansatz. Da gab es nichts von irgendeinem AND drin.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei diesem zweiten Ansatz, wurde dort die leitungsvermittelte Kommunikation auch über einen Vertrag erfasst? - Hallo, Herr Wolff!

RD Philipp Wolff (BK): Zu Einzelheiten hierzu bitte in nichtöffentlicher Sitzung. Der Zeuge wird dazu aussagen, aber in nichtöffentlicher Sitzung, zu Einzelheiten dieses zweiten Ansatzes.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber wir müssen ja immer - - Ja.

Mit diesem zweiten Ansatz ist dann aber sozusagen diese - - Ist es dann erschöpft mit diesem zweiten Ansatz, also die Zufriedenstellung des ANDs hinsichtlich seines Begehrs auf Transitverkehre, oder müssen wir noch weiterfragen? Gibt es noch dritte, vierte, fünfte Ansätze, die auch alle in diesen - sozusagen - Zusammenhang zu stellen sind?

Zeuge S. L.: Das ist erschöpfend.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist erschöpfend, okay. Dann müssen wir dazu in der eingestuften Sitzung weiterfragen. - Danke.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Keine weiteren Fragen mehr?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann frage ich noch mal vorsorglich bei der CDU nach, ob es dabei bleibt. - Keine Fragen. Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr S. L., noch mal auf die Metadaten zurückkommend: Auch weil eine Tickermeldung aus unserem Ausschuss hier heute lautet, dass hier ja nur 200 Datensätze an die NSA gegangen sind, lohnt es sich, glaube ich, noch mal der Perspektive der Metadaten nachzugehen.

Kennen Sie die Aussage von Michael Hayden: „We kill people based on metadata“? Haben Sie das schon mal gehört?

Zeuge S. L.: Die Aussage habe ich in einem Zeitungsartikel mal gelesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich auch. - Wissen Sie, um was es bei der Vorratsdatenspeicherungsdiskussion geht?

Zeuge S. L.: Grob.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Geht es da um Inhaltsdaten, oder geht es da um Verkehrsdaten?

Zeuge S. L.: Bei der Vorratsdatenspeicherungsdiskussion geht es um Verkehrsdaten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Man könnte den Eindruck bekommen, dass Metadaten total wichtig sind. Und bei dem dünnen Output, den das System hatte lange Zeit, sage ich jetzt mal als nichttechnischer Beobachter der Aktenlage, könnte man auf den



Nur zur dienstlichen Verwendung

Gedanken kommen, dass es den Amerikanern darum ging, an Metadaten ranzukommen. Und deswegen frage ich Sie jetzt noch mal - das hat was Redundantes, aber das ist aufgrund sozusagen der Art und Weise, wie wir das hier besprechen, leider unumgänglich -: Wie viele Metadaten wurden nach Bad Aibling geleitet?

Zeuge S. L.: Und ich antworte Ihnen noch mal, dass ich das nicht weiß.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie es nicht wissen, wie können Sie hier sagen, dass es nicht eine massenhafte Datenweiterleitung gab? Zudem: Sie haben ja auch noch Strecke dazugebucht, Leitungskapazität dazugebucht, weil es einfach mehr Daten waren nach der Umstellung auf paketvermittelte Dienste. Wie können Sie sagen - einmal -, dass es diese Datenweiterleitung nicht gab, und wie können Sie davon ausgehen, auch wenn Sie nicht vor Ort waren, mit der normalen Ratio eines verständigen, technisch verständigen Menschen, wie Sie es sind, dass Sie glauben, dass das tatsächlich von Menschenhand noch mal sortiert wurde, was dann ins Töpfchen für die NSA gegeben wurde?

Zeuge S. L.: Das kann ich deswegen sagen - - Und ich habe das vorhin auch so formuliert, dass ich nicht weiß, wann die Strecke erweitert wurde, ob das rein im Zuge der G-10-Erfassung in Frankfurt war oder ob das vorher schon bei „Eikon“ war. - Das zum ersten Teil.

Zum zweiten Teil: Die Metadaten wurden bei uns um personenbezogene Daten bereinigt - reine Sachdaten, die statistisch ausgewertet wurden und die im Sachgebiet JSA verblieben und nicht an die NSA weitergeleitet wurden. Von daher kann ich sagen, dass es keine automatisierte Weitergabe gab.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine automatisierte Datenweitergabe von was gab?

Zeuge S. L.: Keine automatisierte Datenweitergabe von massenhaft erfassten Metadaten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil vorher Filter waren. Aber Sie wissen gar nicht, wie viele Sachen nachher weitergegeben worden sind? Sie können mir keine Zahlen nennen? Ob das 100 000 pro Woche war, können Sie mir nicht sagen?

Zeuge S. L.: Verzeihung, die Frage war, ob ich nicht weiß, wie viele Metadaten dann schließlich in JSA angelangt sind bzw. im deutschen Teil in Bad Aibling.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, das habe ich nicht gefragt - das habe ich vorher gefragt; das haben Sie beantwortet mit Nichtwissen -, sondern mir ging es darum, wie Sie davon ausgehen können - - Sie sagen es ja nicht aus eigener Erkenntnis, sondern Sie sagen, Sie gehen davon aus, dass die dann händisch durchsortiert wurden, geguckt wurde: Sind hier die 91 Felder tatsächlich gelöscht? - Und wie Sie diese Behauptung hier aufstellen können, ich verstehe es nicht. Deswegen erklären Sie mir: Wie können Sie davon ausgehen, wenn Sie nicht wissen, ob es sich um Millionen Daten pro Tag gehandelt hat, dass das händisch durchgeguckt wurde? Weil das ist ja die Säule Ihrer Aussage, dass hier nicht Hunderttausende von Daten weitergegeben wurden. Das ist die Säule Ihrer Aussage, und die ist einfach - ich sage es mal - irrational, es sei denn, Sie erklären mir jetzt, wie Sie davon - - Sie kennen die 10 000 Leute, die in Bad Aibling diese Metadaten durchsortieren jeden Tag?

Zeuge S. L.: Die Metadaten wurden durch ein technisches System erfasst. Und in diesem technischen System wurden die Datenfelder, denen man einen Personenbezug auch nur im Entferntesten zuschreiben konnte, gelöscht. Deswegen kann ich davon ausgehen, dass da keine personenbezogenen Daten drin waren.

In einem nächsten Schritt wurden die verbliebenen Sachdaten, die da waren, statistisch aufbereitet. Deswegen kann ich sagen, dass keine millionenfachen Daten weitergegeben wurden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe es nicht. Wir reden aneinander vorbei. Okay, gut, es ist so. Das ist ja im Protokoll. Dann müssen wir uns darüber Gedanken machen.

Der Ringtausch: Es hat mich ja auch gewundert sozusagen, dass Sie mit dieser Begrifflichkeit umgehen können. Wir waren ganz stolz darauf; wir dachten, wir haben uns das ausgedacht hier für den Ausschuss. Ist das beim BND ein feststehender Begriff: Ringtausch?

Zeuge S. L.: Nein, das ist kein feststehender Begriff bei uns, weil es so was sozusagen bei uns nicht gibt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie hatten ja eine Definition dafür.

Zeuge S. L.: Wie gesagt, ich hatte mir die Definition in dem Moment ausgedacht, als der Kollege von Ihnen mich danach gefragt hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie wissen gar nicht, was wir für eine Definition von Ringtausch haben?

Zeuge S. L.: Ich kenne Ihre Definition von Ringtausch nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann wird es natürlich kompliziert, wenn Sie Ihre eigenen Definitionen sich ausdenken, um unsere Fragen zu beantworten.

Zeuge S. L.: Ich habe die Definition ja auch geäußert. Insofern kennen Sie meine Definition.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Und ich habe ja eine Gegenthese formuliert. Insofern klärt sich auch das auf.

Sagen Sie, gab es Kooperationen mit anderen US-Geheimdiensten in diesem Bereich?

Zeuge S. L.: In dem Bereich „Eikonale“ gab es keine Kooperation mit anderen Geheimdiensten.

Zu weiteren Details dann in nichtöffentlicher Sitzung, wie Herr Wolff das gerade vorhin schon einwarf.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verstehe. - Als die neue Leitung bei der Umstellung auf paketvermittelte Datenerfassung ausgesucht wurde, nach was für Kriterien geschah das?

Zeuge S. L.: Die Leitung, die die paketvermittelten Verkehre sozusagen transportierte?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge S. L.: Das geschah nach den Kriterien, dass wir uns angeschaut haben die internationalen Telekommunikationsnetze, was davon veröffentlicht war, dass wir uns sozusagen ein Ranking der Stellen von großen Internetknoten in diesen großen Telekommunikationsnetzen angeschaut haben und dass wir angeschaut haben: Wo im Netz könnten Verkehre laufen, die unseren Auftrag widerspiegeln?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren das nur Kriterien, die der BND erwogen hat, oder hat man das in der JSA besprochen? Kamen da vielleicht auch Gedanken von den Amerikanern in den Prozess dazu?

Zeuge S. L.: Das waren Kriterien, die der BND erwogen hat, weil wir für diese Strecken ja eine G-10-Anordnung brauchten und deswegen das Ganze gegenüber der G-10-Kommission natürlich auch erklären mussten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also war es wurscht, welche Routineverkehre man auf der Leitung erfasst? Das hat keine Rolle gespielt?

Zeuge S. L.: Die Erfüllung des G-10-Auftrags hatte die obere Priorität.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist mir klar. Ich frage: War es Ihnen egal - wenn Ihnen „wurscht“ ein zu wurschtiges



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wort ist -, welche Routineverkehre dort mit erfasst werden?

Zeuge S. L.: Welche Routineverkehre dort erfasst würden, war zweitrangig gegenüber den G-10-Verkehren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es war rangig?

Zeuge S. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Okay.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen. - Wir müssten noch mal in die nächste Runde dann einsteigen, Herr von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich komme nunmehr zur SPD. - Keine Fragen. Dann wiederum zur Linken. - Keine Fragen. CDU?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Keine Fragen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann, Herr von Notz, können Sie unmittelbar fortfahren, wenn Sie noch Fragen haben sollten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zeuge, mich interessiert jetzt eigentlich noch die G-10-Anordnung. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, hatte die G-10-Anordnung oder hatten die G-10-Anordnungen zum Inhalt eine bestimmte Leitung, also eine bestimmte Strecke, und dann inhaltliche Selektoren, also Suchkriterien. War das richtig?

Zeuge S. L.: Das stimmt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das, was Sie auf diese Art und Weise dann festgehalten haben bei sich, offenbar ja schon ganz am Anfang, also bevor das nach Bad

Aibling ging, haben Sie von diesem, was auf diese Weise abgezogen worden ist, rausgenommen worden ist, von diesen Informationen, Daten, auch was an die NSA weitergegeben, Ihrer Kenntnis nach? Also war das der Zweck auch, unter anderem?

Zeuge S. L.: Die Routineverkehre, also die Ausland-Ausland-Verkehre, die aus der G-10-Leitung kamen, wurden ja in der Operation „Eikonol“ im paketvermittelten Teil verarbeitet - aber nur die Ausland-Ausland-Verkehre.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die sind dann weitergegeben worden?

Zeuge S. L.: Die waren in dem, was wir heute den ganzen Tag schon diskutiert haben, in dem Ansatz „Eikonol“, wurden gefiltert, noch mal G-10-bereinigt und die Meldungen dann weitergegeben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die sind dann weiterge- - Also, das waren die Routineverkehre. Ich habe aber eigentlich gefragt jetzt nach den Verkehren, wofür Sie ja eigentlich die Anordnung bekommen haben. Haben Sie diese Anordnung, also was daraus resultierte, aus diesen Anordnungen, ganz konkret - jetzt nicht Routineverkehre, sondern Sie haben ja da was Konkretes dann gesucht - - Haben Sie davon Daten weitergegeben an die NSA, also erst mal nach Bad Aibling und dann, was weitergeleitet wurde, also ohne jetzt Grundrechtsträger?

Zeuge S. L.: Nein, die nach G-10-Anordnung und G-10-Suchbegriffen selektierten Verkehre wurden ganz normal im G-10-Regime des Bundesnachrichtendienstes bearbeitet, und zwar in Pullach. Die gingen nie nach Bad Aibling.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Davon ist nichts weitergegangen?

Zeuge S. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie eigentlich die G-10-Kommission mal darüber informiert, dass aus dieser Maß-



Nur zur dienstlichen Verwendung

nahme heraus, die die G-10-Kommission angeordnet hat, Daten geschöpft wurden und weitergegeben wurden an einen Dritten, an die USA, an die NSA?

Zeuge S. L.: Das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das bei Ihnen - -

Zeuge S. L.: Wenn Sie mit „Sie“ den BND meinen, dann weiß ich es nicht. Ich persönlich habe die G-10-Kommission nicht informiert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mal Diskussionen mitbekommen, dass man sich darüber unterhalten hat oder diskutiert hat - schriftlich, mündlich -, ob man nicht das der G-10-Kommission mitteilen muss oder soll?

Zeuge S. L.: So eine Diskussion habe ich nicht mitbekommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nie mitbekommen. - Haben Sie dazu inzwischen mal was in den Akten gelesen?

Zeuge S. L.: Soviel ich weiß, wurde die G-10-Kommission irgendwann im Vorgriff auf den Untersuchungsausschuss informiert. Aber wann das war, weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das war, nachdem das Ganze durch die Snowden-Enthüllungen rausgekommen ist. - Und damals, meine ich jetzt, bis 2008?

Zeuge S. L.: Darüber habe ich keine Kenntnis.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch aus den Akten nicht?

Zeuge S. L.: Auch nicht aus den Akten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, das müssen Sie vertreten.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gibt es noch weitere Fragen seitens der Grünen? - Ja, bitte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Ich wollte noch mal auf diese Filterung zu sprechen kommen. Was ist Ihrer Meinung nach der Unterschied zwischen Filtern und Selektoren?

Zeuge S. L.: Das ist auch bei uns im BND immer umstritten, wenn es um die Sprechweise zwischen Technikern, zwischen Auswertern, Nachrichtenbearbeitern usw. geht. Aus meiner Sicht ist Filtern etwas, was gesamte Kategorien von Daten entweder unterdrückt, als sozusagen Unterdrückungsfilter, oder auch weiterleitet, als Weiterleitungsfilter. Und Selektion ist der Zugriff auf einzelne Daten anhand von konkreten Kriterien.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wenn Sie vorhin von den Filterkaskaden geredet haben, durch die die Datenströme laufen, bis am Ende irgendwas rauskommt, dann sind damit auch Selektoren gemeint?

Zeuge S. L.: Ja, ein Filterschritt kann auch sozusagen die Selektion sein, meiner Ansicht nach.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist in einem Filterschritt - - Also nicht „kann sein“; das ist ja klar. Aber waren in dem Prozedere, wie es bei „Eikonol“ gelaufen ist, dort auch Selektoren?

Zeuge S. L.: Ja, auch Selektoren waren Bestandteil dieser Filterkaskade.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist jetzt keine rechtliche Frage, sondern so eine emotionale. Ich habe das schon mal versucht mit einem Zeugen; da hat das nicht geklappt. Ich versuche es noch mal.

(RA Johannes Eisenberg:
Bitte nicht!)

- Ja, das gefällt Eisenberg nicht. Aber lassen Sie sich nicht von Eisenberg irritieren. - Folgende Frage: Wenn der BND eine Maschine hätte, mit



Nur zur dienstlichen Verwendung

der er durch Wohnungen - - einen kleinen Roboter, mit dem er Wohnungen nach bestimmten Kriterien durchsuchen könnte, und man würde ihn in private Wohnungen reinlassen, und er geht durch die Sockenschubladen und guckt nach Waffen und Drogen und fährt dann wieder raus und findet nichts: Würden Sie sagen, die Wohnung ist durchsucht worden, oder nicht?

(RA Johannes Eisenberg:
Die Frage ist ja gar nicht
ernst gemeint!)

Zeuge S. L.: Der Vergleich ist meines Erachtens nicht zutreffend.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat Eisenberg gesagt. Aber jetzt mal - -

(RA Johannes Eisenberg:
Ich habe nur gesagt: Die
Frage ist nicht ernst
gemeint! Der Zeuge muss
nur ernste Fragen - -)

- Die ist total ernst gemeint. Jetzt hören Sie mal auf, mich hier auszuforschen! Die ist total ernst gemeint.

(RA Johannes Eisenberg:
Hören Sie mal! Wenn Sie
die ernst meinen, dann
muss ich Sie nicht aus-
forschen! Es ist jedenfalls
keine ernst gemeinte
Frage!)

- Total ernst gemeint! Weil es geht nämlich darum - -

(RA Johannes Eisenberg:
Solche muss man nicht be-
antworten! Der Zeuge muss
sich doch von Ihnen nicht
veraltern lassen! Das ist
doch nicht seine Aufgabe
hier!)

- Das ist überhaupt keine Vernehmung, Herr Eisenberg! Passen Sie auf - -

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Rechtsanwalt, ich würde

(RA Johannes Eisenberg:
Ich muss gar nicht aufpas-
sen! Ich muss mich auch
nicht veralbern lassen!)

den Zeugen bitten, nunmehr die Frage des Kollegen von Notz zu beantworten.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein!)

MR Torsten Akmann (BMI): Aber das ist doch keine Frage nach Tatsachen, also im Ernst.

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist doch keine Frage,
Herr Vorsitzender!)

Die muss der Zeuge nicht beantworten.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Darauf kann der Zeuge in seiner Antwort Bezug nehmen.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Frage beanstan-
den! Das darf nur der Aus-
schuss beanstanden!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, die Bundesregierung beanstandet meine Frage. Das ist ja schon mal cool. Vielen Dank.

Ich sage es mal anders: Es geht hier um das Rechtsempfinden des Zeugen, wo es darum geht, ob Grundrechte von Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern hier strukturell und systematisch verletzt werden. Und wenn man der Meinung ist, dass das Durchschicken von Daten von Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern durch Selektoren - weil das ja nur eine Maschine ist, die meine E-Mail an meine Frau liest - sozusagen kein Grundrechtseingriff ist, das ist eine interessante Aussage. Und wenn das die Auffassung von Projektleitern beim BND ist, dass das eben kein Grundrechtseingriff ist, weil es eine Maschine ist,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann kommen wir natürlich zu Wertungswidersprüchen, die, glaube ich, für unser Aufklärungsinteresse hier relevant sind, Herr Akmann. Und so ein bisschen Abstraktionsfähigkeit ist ja mal auch ganz interessant. - Trotzdem will Herr Eisenberg jetzt die Frage beantworten.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Rechtsanwalt Eisenberg, bitte.

RA Johannes Eisenberg: Herr Vorsitzender, ich habe dem Zeugen den Rat gegeben, diese Frage nicht zu beantworten, weil sie dem Zeugen zur Unehre gereichen soll. Die Frage dient ausschließlich dazu, den Zeugen bloßzustellen - das hat Herr Dr. Notz jetzt noch mal deutlich gemacht -, und dazu ist der Zeuge nicht hier; das muss er auch nicht hinnehmen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Rechtsanwalt, diese Auffassung teile ich. Ich würde nur den Zeugen bitten, das so zu sagen.

Zeuge S. L.: Ja, ich stimme den Ausführungen meines Rechtsanwalts zu und möchte die Frage nicht beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will dann trotzdem noch mal sagen: Ich weise das weit von mir. Ich will Sie hier überhaupt nicht bloßstellen; davon bin ich weit entfernt. Ich würde gerne wissen, wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BNDs das sehen. Das ist für das, was wir hier machen, total relevant. Aber wenn darauf nicht geantwortet werden darf, wenn der Rechtsanwalt im Karree springt und die Bundesregierung meint, sich zu einer solchen trivialen Frage melden zu müssen, dann kann man daraus ja genug Rückschlüsse ziehen.

Sagen Sie, bezüglich der Frage, was in Pullach und was in Bad Aibling passiert ist: Sie arbeiten ja bei einem Geheimdienst. Und da frage ich mich: Glauben Sie, dass Sie bezüglich all der Dinge, die die JSA gemacht hat, deren Teil Sie ja nicht waren, da immer über alles hundert Prozent informiert wurden?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Da flüstert jetzt wieder Eisenberg die Antwort vor; aber mich würde es einfach interessieren. Das dürfen Sie nicht, Herr - -

(RA Johannes Eisenberg:
Also wissen Sie, ich darf das!)

- Nein, dürfen Sie nicht.

(RA Johannes Eisenberg:
Ich darf selbstverständlich den Zeugen beraten!)

- Was haben Sie denn gesagt, Herr Eisenberg? - Ja, genau.

(RA Johannes Eisenberg:
Das geht Sie da aber wirklich gar nichts an, Herr Dr. von Notz!)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich glaube nicht, dass es zu den Pflichten des Rechtsanwalts gehört, im Rahmen des Mandates zu offenbaren, was er seinem Mandanten gesagt hat. -

(RA Johannes Eisenberg: So ist es, Herr Professor Dr. von Notz!)

Herr S. L., bitte.

(RA Johannes Eisenberg:
Das war jetzt auch nicht ernst!)

Zeuge S. L.: Ich weiß nicht alles, was JSA in Bad Aibling gemacht hat, und das habe ich jedes Mal bei der Frage auch ausgeführt. Ich weiß nur, was meinen Akten aktenkundig gemacht wurde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte es sein, dass, wenn die schwierige Dinge gemacht haben, grundrechtlich, die das gar nicht mit Ihnen kommuniziert haben offenbar?

Zeuge S. L.: Das ist eine Vermutung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt.

Zeuge S. L.: Damit stellen Sie die Kollegen in Bad Aibling als Rechtsbrecher dar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das tue ich nicht. Ich frage mich, ob Sie als jemand, der nicht Teil der JSA war, über alle Dinge, die dort passiert sind - -

(RA Johannes Eisenberg:
Das hat er doch
beantwortet!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

(RA Johannes Eisenberg:
Das hat er doch gerade be-
antwortet! Die ganze Art
der Fragerei zielt darauf ab,
den Zeugen bloßzustellen!
Er hat gerade diese Frage
mit Nein beantwortet!
Kann er nicht sagen, war er
nicht dabei!)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich

Krüger: Wir haben uns, Herr Kollege von Notz, darüber unterhalten, ein Zeuge kann nur das - deswegen ist er Zeuge - beantworten, was er nach bestem Wissen und Gewissen aus eigener Erkenntnis mitteilen kann. Ich denke, die hierüber sich verhaltende Antwort ist erteilt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, das ist ja genau der Punkt meiner Frage, ob er es selbst nach bestem Wissen und Gewissen weiß, und die Antwort darauf ist ja Nein. Und ich wollte da nachforschen - er hat es ja so erzählt bekommen -, inwieweit er vielleicht sagt: „Nein, die haben mich noch nie belogen“, oder: „Das wird immer bei uns ganz offen im Haus kommuniziert“. All die Dinge hätte man ja antworten können. Das ist nicht erfolgt. Also für mich ist das für die Bewertung der Zeugenaussage schon relevant.

Herr Zeuge, eine letzte Frage erst mal von mir, auch wieder das große Bild, ja? Kann man davon

ausgehen, dass die NSA mit Diensten anderer Länder in Europa ähnliche Projekte gemacht hat?

Zeuge S. L.: Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie noch nie was von gehört?

Zeuge S. L.: Wie gesagt, das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber haben Sie noch nie was von gehört?

Zeuge S. L.: In den Medien konnte ich lesen, dass die NSA mit dem GCHQ zusammenarbeitet. Weitere Hinweise habe ich auch nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Was meinen Sie, wie das mit dem Grundrechtsschutz der Europäerinnen und Europäer insgesamt bestellt ist, wenn die NSA in England in der Zusammenarbeit mit der GCHQ dafür sorgt, dass Bürger Großbritanniens nicht mit erfasst werden, und hier in Bad Aibling - -

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich war noch gar nicht fertig.

(RA Johannes Eisenberg:
Das hat aber schon ge-
reicht!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

(RA Johannes Eisenberg:
Das hat schon gereicht für
meinen Rat!)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sie müssen die abschließende Frage kriegen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, nein, die Frage ist ja mitten drin. Ich frage - - also, und in Bad Aibling sozusagen der BND wie ein Schießhund darauf achtet,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass Bundesbürgerinnen und -bürger nicht erfasst werden, worauf aber der GCHQ gar nicht achtet. Führt das nicht faktisch dazu am Ende des Tages, dass die Grundrechte von allen Europäerinnen und Europäern vollkommen ins Leere laufen bei einer solchen Praxis?

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr von Notz, Sie möchten vom Zeugen, wenn ich das richtig verstehe, eine rechtliche Beurteilung des Verhaltens eines Geheimdienstes eines anderen Staates als der BRD erbitten. Oder wie sehe ich das?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann haben Sie nicht genau zugehört.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Doch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, haben Sie nicht.

Führt das nicht faktisch dazu - - Der BND ist ja mit dafür zuständig, dass die G-10-geschützten Menschen geschützt sind. Und führt nicht eine solche Praxis, wenn man weiß, dass die NSA in mehreren europäischen Ländern so agiert, dass faktisch die Grundrechte auch der Bundesbürgerinnen und -bürger durch diese Praxis leerlaufen - -

(RA Johannes Eisenberg:
Wie soll denn der Zeuge
das beurteilen?)

Zeuge S. L.: Ich weiß ja nicht, was die dort machen. Und ich müsste absolute Mutmaßungen anstellen, und ich möchte hier keine Mutmaßungen anstellen, da Sie mich ja schon mehrmals darauf hingewiesen haben, dass ich das nicht soll.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Darüber ist auch nie geredet worden, über dieses große Bild, sage ich mal?

Zeuge S. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Vielen Dank.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann danke ich Ihnen.

Ich blicke mal in die Runde und gehe davon aus - - Es gibt doch noch Fragen? - Okay, dann muss ich noch mal eben formal die Reihe abfragen. Nach dem Bündnis 90/Die Grünen wäre die SPD gekommen. Bleibt es bei dem dortigen Verzicht? - Dann komme ich zu den Linken.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, ich habe auch nur noch einen Punkt, den ich gerne nachhaken möchte, und zwar haben Sie vorhin Ihre Definition von Ringtausch dargelegt oder abgegeben hier. Wenn ich das noch mal zusammenfasse, haben Sie gesagt: Ringtausch, darunter verstehen Sie, dass man Informationen austauscht, die man nach der Gesetzeslage selbst nicht hätte erheben können, wo man also gegen Gesetze verstoßen hätte, und die der andere aber erhebt; dass man die dann tauscht, das sei für Sie Ringtausch. - Habe ich das so richtig verstanden?

Zeuge S. L.: Ich habe gesagt, dass ich Ringtausch so definiere, dass die Partner gegenseitig Daten austauschen zu Sachen, die sie selbst nicht dürfen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Gut, und die NSA darf ja wohl über amerikanische Bürger nichts erheben, oder habe ich das falsch verstanden?

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

Zeuge S. L.: Ich kenne die Rechtslage innerhalb der NSA nicht genug.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Gut, dann frage ich etwas anders. Wenn ich Ihnen jetzt sage, die NSA dürfte das nicht, und frage Sie dann, ob bei den Leitungen, die dort ja abgeschöpft worden sind - - Da haben Sie ja vorhin gesagt, dass die sogenannten Transit- oder Routineverkehre von Land A nach Land B oder von Land C nach Land D oder Endpunkte in konkreten Städten - - Kann es sein, dass da auch ein Anfangs- oder Endpunkt dabei war, der in den Vereinigten Staaten lag?



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge S. L.: Das kann sein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das kann sein, sagen Sie. Dann frage ich nur noch mal: Ist es denn tatsächlich so, dass die NSA mithilfe des BND an ein Kabel gekommen ist und an Informationen gekommen ist, in dem auch amerikanische Telefonate liefen, die Sie auf diesem Wege bekommen haben mit deutscher Hilfe?

Zeuge S. L.: Nein, das ist so nicht, -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aha.

Zeuge S. L.: - weil wir auch Amerikaner ausgefiltert haben.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben was gemacht?

Zeuge S. L.: Wir haben auch amerikanische Telefontelefonkommunikationsverkehre herausgefiltert, also nicht verwendet.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber Sie haben sie zunächst mal erhoben?

Zeuge S. L.: Wir haben die Daten erfasst, wie wir alle Daten erfasst haben an dem entsprechenden Kabel, und dann durch die gleiche Filterkaskade, wie wir den G-10-Schutz festgestellt haben, auch US-Verkehre geleitet und die US-Verkehre nicht weiterverarbeitet.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber da interessiert mich jetzt dann doch noch mal, wie Sie das machen wollen. Wenn jemand aus Indien in Washington anruft, ein Inder, und ruft jemanden in Washington an auf dem Handy oder irgendwas: Woher wollen Sie wissen, dass das ein amerikanischer Staatsbürger ist?

Zeuge S. L.: Das machen wir genauso, wie wenn ein Inder in Deutschland anruft. Die Filtertechnik ist genau die gleiche. Nur das Filterkriterium ist einmal eben deutsch und das andere Mal US.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und das ist dann auch wie alle anderen Sachen auch zu hundert Prozent rausgefiltert worden?

Zeuge S. L.: Meines Wissens nach, ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Gut, es reicht mir erst mal.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann sehe ich beim Blick in die Runde keine Fragen mehr, die wir in öffentlicher Sitzung beantwortet bekommen könnten. Und nunmehr ist es an uns, einen Beschluss über den Ausschluss der Öffentlichkeit zu fassen.

Ich schlage folgenden Beschluss vor: Für die weitere Vernehmung des Zeugen S. L. am heutigen Tage wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes dem entgegenstehen. Wer dafür ist, die Öffentlichkeit auszuschließen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind CDU und SPD. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Linken und der Grünen ist das dann so beschlossen.

Bevor nun - das ist der Hinweis an die Damen und Herren der Öffentlichkeit - die nichtöffentliche Vernehmung des Zeugen S. L. erfolgt, stehen die Mitglieder des Ausschusses der Presse für Statements und Interviews zur Verfügung.

Nach der nichtöffentlichen Befragung des Zeugen S. L. wird der Zeuge Herr Kai-Uwe Ricke zunächst in öffentlicher und anschließend in nichtöffentlicher Sitzung vernommen. Die nichtöffentliche Vernehmung des Zeugen wird in 20 Minuten fortgesetzt im Paul-Löbe-Haus 2.800. Dann kehren wir zurück in den Europasaal.

Bis dahin ist die Sitzung unterbrochen. - Ich danke Ihnen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich:
15.39 Uhr - Folgt



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sitzungsteil Zeugen-
vernehmung,
Nichtöffentlich)



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Nicht-
öffentlich: 16.12 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen S. L.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann eröffne ich jetzt - ich denke, Herr Flisek kommt auch demnächst - die Sitzung zur Beweisaufnahme, und zwar in nichtöffentlicher Sitzung.

Da wir nun gerade in öffentlicher Sitzung zuvor eine Vielzahl von Fragen hatten, die nicht gestellt werden konnten, schlage ich vor, wir verfahren wie in der Vergangenheit, die gesamte Sitzung als Geheim einzustufen, um im Nachhinein zu prüfen, welche Teile des Protokolls herabgestuft und gegebenenfalls veröffentlicht werden können. Gibt es hiergegen Widerspruch? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann schlage ich folgenden Beschluss vor: Für die weitere Vernehmung des Zeugen S. L. am heutigen Tage wird die Sitzung gemäß § 15 Absatz 1 PUAG in Verbindung mit der Geheimenschutzordnung des Deutschen Bundestages mit dem Geheimhaltungsgrad Geheim versehen, weil die Kenntnis von der Beweisaufnahme durch Unbefugte die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden würde. Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Wer hierfür ist, wie von mir vorgeschlagen, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe Zustimmung CDU, SPD, Grüne. - Wer enthält sich? Bei Enthaltung der Linken ist das dann so beschlossen.

Ich bitte nun alle Personen, die nicht Geheim ermächtigt sind, den Saal zu verlassen. - Das heißt, es sind auch nur solche drin, die Geheim ermächtigt sind. Ich stelle fest: Es befinden sich keine unbefugten Personen im Sitzungssaal.

Mobiltelefone und vergleichbare Geräte sind außerhalb des Raumes aufzubewahren. Hierfür stehen Ihnen beim Sitzungsdienst vor dem Saal verschließbare Schubladen zur Verfügung.

Mitgeschrieben werden darf nur in den dafür vorgesehenen Blankschlüsseln. Anderenfalls sind Ihre Notizen von der Geheimschutzstelle als Verschlusssache zu vereinnahmen.

Gibt es hierzu noch weitere Fragen? - Dann, denke ich, brauchen wir jetzt nicht durch den Vorsitzenden in einen zusätzlichen Fragenkatalog einzutreten, sondern können gleich mit der Befragung durch die Fraktionen beginnen, sobald die Kolleginnen und Kollegen die Mobiltelefon-schubladen, oder wie die Dinge heißen, gefunden haben, und wieder hier sind.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Nichtöffentlich: 16.15 Uhr -
Folgt Sitzungsteil Zeugen-
vernehmung, Geheim)



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Wiederbeginn des
Sitzungsteils Zeugen-
vernehmung, Öffentlich:
20.08 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die Beweisaufnahme in öffentlicher Sitzung fort. Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist wiederhergestellt, nicht in dem Umfang wie heute Morgen, aber der harte Kern und die Interessierten sind da. Ich darf Sie alle ganz herzlich begrüßen.

Vernehmung des Zeugen Kai-Uwe Ricke

Ich darf als unseren nächsten Zeugen begrüßen: Herrn Kai-Uwe Ricke. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Kai-Uwe Ricke, Sie haben die Ladung am 4. November 2014 erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Ricke, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem über die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht zu belehren. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt,

kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft insbesondere Verfahren wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, nämlich dann die Sitzung in nichtöffentlicher oder eingestufte Weise fortzuführen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen: Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also Ihre Erkenntnisse im Zusammenhang ohne direkte Nachfragen der Abgeordneten darzulegen. Danach werde ich Sie kurz befragen. Anschließend haben die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich darf Sie bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Mein Name ist Kai-Uwe Ricke, ich bin 53 Jahre alt - Sie hören mich, ja? -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, jetzt mit dem Mikro gut.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: - ja -, wohnhaft in der Schweiz seit 2008, und meine berufliche Tätigkeit ist die eines Unternehmers, konzentriert natürlich nach wie vor auf Telekommunikation.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Zunächst möchte ich Ihnen, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes - ich habe es eben gesagt - Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Ich darf Ihnen dazu das Wort geben.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ich habe im Kern eigentlich nichts zu sagen und freue mich auf Ihre Fragen. Das wird die Angelegenheit wahrscheinlich vereinfachen und auch abkürzen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann würde ich gerne beginnen und Sie etwas zu Ihrem beruflichen Werdegang fragen. Können Sie den etwas skizzieren, insbesondere auch zu Ihrer Vorbildung? Was haben Sie gelernt, studiert?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja. - Also, ich habe damals nach einer Banklehre ein betriebswirtschaftliches Studium gemacht, bin dann bei Bertelsmann eingestiegen als Vorstandsassistent, da schnell wieder ausgestiegen und habe mich dann im Bereich der mobilen Kommunikation getummelt - das war Anfang der 90er-Jahre - und habe dort mitgeholfen, ein Unternehmen aufzubauen bis 1998, die Talkline, bin dort dann weg und am 01.01.1998 eingestiegen bei der Deutschen Telekom, und zwar als CEO der T-Mobil, bin dort dann zum CEO der Deutschen Telekom geworden, 2002 bis 2006, und danach im Kern unternehmerisch tätig gewesen, indem ich im Wesentlichen in der Telekommunikation mich konzentriert habe auf Investments im Telekommunikationsbereich, das weltweit, und auch Aufsichtsratsmandate wahrgenommen habe. - Das vielleicht in einer kurzen Form. Das heißt, ich

habe mein Berufsleben im Kern in der Telekommunikation verbracht und tue es nach wie vor.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie haben jetzt keinen technischen Hintergrund, keinen nachrichtentechnischen Hintergrund?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ich habe keinen technischen, sondern einen betriebswirtschaftlichen Hintergrund; genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Zu Ihrem Verantwortungsbereich bei der Deutschen Telekom, gerade als Vorstandsvorsitzender, was gehörte da dazu?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja, gut; also, als Vorstandsvorsitzender verantworten Sie die Vorstandsarbeit als Ganzes. In meinem direkten Zugriff waren, wenn ich mich jetzt recht entsinne, das Marketing, die PR, die Regulierung, die Revision, die Strategie und das Thema Topmanagement. Was nicht dazu gehörte, was sehr relevant ist, ist das Thema Sicherheit; also, es ist relevant für diesen Ausschuss.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dahin ging nämlich die Frage. - So wesentliche Themen aber, wenn es um die Weitergabe von Daten geht - - Das ist ja schon ein unternehmensrelevantes Thema, das ja auch in den Bereich: Wie wird eine Marke angesehen? Vertraut man der Marke - - Wenn ich einen Vertrag bei der Deutschen Telekom abschließen, dann will ich ja sicher sein, dass meine SMS, dass mein Telefonat nicht durch die ganze Welt geistert. Also, es ist für ein Unternehmen schon ein sensibler Bereich.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Eindeutig, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das erfahren wir in diesen Tagen auch bei amerikanischen Unternehmen ganz deutlich, dass eine gewisse Unruhe im Markt war oder ist. Deswegen könnte ich mir vorstellen, dass zum Beispiel eine vertragliche Vereinbarung, Daten, die Vertragspartnern der Telekom - sprich: den Kunden - gehören, wenn diese weitergegeben werden, ich will es mal so sagen - - Ist das etwas, wo Sie mit befasst



Nur zur dienstlichen Verwendung

würden, oder sagt man: „Da betraut man den Vorstandsvorsitzenden nicht mit“?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein. Also, in so einem großen Unternehmen wie der Deutschen Telekom würden Sie damit den Vorstandsvorsitzenden nicht befassen. Also, Sie sprechen jetzt hier zum Beispiel die AGBs an. Sie müssen auch im Hinterkopf haben, dass das Unternehmen damals ja sortiert war nach vier Unternehmensbereichen. Das heißt, wir hatten eigenständige Vorstände für die einzelnen Unternehmensbereiche, damals noch T-Online, T-Systems, T-Com und T-Mobil.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es geht ja auch um Kooperationsverträge mit dem Bundesnachrichtendienst, dass Daten möglicherweise aus Kabeln der Deutschen Telekom abgeleitet wurden auf vertraglicher Basis an den Bundesnachrichtendienst. Das ist etwas, da würde ein Vorstand nicht mit beschäftigt?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also, es ist jedenfalls in der Zeit, also in den - - Also, ich war ja nun vier Jahre bei der T-Mobil im Vorstand und vier Jahre bei der Telekom dann im Vorstand bzw. dort länger im Vorstand, weil ich ja in einer Übergangszeit sogar COO war. Da kann ich mich nicht erinnern, dass das jemals ein Thema gewesen wäre.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber irgendwer im Haus wird die Verträge gezeichnet haben; die sind ja nicht gefälscht.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Was für Verträge sprechen Sie an, also ganz konkret?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In dem Bericht der *Süddeutschen Zeitung* vom 4. Oktober 2014 über die Operation „Eikonol“ findet auch Erwähnung, dass sich die Deutsche Telekom AG - und darauf spiele ich an - vertraglich zur Herausgabe von Daten verpflichtet habe und dafür eine monetäre Gegenleistung erhalten habe. Das ist die *Süddeutsche* vom 4. Oktober 2014; „Codewort Eikonol“ ist der Artikel überschrieben. In der vermuteten Laufzeit, 2003 bis 2008, dieser Operation -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - führten Sie bei dem Unternehmen zumindest abschnittsweise den Vorsitz, wenn ich das richtig nachgeschaut habe.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Korrekt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, da muss es eine vertragliche Basis gegeben haben, eine Vereinbarung, -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und die wird ja irgendwie auch gezeichnet worden sein von einem Mitarbeiter - Sie nicht.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein, ich war es jedenfalls nicht, also jedenfalls - - Also, ich war es sicherlich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, so wichtig war das nicht aufgehängt in der Telekom, dass das der Vorsitzende - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein, nein. Also, ich sage mal - - Also, meine Kenntnis zu den Organisationsstrukturen ist - wobei ich jetzt wirklich nicht weiß, wer das gezeichnet hat und wer sich mit dem Thema befasst hat -, dass wir zumindest unter der Zeit, wo ich im Vorstandsvorsitz war, also von 2002 bis 2006, den ganzen Bereich der Sicherheit ja aufgehängt hatten bei Dr. Klinkhammer als Personalvorstand, und innerhalb dieses Sicherheitsbereichs - oder außerhalb; das weiß ich nicht -, wie gesagt, innerhalb dieses Bereichs von Herrn Dr. Klinkhammer gab es einen Sicherheitsbeauftragten - „Sicherheitsbevollmächtigten“, glaube ich, nannte man das -, der aber mit mir jedenfalls nicht in Kontakt gekommen ist. Jedenfalls kann ich mich daran nicht erinnern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nach den heutigen Erkenntnissen - nach den heutigen Erkenntnissen -, würden Sie jetzt aktuell es anders regeln? Würden Sie sagen: „Das sollte doch vielleicht über den Tisch des Vorstandsvorsitzenden“, wenn man sieht, was daraus doch für ein Thema sich entwickeln kann?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja, also, wenn man die ganze - - Also, aus der heutigen Sicht, sage ich mal, ist es ja nun absolut logisch, dass, sage ich mal, dieses Thema gerade für ein Telekommunikationsunternehmen von einer absoluten, hochgradigsten Bedeutung ist und das zur Chefsache gemacht werden muss. Die Frage ist, wie man das dann organisiert, weil solch ein Unternehmen so riesengroß ist, dass man nicht drum herumkommt, dann auch an die entsprechenden Leute zu delegieren.

Aber ich möchte das noch mal alles in einen Gesamtzusammenhang einordnen, damit Sie auch die Situation besser verstehen. Wenn Sie mal eine Sekunde zurückspringen: Also, 2002, das ist jetzt zwölf Jahre her. Das war eine andere Welt 2002 bis 2006. Und ohne mich da jetzt zu verlieren in langen Reden: Als ich das Unternehmen übernahm 2002, da war das Thema - - Das entschuldigt nichts, aber das Thema war „Entschuldigung des Unternehmens“, um letztendlich das Unternehmen, was in einer sehr, sehr schwierigen Situation war, überlebensfähig zu machen. Das war die Mission.

Und - und das ist die wesentliche Aussage - das Thema Daten, so wie es sich derzeit darstellt und wie es sich auch in Zukunft entwickeln wird, war damals zwar ein Thema insofern, als dass man sich an die AGBs hielt. Aber die Dimensionen, die sich heute dahinter verbergen - - Das war in der Form niemandem bewusst. Also, 2002, das waren die Anfänge des Mobilfunks, so wie wir ihn heute kennen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich meine, nachrichtendienstliche Kooperationen gab es schon bei der alten Post; die gab es auch dann bei den Nachfolgeunternehmen. Wurde das in Ihrem Haus dann als Daily Business wahrgenommen? Also: Das gibt es, es findet statt, das ist dann in dem Zuständigkeitsbereich desjenigen, der sich mit Sicherheit beschäftigt? War das nicht so ein sensibles Thema, wie es das wahrscheinlich heute wäre, oder wie muss - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Es war kein Thema.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es war kein Thema.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also, das mag aus der heutigen Sicht irgendwo absurd klingen. Also, ich sage mal: Wenn ich heute Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom wäre, dann würde ich das Thema sicherlich völlig anders betrachten. Aber es war zum damaligen Zeitpunkt kein Thema.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auf jeden Fall nicht auf Ihrer Ebene. Die Zuständigen werden - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ich bin sicher, das war ein Thema im Haus; aber es war nie ein Vorstandsthema, und ich war mit diesen Themen nicht befasst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, in Vorstandssitzungen gab es nie einen Tagesordnungspunkt „Kooperation mit Nachrichtendiensten“?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also, ich kann mich jedenfalls nicht daran erinnern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Es gab auch nie einen konkreten Sachverhalt, der bis in die Vorstandsebene hochgegangen ist, dass der BND große Summen gezahlt hätte für Leistungen?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein, nein, nein. Weiß Gott nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder kleine Summen? Zu wenig?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Auch nicht. Ich sage mal, das ganze Thema - - Und das ist ja im Nachhinein ein relativ überschaubares und kleines Thema. Auch hier bitte mich nicht falsch verstehen: Die ganze Thematik, was passieren kann, die kam ja erst hoch mit diesem Telekom-internen Skandal, diesem Spionageskandal; ein anderes Thema. Aber ich glaube, das hat dann das Unternehmen auch aufgerüttelt. Und das passierte ja dann irgendwann - 2008, glaube ich, war es -, wo der *Spiegel* damals die Sachen an die Öffentlichkeit



Nur zur dienstlichen Verwendung

brachte und dann die Lawine ins Rollen brachte. Aber bis dahin: andere Themen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich würde an der Stelle erst mal meine Befragung beenden - ich kann ja dann bei den Fraktionen bzw. bei der Union einsteigen; nicht bei jeder Fraktion - und würde jetzt das Fragerecht an die einzelnen Fraktionen geben in einer ersten Frageunde. Da beginnt die Fraktion Die Linke, dann gefolgt von der Fraktion der SPD, dann kommt Bündnis 90/Die Grünen, und dann kommt die Union. Ab der zweiten Frageunde haben wir die Reihenfolge Die Linke, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und dann die SPD.

Herr Kollege Hahn fängt an. Herr Kollege Hahn, Sie haben das Wort.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, Sie haben ja jetzt schon versucht, gleich zu Beginn irgendwie zu sagen, dass Sie mit der ganzen Sache im Vorstand gar nicht befasst waren oder Sie als Vorstandsvorsitzender. Ich muss Ihnen natürlich trotzdem ein paar Fragen stellen, die auch dann mit den Unterlagen zu tun haben, die Sie uns ja oder das jetzige Unternehmen zur Verfügung gestellt hat, die aber aus Ihrer Zeit stammen als Vorstandsvorsitzender.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Deswegen würde ich Sie gern zuerst fragen, durch wen und auf welche Weise Sie denn von diesem Vorgang oder Projekt „Eikonol“ oder auch „Granat“, wie es beim BND hieß, erstmals erfahren haben.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also, ich kann mich jetzt, aus der heutigen Sicht, nur daran erinnern, dass ich das irgendwann in der Presse jetzt gelesen habe; das ist auch noch gar nicht so lange her - und Punkt.

(Heiterkeit)

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, Sie haben von diesem Begriff in Ihrer Zeit als Vorstandsvorsitzender nie etwas gehört?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wie läuft denn das üblicherweise bei Ihnen, wenn Verhandlungen mit dem Bundeskanzleramt laufen? Machen das irgendwelche untergeordneten Mitarbeiter, oder ist das eine Aufgabe, der der Vorstand sich selbst annimmt, wenn es also Probleme gibt oder Schwierigkeiten gibt?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Das kommt auf die Themen an. Also, zu meiner Zeit war es ja - - Ich meine, die Zeit war ja ganz, ganz extrem geprägt durch Regulierungsthemen; das war ja kurz nach der Liberalisierung. Da hat dann der Vorstandsvorsitzende natürlich sich ganz extrem mit dem Thema Regulierung beschäftigt und sehr oft auch hier in Berlin - Punkt. Also, jetzt - - Ich weiß nicht: Worauf zielen Sie ab, worauf genau?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na, ich ziele darauf ab, dass es ja, wie wir aus den Akten wissen, einen Vertrag gegeben hat zwischen der Telekom - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Den ich nicht kenne - nur dass Sie das auch klar wissen -, den ich auch jetzt - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na ja, das ist vielleicht meine etwas laienhafte Vorstellung; aber Sie können uns ja dann da aufklären, wenn - - Also, ich komme auf den Vertrag dann im Detail noch mal. Aber wenn dort ein Vorstand - in dem Fall Herr Bernd Köbele - den Vertrag unterschreibt für die Deutsche Telekom und der Präsident des Bundesnachrichtendienstes mit einem entsprechenden Vertreter, dann gehe ich davon aus, dass vor einer solchen Unterschrift - - dass also der BND jetzt bei der Telekom in größerem Umfang einmarschieren kann - ich sage das jetzt mal so -, inwieweit Sie dort dann nicht im Vorstand auch darüber sprechen - - Also, ich kann mir das überhaupt nicht vorstellen.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Der Vertrag ist unterschrieben durch wen?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Köbele.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Aber der - - Also, im Vorstand war - - Also, jedenfalls war der nicht Vorstand in meiner Zeit.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe ja aus dem Vertrag noch nichts vorgetragen; aber Sie haben ja jetzt gefragt, wer das unterschrieben hat. Das Problem ist ja dann, was eingestufte Sitzung, was nicht eingestufte Sitzung ist. Dann frage ich jetzt noch mal ganz - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Akten sind von uns selber eingestuft.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann frage ich jetzt noch mal ganz allgemein.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wenn Sie einen Vertrag abschließen - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Es kommt auf die Geschäftsordnung in dem Fall an. Also, die Frage ist jetzt: Mit welchen Größenordnungen wurde hier operiert? Aber noch mal - nur dass wir da klar sind -: Der Name, den Sie jetzt genannt haben, der sagt mir nichts.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Gut, dann werden wir nachher das noch vertiefen, den Teil jedenfalls, in der geheimen Sitzung. - Was gab es aus Ihrer Sicht denn, nach Ihrer Kenntnis, für rechtliche Möglichkeiten, dass ein Nachrichtendienst, Bundesnachrichtendienst oder auch Verfassungsschutz, Zugang bekommen kann zu Leitungen der Telekom, zu Telefonaten usw.? Was waren da die rechtlichen - - Unter welchen Voraussetzungen war das möglich?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ich weiß es nicht; ich weiß es nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): War Ihnen das egal oder - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Es war damals - - Also, es war nie ein Thema. Das war niemals ein Thema, jedenfalls nicht im Vorstand.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, ich - - Tut mir leid; ich muss dort noch weiter dranbleiben. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, wenn es ein - - Wir haben ja in öffentlicher Sitzung - - Das wissen wir ja - deshalb kann ich das hier auch sagen -, dass es einen Brief des Bundeskanzleramtes gegeben hat an die Telekom, der an Sie persönlich gegangen ist.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ich habe so einen Brief nie gesehen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, da steht ausdrücklich drauf „Persönlich“, und die Frage, die dann steht - - Da ging es ja genau um diese - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege Hahn, haben wir den Brief mal da?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, ja; natürlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff?

RD Philipp Wolff (BK): Der Inhalt ist geheim, ja?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, ich kann ja zu den Details aus dem Brief nichts sagen.

RD Philipp Wolff (BK): Der Inhalt des Briefes ist geheim.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das weiß ich. Deswegen sagte ich auch, ob wir den mal da haben, weil gerade daraus zitiert wurde schon, aus dem Brief. Sie haben gerade schon Teile aus dem Brief zitiert.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe noch nichts vorgelesen aus dem Brief.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie haben gerade aus dem Brief zitiert und haben gesagt, da steht drin: „Persönlich an“.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja. Na ja, gut, aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist ein wesentlicher Teil einer Information; das wurde



Nur zur dienstlichen Verwendung

gerade gesagt. Deswegen wollte ich jetzt den Brief mal haben.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, Herr Vorsitzender, das tut mir jetzt wirklich leid. Wenn der Zeuge sagt, er hat mit der ganzen Sache nichts zu tun gehabt, hier in öffentlicher Sitzung, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann müssen wir eben in nichtöffentliche Sitzung gehen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - und wir haben in den Unterlagen einen Brief, in dem er persönlich benannt ist, dann muss ich ihm den, dann muss ich ihm diesen Punkt, dass er persönlich vom Bundeskanzleramt angeschrieben worden ist, ja wohl vorhalten können. Sonst können wir überhaupt nicht mehr weitermachen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, aber nicht in der öffentlichen Sitzung; da können Sie nicht aus einem Dokument zitieren, sorry.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe doch nicht zitiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe es ja gerade überprüft; ich habe das Dokument gerade eingesehen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, Sie bleiben dabei: Es hat im Vorstand keine Rolle gespielt, dass der Bundesnachrichtendienst beabsichtigt, bei Ihnen Zugang zu erhalten in umfänglicher Art und Weise zu riesigen Datenströmen im Zweifel? Davon haben Sie nie was gehört?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Spielt keine Rolle?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein. Also, es spielt schon eine Rolle im Nachhinein. Aber ich habe nichts davon gehört.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Haben Sie denn gewusst, dass - - Oder haben Sie im Nachhinein erfahren in Ihrer Zeit als Vorstandsvorsitzender, dass neben dem BND möglicherweise auch noch ein amerikanischer Geheimdienst beteiligt war?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nichts, nie.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Haben Sie auch nicht gewusst?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein. Ich meine, wenn ich das gewusst hätte - - Hören Sie mal!

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, was hätten Sie denn gemacht, wenn Sie das gewusst hätten?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja, dann hätten wir uns mit dem Thema auseinandergesetzt; ist doch logisch. Ich weiß es nicht; ich kenne diese Vorgänge nicht. Ich kenne diese Vorgänge wirklich nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben von einem Sicherheitsbevollmächtigten gesprochen. Wer war - - Können Sie die benennen, die das in Ihrer Zeit waren?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Für mich - - Ja, genau, das war also - - Also, der im Vorstand für diesen ganzen Bereich zuständige Mann war der Herr Dr. Klinkhammer, und unter ihm gab es für diesen Sicherheitsbereich - wir nannten das „Sicherheitsbevollmächtigter“ - den Herrn Königshofen. So erinnere ich es, wobei ich mich jetzt nicht rückversichert habe bei der Deutschen Telekom.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Der Vorsitzende hat Sie vorhin gefragt, inwieweit Vertrauen ein wichtiger Punkt ist für ein Unternehmen im Telekommunikationsbereich. Haben Sie denn - - Oder anders gefragt: Wenn Sie diese Dinge, die jetzt bekannt geworden sind, in dieser Form damals zur Kenntnis bekommen hätten - wo Sie sagen, Sie haben sie ja nicht zur Kenntnis bekommen -, hätten Sie dann eine solche Aktion überhaupt zugelassen, wo BND - in Klammern: gemeinsam mit NSA - auf Leitungen der Telekom zugreifen kann?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also, ich kann es mir nicht vorstellen, dass ich das zugelassen hätte. Aber ich kenne den Gesamtzusammenhang nicht. Das heißt, ich bin jetzt hier irgendwo zwischen Baum und Borke. Aber eines müssen Sie wissen:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das Thema „AGBs und Kundendaten“ war immer schon ein sensibles Thema. Nur, die Bedeutung, die das jetzt im Nachhinein kriegt dadurch, dass die Dinge an die Öffentlichkeit gekommen sind, an die Öffentlichkeit kommen und das ganze Thema „Big Data“ ein Riesenthema ist, hatte das damals nicht.

Ich kann Ihnen nur noch mal sagen: Ich kann mich nicht daran erinnern, dass der Vorstand als Ganzes mit diesem Thema beschäftigt war, und ganz sicher kann ich mich daran erinnern, dass ich nicht damit beschäftigt war. Und was wir wirklich klären müssen oder was Sie klären müssen in, nennen wir es so, geheimer Sitzung - keine Ahnung -, ist, wer da wie unterschrieben hat.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die Verträge. Gut, es sind noch andere Sachen, die zu klären sind. Aber ist überhaupt ein solcher Vertrag aus Ihrer Sicht zulässig zwischen der Telekom generell und einem Nachrichtendienst über die Zugänge zu großen Umfängen von Leitungen und Daten?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Das weiß ich nicht. Das weiß ich nicht, weil ich mich mit den entsprechenden Gesetzen und Regelungen dazu nicht auseinandergesetzt habe bisher.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Gab es denn im Vorstand - Sie haben vorhin, glaube ich, von einem Geschäftsverteilungsplan oder von Aufgaben gesprochen - nicht Regeln für Vorgänge, die zwingend zum Beispiel an den Vorstand -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Absolut.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - oder an den Vorstandsvorsitzenden - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Absolut. Es gibt ja eine Geschäftsordnung; es gab eine Geschäftsordnung. Aber jetzt fragen Sie mich nicht, wie das - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, ich muss ja darauf zurückkommen. Nach dieser Regelung hätten Sie über einen solchen Vorgang nicht informiert werden müssen?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Anscheinend nicht oder vielleicht hat man mich nicht informiert - keine Ahnung.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also haben die Mitarbeiter ihre Pflichten möglicherweise nicht erfüllt?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Herr Dr. Hahn, ich kann es Ihnen wirklich nicht sagen, weil ich kenne ja nicht mal den Vorgang.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe jetzt erst mal - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank.

(Martina Renner (DIE LINKE): Haben wir noch Zeit?)

- Also, ich hätte noch ein paar Sekunden gegeben, weil wir auch ein bisschen unterbrochen wurden. - Okay, kommen wir zur zweiten Fraktion in dieser Runde, zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek, nehme ich an, Ihre Fragen.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Ricke, ich würde ganz gerne kurz vor kommen zu Ihnen und würde Ihnen gerne ein Dokument zeigen.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

(Christian Flisek (SPD) begibt sich zum Platz des Zeugen, legt ihm Unterlagen vor und spricht mit ihm)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kollege Flisek, um welche Seite geht es? Dann können wir auch schon mal blättern.

(Zuruf: Das an ihn gerichtete Schreiben!)

- Ach, es geht um das. Okay, jetzt käme die Frage vom Kollegen Flisek gleich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Also, wir sind ja, wie gesagt, hier in der öffentlichen Sitzung, und das muss man jetzt gerade vielleicht kurz erläutern, weil es das Verfahren ist, das wir vorhin auch vereinbart haben, dass wir nicht jedes Mal unterbrechen müssen und dann in Geheim oder Streng Geheim eingestuft wechseln müssen, wenn wir einen Vorhalt aus geheimen Akten in öffentlicher Sitzung machen wollen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Christian Flisek (SPD): Das ist jetzt der Fall. Ich habe Ihnen das jetzt gerade gezeigt. Meine Frage wäre: Ist Ihnen dieses Dokument bekannt? Ist Ihnen das jetzt, wo Sie es gelesen haben - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Sicher nicht.

Christian Flisek (SPD): Ist Ihnen -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein.

Christian Flisek (SPD): - aus Ihrer Erinnerung nie vorgelegt worden oder - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein.

Christian Flisek (SPD): Sie sagen: „Sicher nicht.“ Also, es ist nicht im Sinne von: „Sie können sich nicht mehr daran erinnern“?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also, ich sage aus heutiger Sicht: „sicher“. Wenn ich jetzt sicher sein wollte, dann würde ich sagen: Ich kann mich nicht daran erinnern. - Aber ich bin mir sicher, dass ich es so nicht gesehen habe.

Christian Flisek (SPD): Aber Sie wissen - - Also, deswegen frage ich ja nach, weil es ein Unterschied ist, -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Christian Flisek (SPD): - ob man sich jetzt daran nicht mehr erinnern kann, -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Christian Flisek (SPD): - oder ob man mit Sicherheit sagen kann: Nein, das lag mir nie vor.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Christian Flisek (SPD): Aber Sie würden jetzt eher dazu neigen, zu sagen: „Ich kann mich nicht daran erinnern“? Oder können, wollen Sie sich festlegen?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ich kann mich nicht daran erinnern; sagen wir mal so.

Christian Flisek (SPD): Gut, okay. - Haben Sie denn als Vorstandsvorsitzender in irgendeinem Zusammenhang unmittelbar Kontakt zu Vertretern des Bundesnachrichtendienstes gehabt - irgendwann?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ich hatte einmal ein Abendessen mit dem damaligen Chef des BND. Wie hieß er denn? Mit „H“.

Christian Flisek (SPD): Hanning?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ein Abendessen?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ein Abendessen. Das war ein Kennenlernen.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Können Sie uns sagen in etwa, wann dieses Treffen war? Also, ich lege Sie jetzt nicht fest, wenn Sie mir jetzt - - Sie müssen mir kein genaues Datum - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Das muss irgendwann am Anfang meiner Amtszeit gewesen sein als Vorstandsvorsitzender.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, in etwa so?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also, angefangen habe ich ja im November 2002.

Christian Flisek (SPD): Ja, und das müsste dann am - - Also, im November 2002 haben Sie angefangen, und entweder - - Also, am Anfang, so Anfang 2003, erste Jahreshälfte?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ich weiß es wirklich nicht mehr.

Christian Flisek (SPD): Ja, okay; gut. - Wissen Sie noch, wo dieses Treffen stattfand, wenn das ein Abendessen war?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja, das war im „Il Punto“ in Bonn damals.

Christian Flisek (SPD): Das ist ein Restaurant?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ein italienisches Restaurant.

Christian Flisek (SPD): Ein italienisches Restaurant?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und von wem ging die Initiative zu diesem Abendessen aus?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Das kann ich - - Das weiß ich heute nicht mehr. Das kann ich nicht nachvollziehen.

Christian Flisek (SPD): Aber können Sie denn irgendwie irgendwas - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also, das war ein Kennenlernen. Also, das war - - Als solches war es titulierte; daran erinnere ich mich.

Christian Flisek (SPD): Können Sie - - Ja, jetzt frage ich nur - - Wenn Sie natürlich sagen: „Mit diesen Themen bin ich nicht befasst worden“, dann würde ich jetzt einfach mal mutmaßen - Sie widersprechen mir, wenn ich da völlig auf der falschen Spur bin -,

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Christian Flisek (SPD): - dass natürlich von Ihnen dann nicht die Initiative ausgeht, sich mit dem Chef des BND zu treffen.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein. Also, ehrlich - - Ich erinnere mich noch genau an mein Gefühl von damals.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Manchmal ist es ja so, dass man ein Gefühl hat, jetzt im Nachhinein.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ich war damals völlig mit anderen Themen beschäftigt.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Und das war irgendwie - - Für mich war das also: Warum muss ich denn das jetzt noch machen?

Christian Flisek (SPD): Okay, gut. Also eher Last?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Absolut.

Christian Flisek (SPD): Eher Last. - Also, dann kann ich jetzt - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Daran kann ich mich sehr gut erinnern.

Christian Flisek (SPD): Also darf ich korrekterweise festhalten, wenn ich sage: Von Ihnen ging mit Sicherheit nicht die Initiative aus -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Mit Sicherheit, mit absoluter Sicherheit.

Christian Flisek (SPD): - für ein Kennenlernetreffen mit dem BND-Chef?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein, ganz sicher nicht.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Wenn Sie das so verstanden hätten - -

Christian Flisek (SPD): Gut. - Also, dann heißt das, die Initiative wird wohl über Ihr Büro oder wen auch immer, -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Wie auch immer, ja; sehr wichtig.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): - vom Herrn Hanning bzw. vom BND ausgegangen sein?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Christian Flisek (SPD): Nahm außer Ihnen da noch jemand teil?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein.

Christian Flisek (SPD): Das war Face to Face, vier Augen, Abendessen?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Genau, Abendessen.

Christian Flisek (SPD): Keine persönlichen Mitarbeiter, Referenten oder so was dabei?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein, nein, nein.

Christian Flisek (SPD): Sie haben jetzt gesagt, das galt dem Kennenlernen. War das jetzt üblich? Ich frage jetzt einfach mal. War das - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ich hatte ja - - Wissen Sie, wenn man Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom geworden ist, dann hat man das Problem, dass einen viele Leute kennenlernen wollen.

Christian Flisek (SPD): Kann ich nachvollziehen, ja.

(Heiterkeit)

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Das ist manchmal sehr lästig, war auch manchmal sehr lästig. Aber woran ich mich noch sehr genau erinnere, ist, wie schwierig die ersten 12, 18 Monate waren für uns, das Management und das Unternehmen als Ganzes, und das war für mich damals irgendwie so ein „Na gut, dann mache ich das jetzt mal“, ein Muss-Termin. Aber fragen Sie mich nicht, ob das jetzt irgendeinen Sinn und Zweck gehabt hat, von wem auch immer, weil im Zusammenhang mit diesem Brief werde ich natürlich stutzig.

Christian Flisek (SPD): Also, wir vermuten halt, dass es einen Zusammenhang gehabt haben

könnte mit dem in der *Süddeutschen Zeitung* berichteten Projekt „Eikonall“ -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Christian Flisek (SPD): - dass es da um die Frage ging, inwieweit man dieses Projekt gemeinsam aufsetzt, stimmt.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ich habe es wirklich nicht - - Also, ich sage mal: Wichtig ist ja, wenn Sie die Struktur der Telekom von damals betrachten, an wen dieser Brief noch gegangen ist und an wen er dann weitergeleitet worden ist, weil - und das ist sehr wichtig für die ganze Betrachtung - das Festnetz damals, das Festnetzgeschäft damals in der T-Com gebündelt war, in einem unabhängig operierenden Bereichsvorstand. Ich sage das nur, weil das für die gesamte Betrachtung und für Ihre Arbeit, glaube ich, relativ entscheidend ist.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Also, das Dokument, was ich Ihnen vorgelegt habe, ist zumindest in Ihrer Amtszeit - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Absolut.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Der Punkt ist jetzt der - das ist jetzt eine Frage, die ich mir stelle -: -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Christian Flisek (SPD): - Wenn Sie sagen, das Ganze war Ihnen ja eher lästig, weil Sie - nachvollziehbar - aufgrund der Themen im Hause andere Aufgaben und andere Missionen hatten, dann ist man ja grundsätzlich geneigt, solche lästigen Themen eher auch den Leuten anzuvertrauen, -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ganz sicher.

Christian Flisek (SPD): - dahin zu delegieren, die dann operativ näher dran sind. Jetzt wird es aber irgendeinen Grund gegeben haben, warum - ich sage es jetzt mal einfach ein bisschen flapsig - Sie sich nicht aus der Affäre ziehen konnten, entweder weil der Herr Hanning so lästig war oder weil es dann doch ein Thema war, wo vielleicht die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Leute, die Sie um sich herum hatten, gesagt haben: Lieber Herr Vorstandsvorsitzender, da bleibt Ihnen nichts übrig; da müssen Sie hin.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Daran kann ich mich wirklich nicht erinnern. Ich weiß jetzt nicht, warum ich schlussendlich diesen Termin gemacht habe.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Gut, ich will Sie da jetzt auch nicht länger quälen oder sonst wie - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein, nein.

Christian Flisek (SPD): Ich nehme das zur Kenntnis. Es ist jetzt auch schon eine Zeitlang her. Es ist möglich, dass man sich - - Gerade wenn es lästig ist, verdrängt man die Dinge schneller. Der Punkt ist jetzt noch mal ein anderer. Ich würde Sie jetzt noch mal fragen wollen - weil für unsere Arbeit das natürlich auch wichtig ist -: Wie ist da Ihre - - Wie war generell Ihre Arbeitsweise in Vorbereitung auf solche Termine? Haben Sie da - - Also, ich kann mir jetzt nicht vorstellen, sage ich ganz offen, wenn Sie als Vorstandsvorsitzender der Telekom -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Dass es da kein Briefing irgendwie gab, oder was?

Christian Flisek (SPD): - mit dem BND-Chef im „Il Punto“ sich zum Abendessen treffen, dass Sie da ohne jede Vorbereitung einfach mal hinfahren und sagen: „Jetzt gucken wir mal, was passiert“, sondern dass Sie eventuell schon irgendwo aus dem Haus heraus irgendein Briefing bekommen, das dann über Ihr Büro an Sie in Vorbereitung geht. Entspricht das Ihrer normalen Arbeitsweise in Vorbereitung auf solche Termine?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja, das war nicht immer der Fall. Aber ich kann es hier nicht ausschließen.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also, ich meine, es müsste eigentlich irgendwo ein Briefing - - Wenn es das gegeben hat, muss es das ja geben.

Christian Flisek (SPD): Ja, weil das wäre natürlich - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ich kann Ihnen das nicht - -

Christian Flisek (SPD): Für uns wäre das interessant, weil wenn Sie natürlich sagen, Sie können sich jetzt wirklich auch nicht mehr an die Gesprächsinhalte erinnern, dann wäre es natürlich für uns interessant, dass wir so ein Briefing in irgendeiner Form, wenn es schriftlich existiert, auch noch mal - - dass das herangezogen wird.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Aber ich habe keine Kenntnis.

Christian Flisek (SPD): Und im Nachgang zu so einem Treffen, wie lief das dann ab, wenn dann irgendwelche Inhalte besprochen worden sind? Haben Sie sich das irgendwo notiert und dann am nächsten Tag irgendwo ins Büro gegeben und gesagt: „Hier, schreibt einen Vermerk und gebt das an diejenigen, die es betrifft“?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also, wenn es jetzt aus meiner Sicht wichtig war, sicherlich.

Christian Flisek (SPD): Ja, aber ob so was alles jetzt konkret in diesem Bereich, bei diesem Treffen passierte, das wissen Sie -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Da kann ich mich wirklich nicht dran erinnern.

Christian Flisek (SPD): - nicht mehr. - Wer wäre denn in Ihrer Zeit, ich sage mal, in der Ebene nach Ihnen - - weil beim Vorstand ist es ja auch ein kollegiales Gremium.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Aber wer wäre denn in diesem Vorstand bzw. dann in der Ebene darunter derjenige gewesen, der in der Organisation der Telekom für diese Fragen dann wirklich operativ zuständig gewesen wäre?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Also noch mal - damit ich Sie auch ins Bild setze -: -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja, ja.

Christian Flisek (SPD): - Also, wir reden über das Projekt „Eikonol“, so wie es in der *Süddeutschen Zeitung* berichtet wurde. Wir beziehen uns da auf einen SZ-Artikel vom, ich glaube, 04.10., und da wird berichtet, dass eben die Telekom zusammen mit dem BND in Frankfurt - - oder die Telekom dem BND in Frankfurt erlaubt hat, Kabel abzugreifen, Daten dort abzugreifen, sowohl im Bereich Telefonie als auch paketvermittelt, und in diesem ganzen Kontext natürlich interessiert uns immer die Frage: Was ist da konkret gelaufen, wie wurde das abgegriffen, und was wurde am Ende aller Tage vielleicht an die Amerikaner, auch an die amerikanischen Nachrichtendienste weitergegeben? Das ist also der Kontext, -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Christian Flisek (SPD): - in dem wir uns hier bewegen. Das ist das, was unter dem Stichwort „Eikonol“ berichtet wird, und darum geht es eigentlich, weil in Ihrer Zeit die Vorbereitungs-handlungen im Wesentlichen für dieses Projekt wohl anzusiedeln sind -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Christian Flisek (SPD): - zeitlich. Und, ich sage mal, so der zeitliche Ablauf Ihres Dienstantritts und das, was Sie dann geschildert haben - kurz nach Dienstantritt kam es zu so einem Treffen -, -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Christian Flisek (SPD): - das passt eigentlich auch ganz gut zusammen, also dass, ich sage mal, das dann wohl auch Thema war. Auf wen - - Aber wer wäre da zuständig gewesen? Das war ja die eigentliche Frage jetzt.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Das müsste eigentlich eine Kombination sein aus der Festnetz-T-Com, die ja damals von Josef Brauner verantwortet wurde, -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: - und dem Personalvorstand, der für das Thema Sicherheit, dort mit dem Sicherheitsbeauftragten ausgestattet, verantwortlich war. Das wäre die Kombination hier.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Also wäre der Konzernvorstand der T-Com an und für sich derjenige gewesen, der dann eigentlich in dem ganzen Konzern -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja, korrekt.

Christian Flisek (SPD): - auf Ihrer Ebene darunter sozusagen der Nächste gewesen wäre.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja, und ich nehme an, dass dieses Schreiben, dieser Brief direkt auch dort gelandet ist, so wie auch der Weiterleitungsvermerk da ist.

Christian Flisek (SPD): Ja, spricht was dafür. Also, ich halte es dann eben auch nicht für un-schlüssig, dass das sozusagen da - - Gut, also - - Und Sie haben das Schreiben gesehen. Würde es Sinn machen, den Herrn von der T-Com dann zu laden?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also, ich bin jetzt mit Ihnen - -

Christian Flisek (SPD): Ja, ich will nur vermeiden - entschuldigen Sie, dass ich jetzt dazwischengehe -, dass sozusagen er dann auch sagt: Na ja, also, das sind so Peanuts für mich; also, das haben wir damals - - Das war ja auch die - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Na ja.

Christian Flisek (SPD): Nein, ich meine das nicht abfällig - damit wir uns nicht falsch verstehen. Das war die Vor-Snowden-Zeit; heute würde man das anders bewerten vielleicht auch.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Absolut, ja.

Christian Flisek (SPD): Das haben Sie ja auch selber gesagt. Aber ich will halt vermeiden, dass wir aus dem Hause dann wieder jemanden haben, der - - Das ist ja nicht zielführend.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also, was ich glaube, was zielführend ist, ist, sich auf die Schnittstelle zwischen Telekom und welchem Ministerium auch immer - da gibt es ja innerhalb derer diese Sicherheitsbevollmächtigten -, sich auf diese Schnittstelle aus der Sicherheitsabteilung zu konzentrieren, weil da muss das ja bekannt gewesen sein.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Und noch mal jetzt zur Sicherheit die Nachfrage: Also, es gab nur dieses eine Treffen -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja, das weiß ich ganz genau.

Christian Flisek (SPD): - mit dem damaligen BND-Präsidenten. Ansonsten haben Sie mit BND-Mitarbeitern -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein.

Christian Flisek (SPD): - keinen weiteren Kontakt gehabt?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein.

Christian Flisek (SPD): Hatten Sie ansonsten mit zum Beispiel Mitarbeitern oder Repräsentanten des Bundeskanzleramtes Kontakt gehabt?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ich habe des Öfteren Kontakt mit dem Bundeskanzleramt und mit der Bundeskanzlerin oder damals noch dem Bundeskanzler Kontakt gehabt, aber nicht zu solchen Themen. Also, da ging es um die Maut damals; das war ein großes Thema.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ich meine, es ging um die allgemeine Situation - wir waren ja nun wirklich notleidend -, aber nicht zu solchen Themen.

Christian Flisek (SPD): Zu solchen Themen generell nicht?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Dann habe ich keine weiteren Fragen. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ich nehme an, Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Ricke, erst mal vielen Dank, dass Sie uns um die Uhrzeit noch hier zur Verfügung stehen und wir miteinander über diese Zeit reden können.

Sie haben ja im November 2002 bei der Telekom angefangen. Das war etwas mehr als ein Jahr nach dem 11. September; aber Sie hatten ja Erfahrung in der Telekommunikationsbranche. Insofern: Haben Sie nach dem 11. September irgendwie davon mal gehört, dass amerikanische Geheimdienste irgendwie ein verstärktes Interesse an Telekommunikationsdaten haben?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein. Also, auch daran kann ich mich jetzt nicht erinnern, aber - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war nie Thema?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie ist das eigentlich damals geregelt gewesen bei der Deutschen Telekom? Ich nehme an, Sie hatten schon damals einen Datenschutzbeauftragten. Ich glaube, das war damals auch schon gesetzlich vorgeschrieben.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja, ich erinnere mich aber an den Namen nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, er hieß Königshofen. Kann das sein?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein, Herr Königshofen, meine ich, wäre der Sicherheitsbevollmächtigte gewesen. Oder war der auch der Datenschutzbeauftragte? Der war auch der Datenschutzbeauftragte; das kann sein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ich glaube, das war so; genau.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Also, Herr Königshofen - wem hat der denn berichtet?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ich meine, an Klinkhammer damals.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): An?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Klinkhammer, den Personalvorstand. Ich meine, das wäre so gewesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Jetzt ist das ja so: Es gibt ja nicht alltäglich Briefe aus dem Bundeskanzleramt an die Deutsche Telekom.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das scheint mir ein hoch aufgehängtes Ding gewesen zu sein. Deswegen frage ich mal: Ist es tatsächlich schlüssig, dass Sie von einem solchen Brief nichts erfahren haben?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also, wenn Sie jetzt auf den Brief anspielen, den ich hier gerade gesehen habe, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass dieser Brief direkt woanders hingegangen ist - auch aus den Vermerken, die da draufstehen -, sehr, sehr hoch; das sage ich mal so.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das glaube ich. Aber der Brief ist ja nicht vom Himmel gefallen, sondern vorgeschaltet zu diesem Brief gab es ja wahrscheinlich eine Diskussion darüber, was man macht und was man nicht macht und so. Deswegen die Frage: Kann es sein, dass diese Diskussion - - Also, es geht ja darum: Lässt man einen deutschen Geheimdienst an die Glasfaser im Inland? Gibt man denen irgendwie die Möglichkeit, da zuzugreifen? Das ist ja für ein Unternehmen eine hochrelevante Frage.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Wobei das jetzt nicht in dem Brief stand, nicht?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber das suggeriere ich jetzt mal so aus freiem Nebel heraus als Zusammenhang, der letztlich zu diesem Brief geführt haben könnte. - Und kann es sein, dass eine solche Diskussion am CEO vorbeigeht?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Tja, gute Frage. Es scheint so zu sein, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie ist das eigentlich haftungsrechtlich? Also, als CEO sind Sie ja auch in bestimmten Haftungen drin, und da kriegen Sie wahrscheinlich, wenn Sie 2002 anfangen - - Wie macht man das eigentlich? Da kriegt man so eine anwaltliche Beratung, oder? Ist das nicht eine der ersten Fragen, die man klärt?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein, also - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Damals nicht, heute wahrscheinlich schon.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nicht wirklich. Also, das klingt ja schon, als wäre das in der Steinzeit gewesen, wenn ich mir selbst zuhöre, im Vergleich zu den Themen, die wir heute haben, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: - auch was die Haftungsthemen angeht. Aber ich meine, die Situation damals war eine Situation, wo das Unternehmen echt mit dem Rücken an der Wand stand. Die France Télécom - ich erspare Ihnen die Geschichte - ist durch den Staat gerettet worden. Wir haben uns selbst so aus dem Sumpf gezogen. Das war die Hauptaufgabe. Das war ein Programm, wo wir zwei Milliarden pro Monat an Cash generiert haben, um die Schulden zu reduzieren; aber ich erspare Ihnen das.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe das so ein bisschen damals auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

verfolgt, und das ist in der Tat interessant. Trotzdem hat es ja noch andere Themen gegeben offensichtlich, wenn das Bundeskanzleramt Ihnen - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja, das ist ja ein Riesenunternehmen; klar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Aber Sie sagen, der CEO war mit diesen Fragen nicht beschäftigt.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Das sage ich deutlich, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und es könnte sein, dass im Vorstand wer damit konkret beschäftigt war?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Herr Dr. Klinkhammer.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagt Ihnen der Name Brauner was?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Brauner ist der T-Com-Vorstand.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und in welchem Verhältnis steht der zu Ihnen, damals natürlich?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Na ja, der war damals unter mir für den Vorstand der T-Com zuständig und im Gesamtvorstand der Telekom.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn der - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: T-Com heißt Festnetz damals noch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und wenn der - - Also, ich nehme an, da gibt es jede Woche eine Runde, -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Vorstandssitzungen, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - man sitzt zusammen und bespricht die

relevanten Dinge, und als TOP 1 steht da „Rettung der Telekom“. Ich will das gar nicht kleinsprechen; das ist ein großes Projekt.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es kommen ja noch andere Dinge, und zumindest unter „Verschiedenes“ hat niemand angesprochen: „Ach, übrigens: Geheimdienste wollen an die Glasfaser“?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ich kann mich wirklich nicht daran erinnern, also beim besten Willen nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie würden mir empfehlen - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Aber ich glaube, ich würde mich daran erinnern, weil ich habe mich auch an Herrn - wie hieß er, vom BND? -

(Zuruf: Hanning!)

- Hanning erinnert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wird den Mann tief treffen.

(Heiterkeit)

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Das war ja alles nett; aber ich - - wir hatten damals ein Riesenprogramm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das verstehe ich absolut. Trotzdem ist das natürlich - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Das war jetzt an die Adresse von Dr. Hanning.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das verstehe ich. - Trotzdem ist es ja so: Wenn Sie als CEO der Deutschen Telekom ein Treffen mit dem BND-Chef haben - - Also, das ist ja was, wo man durch den Kalender geht und sagt: Aha. - Haben Sie sich auch mit dem Chef vom BfV getroffen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Von was?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vom Bundesamt für Verfassungsschutz.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein, wüsste ich jetzt nicht; nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein? Na gut.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Oder habe ich das? Nein, habe ich wirklich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Also würden Sie sagen, es würde uns helfen, Herrn Brauner vielleicht zu laden und mit dem zu sprechen?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Worauf ich mich konzentrieren würde, wäre - das hatte ich Ihnen gerade gesagt -: Ich würde mir die Schnittstelle anschauen zwischen unserem Sicherheitsapparat, hätte ich jetzt fast gesagt, bei der Telekom und dem dann zuständigen Ministerium, und das ist die Ecke Klinkhammer/Königshofen aus meiner Erinnerung jetzt; ich hoffe, dass ich da richtig liege. Was Klinkhammer angeht, liege ich richtig. Was die Person angeht, die zuständig war für die Verbindung in das Amt hinein, da bin ich mir jetzt nicht hundertprozentig sicher, ob das Königshofen war; aber ich meine, es wäre so gewesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Letzte Frage erst mal: Also, Herr Hanning kannten Sie vorher persönlich nicht.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kennen Sie Herrn Uhrlau persönlich?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Herrn?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herrn Uhrlau?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Gut, ich habe jetzt den Namen auf dem - - Habe ich den irgendwo gesehen gerade?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie kennen ihn nicht?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also, vielleicht habe ich ihn mal kennengelernt; aber ich erinnere mich jetzt an ihn nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kennen Sie Herrn Steinmeier persönlich?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Steinmeier? Ja, klar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schon länger?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Damals. Also, ich habe ihn schon etwas länger nicht mehr gesehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Damals?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja. Also, Steinmeier war damals ja im Kanzleramt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das Schreiben kam ja aus dem Bundeskanzleramt.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja, aber Herrn Steinmeier habe ich das erste Mal persönlich kennen und schätzen gelernt, wenn ich das mal so sagen darf, im Zusammenhang mit der Maut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber über dieses Thema wurde - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Das war aber später; das war irgendwann Ende 2003, 2004.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Über dieses Thema wurde nie geredet?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also, ich kann mich daran nicht erinnern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zu den Fragen der Union. Herr Kiesewetter.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Ricke, bei uns haben einige Fragen an Sie. Ich möchte gerne einsteigen. Nach meinen Informationen haben Sie ja bereits ab 1998 Verantwortung getragen für das Telekommunikationsgeschäft.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Und ich glaube, ab 2001 waren Sie dann Vorstandsmitglied des Gesamtkonzerns.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ab 2001 war ich im Gesamtkonzern; richtig, ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): In das Jahr 2001 fällt ja auch der „Patriot Act“ bei den Amerikanern nach den Angriffen vom 11. September. Ich möchte Sie gerne auf die Aspekte der Übernahme von Voicestream ansprechen.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Diesen amerikanischen Mobilfunkanbieter hat die Telekom ja meines Wissens im Jahr 2001 übernommen, und eine der damals beschlossenen Bestimmungen im Rahmen des „Patriot Act“ verpflichtete Telekommunikationsunternehmen in den USA, Telekommunikationsverbindungsdaten an Nachrichtendienste herauszugeben. Der „Patriot Act“ läuft vermutlich nächstes Jahr aus; aber er ist immerhin seit 2001, also jetzt immerhin dreizehn Jahre, gültig. Haben Sie sich als der für das Mobilfunkgeschäft zuständige Vorstand mit der seinerzeit veränderten Rechtslage in den USA beschäftigt?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein, das war damals - - Erst mal muss man sagen: Vom Zeitpunkt her

war ich nicht im Gesamtvorstand. Ich war erst im Gesamtvorstand, als die Voicestream-Übernahme abgeschlossen war, glaube ich, mich zu erinnern. Das müsste man nachschauen. - Das ist der erste Punkt; der ist wichtig.

Und der zweite Punkt ist: Das ganze Closing, was ja dann stattfand, nachdem die Voicestream- - nachdem das Angebot gemacht worden war und nachdem wir die übernehmen wollten, das hat mindestens ein Jahr gedauert, und das wurde damals - - und ich war CEO - jetzt weiß ich es wieder - der T-Mobile, aber nicht im Gesamtvorstand. Die Federführung für diese ganzen Themen lagen damals im Bereich von Herrn Hefekäuser für die regulatorischen Themen und, ich meine, Jeff Hedberg, der damals aus dem internationalen Bereich der Telekom heraus diesen Deal mitstrukturiert und durchgezogen hat. Also der Herr Hefekäuser, der damals an den Herrn Sommer berichtete, und Jeff Hedberg. Und ich war in meiner Funktion für das operative Geschäft zuständig. Mit dem Deal an sich habe ich nichts zu tun gehabt. Ich habe das operative Geschäft verantwortet.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das bedeutet: Auch in der Verantwortung für das operative Geschäft haben Sie sich mit der Rechtslage nicht beschäftigen müssen?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein. Also, ich war dafür zuständig - - Sie müssen ja auch jetzt verstehen, dass man dann nicht - - dass man, wenn eine Firma übernommen wird, bis zum offiziellen Closing - und das hat sehr lange, glaube ich, gedauert; es hat sogar länger als ein Jahr gedauert - auch nicht in diese Firma eingreifen kann. Das heißt, ich habe weiter fröhlich mein restliches T-Mobile-Geschäft gemacht. Und erst, nachdem wir dann den Merger hatten, also als wir das Ding übernehmen durften, bin ich dann sozusagen gemeinsam mit dem John Stanton, der aus der anderen Ecke kam - - haben wir uns dann gemeinsam hingestellt und haben das Geschäft auch für eine Zeitlang gemeinsam gemanagt, T-Mobile als Ganzes.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wenn das so zutrifft, dass Sie etwa ein Jahr noch an dem Closing gearbeitet haben oder abwarten mussten, bis das Closing abgeschlossen war, dann bedeutet das ja, dass der amerikanische Anbieter schon ein Jahr Erfahrung mit dem Patriot Act hatte.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Mit dem Patriot Act?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Mit dem Patriot Act, also der Verpflichtung US-amerikanischer Telekommunikationsunternehmen, auch Internetunternehmen, bei Bedarf, bei Vorlage eines Beschlusses zum Beispiel des FISA oder anderer, Telekommunikationsdaten zu übermitteln oder Zugänge zuzulassen in die Telekommunikationsverbindungen.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Wann war dieser Act?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Der ist im Herbst 2001 beschlossen worden, ziemlich kurz nach den Anschlägen vom 11. September.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Und wann haben wir das Closing gemacht mit Voicestream? Ich habe das wirklich - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Die Übernahme war wohl 2001. Wann Sie das Closing gemacht haben, kann ich nicht wissen, aber vermutlich ein Jahr später.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja, klar.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Können Sie sich daran erinnern, dass diese Frage Telekommrechtlicher Zugänge bzw. Zugänge zu Verbindungsdaten und ähnlichen Dingen bei Ihnen im Vorstand beraten wurde?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein. Das wurde nicht beraten.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Also in Ihrem Vorstand, also jetzt bei T-Mobile.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Und nach der Übernahme?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Das war kein Thema.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das ist ja interessant, weil für uns das, glaube ich, schon ein sehr wichtiges Thema ist, wenn man aus einem anderen Land jemanden übernimmt, der einer anderen rechtlichen Bindung unterliegt, dass dies dann offensichtlich nicht berücksichtigt wurde.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also noch mal - das ist jetzt auch wichtig für das Verständnis -: Die ganzen rechtlichen Zusammenhänge und die ganzen Themen, die mit der Übernahme dann zusammenhängen - jenseits des operativen Geschäfts, also operatives Geschäft definiert als „Was müssen wir machen, um im nächsten Monat mehr Kunden einzuwerben?“, also jenseits des ganz normalen -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Marktstabilisierung?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: - Marketings und Betriebs und Operation -, das ganze rechtliche Thema rund um das Closing war eine Tätigkeit, die stattfand und wesentlich geleitet wurde von dem Bereich Regulierung damals. Das war der Herr Hefekäuser noch unter Herrn Dr. Sommer und dem Jeff Hedberg, international. Wir haben auch ganz bewusst gesagt: Du kümmerst dich jetzt mal um das Mobilfunkgeschäft in der operativen Umsetzung.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank. Das ist sehr aufschlussreich. - Trotzdem möchte ich Sie persönlich noch, bevor ich an Kollegen weitergebe, fragen, ob Ihnen umgekehrt bewusst ist, dass es tatsächlich auch eine Pflicht in der deutschen Telekommunikation gibt, dass Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen im Rahmen gesetzlicher Verpflichtungen - G-10-Gesetz - verpflichtet sind, Zugang bzw. Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation zu ermöglichen, in den engen Grenzen des G-10-Gesetzes.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja, wobei ich das G-10 - also, Sie nennen es G-10 - nie wirklich studiert habe und hier wichtig ist, sich wirklich - und ich komme darauf zurück - die Schnittstelle noch mal genauer anzugucken und zu schauen: Was ist denn wirklich da passiert?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Aber das war kein Thema, mit dem Sie sich beschäftigt haben?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Okay. Herzlichen Dank, Herr Ricke. - Ich gebe weiter an Kollegen Marian Wendt.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Danke schön.

Marian Wendt (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Ich möchte an dem Punkt ansetzen, der diesen Bereich der gesetzlichen Verpflichtung der Zusammenarbeit der Telekom mit staatlichen Behörden betrifft. Gab es da - - Das hat ja sicherlich nicht der Kundenbetreuer, den wir kennen aus dem Privathaushalt, vor Ort gemacht. Da gab es eine entsprechende Stelle bei Ihnen im Bereich. Können Sie die benennen, oder wissen Sie, wie die hieß?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Die Stelle, die ...?

Marian Wendt (CDU/CSU): Die Stelle, die sozusagen zuständig war für die Zusammenarbeit mit Behörden, zu der man gesetzlich verpflichtet war, zum Beispiel nach dem G-10-Gesetz, wie das der Kollege Kiesewetter eben ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Das müsste - ich muss nur aufpassen, dass ich jetzt da keine falschen Namen, weil ich eben aus der Erinnerung jetzt hier unterwegs bin - -

Marian Wendt (CDU/CSU): Ja, klar.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Aber das müsste im Bereich von Herrn Klinkhammer, Personalvorstand und da auch für die Sicherheit zuständig, im Bereich von Herrn Königshofen gewesen sein.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. - Die Frage, die sich mir nämlich vorhin ein bisschen aufgetan hat: Es gibt ja sozusagen Sicherheitsbeauftragte in Firmen -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Marian Wendt (CDU/CSU): - und Beauftragte für die Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Marian Wendt (CDU/CSU): Das wollte ich vorhin nur ein bisschen trennen, weil das, glaube ich - - Dass man das richtig einordnen kann. Wir sprechen, glaube ich, von dem Beauftragten für die Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden, nicht von reinen Datenschutz... (akustisch unverständlich), innerbetrieblichen, -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Richtig.

Marian Wendt (CDU/CSU): - oder der für Ihre eigene Sicherheit, Ihre T-Netze, zuständig ist.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Korrekt.

Marian Wendt (CDU/CSU): Die Frage, die sich danach anschließt: Es gibt ja auch Kunden mit speziellen Bedürfnissen, wo Sie - - beispielsweise, wenn Sie für Behörden Leistungen erbringen, die besondere gesicherte Leitungen erfragen oder erforderlich machen. Ich kann mir das für den Bundestag vorstellen - wir hatten ja auch einen Providerwechsel - oder bestimmte Behörden, also BOS-Sicherheitsbehörden, allgemeine Polizei- und Sicherheitsaufgaben. Wer war dort in diesem Bereich zuständig? Auch dieser - - Also, das ist ja sozusagen eine Netzfrage.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja, also, da schwenke ich jetzt rüber auf das Thema - - Also, wenn Sie von der Netzsicherheit im Unternehmen - - Da reden wir über die Technik bei T-Com.

Marian Wendt (CDU/CSU): Nein, ich frage sozusagen über die Zurverfügungstellung von sicheren Netzen, von sicheren Kabeln, zum Beispiel wenn ein Kunde sagt: „Ich möchte von A nach B



Nur zur dienstlichen Verwendung

ein speziell gesichertes Kabel haben und nicht über das allgemeine Telefonnetz telefonieren.“

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also gehe ich davon aus, dass das im Angebot der T-Systems steht, T-Systems, die ja für das Großkundengeschäft zuständig war. Aber das hat nichts zu tun mit der internen Sicherheit, die wir ja hier besprechen.

Marian Wendt (CDU/CSU): Nein. Genau. Zum Beispiel wenn jetzt ein Nachrichtendienst zu Ihnen kommen würde und würde fragen: „Wir bräuchten von A nach B ein Kabel, das muss so und so entsprechend gesichert sein; würden wir dafür eine Leistung bekommen?“, wäre das bei Ihnen möglich?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja, das müsste eigentlich.

Marian Wendt (CDU/CSU): Und wer ist dann dafür verantwortlich in welchem Bereich? Oder wie ist da die Hierarchie, die Geschäftsstruktur?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Es müsste - deswegen sage ich das - irgendwo Brauner, die Ecke, gewesen sein. Also Brauner, der war damals für T-Systems zuständig - lassen Sie mich überlegen -, am Anfang. Das war damals noch, ich glaube, eins, also T-Systems und T-Com. Die T-Systems ist erst später entstanden, mit der debis-Übernahme. Also, das müsste in der Ecke gewesen sein.

Marian Wendt (CDU/CSU): Noch mal einen anderen Bereich: Sie haben ein ganz normales Großkundengeschäft, ja?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. - Haben Sie sich damals schon auch gefragt - - Oder wie waren die Fragestellungen in Bezug auf den eigenen Schutz der Daten, von Kundendaten, also Kundendaten, die Sie an sich haben, die in Ihrem Unternehmen gespeichert sind, aber auch des Verkehrs, der über Ihr Netz abgewickelt wird? War das damals schon im Vorstand ein sehr präsent Thema, dass da eventuell jemand von außen drauf zugreift? Das muss nicht unbedingt die NSA gewesen sein. Es gibt ja auch im Osten und

asiatischen Bereich entsprechende Kräfte, die darauf wirken. War das überhaupt mal ein Thema: Wie können wir unsere Netze sichern? Oder war man da - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein, es war eher so, dass man sich darüber im Klaren war, dass man auf der Mobilfunkseite bestimmte Risiken hat. Das war das erste Mal ein Thema für uns intern, als wir - ich weiß nicht mehr genau, wann es war - in Amerika Lizenzen ersteigern mussten. Ich weiß nicht mehr genau, wann das war, wo wir dann mit verschlüsselten Handys nur telefoniert haben, was dieses Thema angeht. Aber ansonsten war es einfach kein Thema.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. - Wann kam das ungefähr erstmalig auf, dieses Thema, dass man sich dafür auch bis auf die Vorstandsebene interessiert hat?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Beim Mobilfunk?

Marian Wendt (CDU/CSU): Ja, zum Beispiel.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Das muss - - Wann wurde die letzte Lizenz versteigert? Irgendwann 2005 vielleicht?

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. - Also im Festnetzbereich?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Vielleicht war es auch 2004. Ich weiß es nicht mehr.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. Gut. - Das waren meine Fragen. Die Kollegin Warken?

Nina Warken (CDU/CSU): Nur ganz kurz noch mal zu dem Schreiben, auf das der Kollege Flisek ja schon eingegangen ist. Sie sagten, wenn ich es richtig verstanden habe, dass Sie das gar nicht gesehen haben vermutlich, weil es eben nicht in Ihrer Zuständigkeit lag.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja, weil es direkt weitergegeben wird dann.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie war das grundsätzlich bei Ihnen? Ich nehme mal an, dass Sie ja



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Briefe nicht selbst geöffnet haben. Wenn dann Ihr Mitarbeiter oder Ihre Mitarbeiterin erkannt hat, das ist eine andere Zuständigkeit, war das dann so, dass Sie die Briefe gar nicht gesehen haben, -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): - oder haben Sie sie gesehen und weitergeleitet?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein, das ist unmöglich.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja. Ich gehe mal davon aus, Sie kriegen jetzt nicht jede Kunden-

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Sie kriegen ja Tonnen von Post. Das heißt, das wird dann direkt zugeteilt über das Vorstandsbüro.

Nina Warken (CDU/CSU): Genau. Und so wäre es nach Ihrer Erinnerung auch in dem Fall gewesen, wenn Sie nicht zuständig sind.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ich kann mich an diesen Brief nicht erinnern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde Ihnen dieses Schreiben jetzt noch mal und die entsprechende Antwort vorlegen, weil die ist nämlich auf der Seite danach, und würde Sie dann noch mal um die Einschätzung bitten.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Ich stelle die Frage mal allgemein, dass sie sich nicht konkret auf diese Akten bezieht. Gehen Sie davon aus, dass Schreiben dann von Ihnen selbst geöffnet, gelesen werden, auch wenn vielleicht im Adressatenfeld Ihre Adresse steht oder vielleicht dann von jemand anders, der dann im Bereich der Zuständigkeitsverteilung dies zu erledigen hat?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Fragen Sie mich noch mal genauer. Sorry, ich war gerade unkonzentriert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Erinnern Sie sich, wie das Prozedere war, wenn

Briefe an Sie gegangen sind, möglicherweise auch mit Ihrer konkreten namentlichen Bezeichnung? Haben Sie die dann gelesen und beantwortet, oder sind die gar nicht von Ihnen gelesen worden, sondern im Zuständigkeitsbereich verteilt worden und vom jeweiligen Zuständigen beantwortet worden?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: So wird es gewesen sein, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil die Namen auch schon gefallen sind: Wer könnte das für diesen Bereich gewesen sein?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Herr Brauner.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Damals für T-Com zuständig. Das hatten Sie ja schon gesagt.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der hätte dann auch die Antwort geschrieben. Kann das sein?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also, das kann sein, ja. Das kann sehr gut sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Würden Sie diese Antwort dann bekommen: „Bitte lesen! Ist das korrekt von mir beantwortet als Chef von T-Com?“?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das war nicht üblich?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Das Prinzip war ja ganz bewusst die Delegation der Verantwortung in einer Situation, wo wir das Unternehmen eben auch auf eine breitere Basis stellen mussten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der Vorstand T-Com, der das dann beantwortet, ein Schreiben des Kanzleramtes - also Herr Brauner, sagten Sie -, der wird aber nicht jeden Tag 20 Briefe an das Kanzleramt geschrieben habe, schätze ich mal, oder?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Wie viel?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Fünf, zehn oder - - Der wird nicht jeden Tag Briefe ans Kanzleramt geschrieben haben. Er würde sich also wahrscheinlich daran erinnern, an so einen Sachverhalt, wenn er das Schreiben geschrieben hätte.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Müsste er, ja. Könnte er. Sollte er.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das wäre schon meine Frage. - Dann kommen wir jetzt zur zweiten Fragerunde. Da beginnt wieder die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Ricke, ich habe eine Frage nur noch. Schon damals war es ja üblich, dass andere Telekommunikationsanbieter das Leitungsnetz der Telekom genutzt haben.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es mit diesen anderen Telekommunikationsanbietern dafür Verträge?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wurde in diesen Verträgen auch festgelegt, inwieweit die Telekom Daten erfassen kann, die von dem anderen Telekommunikationsbetreiber auf dem eigenen Netz laufen? Oder waren die Daten geschützt besonders in diesen Verträgen, dass man sagt: „Die Daten laufen nur auf dem Netz der Telekom, aber wir fassen sie nicht an“?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Das kann man jetzt nicht so allgemein beantworten, weil es kommt jetzt darauf an - ich gebe Ihnen gleich ein Beispiel -, was für eine Vertragsbeziehung herrschte. Also beispielsweise zwischen Telekom und einem Reseller, einem Serviceprovider wie Debitel, wurden ja nur bestimmte Datensätze weitergeleitet, die dann auch entsprechend zu Rechnungen verarbeitet werden. Wieder anders war es jetzt im Call-by-Call-Bereich, wo wir die Rechnungen erstellt haben für die Call-by-Call-Unternehmen.

Insofern sollten Sie davon ausgehen, dass in jedem Vertrag sauber geregelt ist und geregelt war, was für Daten ausgetauscht werden,-

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: - und das aber auch im Rahmen der damals geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Also, das war ja auch ein hochreguliertes Geschäft. Dass Sie sich das einfach auch noch mal bewusst machen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Wäre in solchen Verträgen auch geregelt gewesen, dass die Daten an Dritte weitergegeben werden können?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also nicht, wenn es nicht erlaubt ist, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer war jetzt für diese Vertragsabschlüsse zuständig bei Ihnen?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: An Drittunternehmen?

Martina Renner (DIE LINKE): Also wenn irgend- - Weiß ich nicht. Damals Arcor oder - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Da gab es jetzt zwei Bereiche.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist jetzt nur ein Beispiel.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja, ja. Aber das eine im Mobilfunk, das wäre jetzt die T-Mobile gewesen, und da kommt es jetzt darauf an, in welchem Land. Also T-Mobile Deutschland wäre jetzt die Geschäftsführung für die - - nehmen wir mal Debitel als Fall - - dafür zuständig gewesen. Und für das Festnetz, also für beispielsweise Arcor, wäre es jetzt der Bereich T-Com gewesen mit dem Bereichsvorstand unter Führung von Herrn Brauner damals.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, da wäre Herr Brauner auch möglicherweise der richtige Ansprechpartner für uns, um zu diesen Verträgen zu fragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Wenn es um Verträge geht, -

Martina Renner (DIE LINKE): Festnetzleitungen.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: - die jetzt mit zum Beispiel Resellern oder auf Interconnection-Basis mit anderen Netz- und auch Telekombetreibern geschlossen werden, dann ist das die richtige Ansprechadresse, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn in so einem Vertrag geregelt gewesen wäre - hypothetisch -, die Daten laufen nur dort durch, die Telekom hat keine Zugriffsrechte, und es wäre zu einer Verletzung dieses Vertrags gekommen: Hätte dieser andere Vertragspartner dann Regressansprüche daraus geltend machen können?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Da gehe ich jetzt von aus, ja. Aber noch mal: Die Frage ist sehr allgemein gestellt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ich kann die auch nur allgemein stellen, sonst kriege ich Probleme mit der zweiten Reihe hinter Ihnen. Okay, aber die sind jetzt beantwortet. Also, wir wissen, wer dafür zuständig war und dass es durchaus Gegenstand in den Verträgen war, zu regeln, ob und wie diese Daten angefasst werden können. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, ich will an der Stelle noch mal kurz nachfragen, weil ich die Probleme mit der zweiten Reihe da nicht sehe, sondern solange es allgemein bleibt, glaube ich, dass Sie da auch antworten können.

Wenn Sie also einen Durchleitungsvertrag haben mit einem anderen Anbieter aus dem Ausland - nehmen wir jetzt mal Tele Dänemark beispielsweise -: Sie schließen einen Vertrag, dass Sie ihnen die Leitung zur Verfügung stellen, dass sie ihre Daten dort durchleiten können, und dafür gibt es ein Entgelt, nehme ich an, das festgelegt wird, und dann wird natürlich auch festgelegt,

was für bestimmte Rechte und Pflichten jede Seite hat.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Können Sie sich irgendeinen Vertrag vorstellen oder an einen Vertrag erinnern in Ihrer Zeit, wo dieser ausländische Anbieter Ihnen erlaubt hätte, -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Uns?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - ja, Ihnen als Telekom -, dass Nachrichtendienste auf deren Telekommunikationsverkehr zugreifen, hier in Deutschland? Dass zum Beispiel Vertragsgegenstand gewesen ist „Wir leiten das durch, aber natürlich auf Anforderung unserer Regierung leiten wir das auch alles woandershin“? Können Sie sich vorstellen, dass ein ausländischer Anbieter einen solchen Vertrag jemals unterschrieben hätte?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ich kann es mir, ehrlich gesagt, nicht vorstellen. Aber ich möchte es noch mal genauer verstehen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben nach einer rechtlichen Grundlage gefragt. Eine rechtliche Grundlage ist ein Vertrag, den Sie schließen, -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Als Telekom.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - Telekom - mit einem ausländischen Anbieter, der Ihre Leitung nutzen will.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also zum Beispiel Tele Dänemark?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, Tele Dänemark. Die schicken jetzt jeden Tag alles Mögliche durch in dem Vertrauen, dass das von dem Absender zum Adressaten geht. Und Sie haben ihnen möglicherweise - das war die Frage der Kollegin - auch zugesichert, dass Sie die Daten vertraulich behandeln und dass die Daten sicher sind in Deutschland.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Jetzt ist ja die Frage: Wenn Sie dann dennoch - nicht Sie persönlich, jetzt die Telekom - Datenzugänge ermöglichen und die gesamten Daten, die dort fließen von Tele Dänemark dann abgeleitet werden an einen Nachrichtendienst, wäre das nicht aus Sicht der - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Das stelle ich mir sehr schwierig vor, ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - ein Vertragsbruch oder ein Vertrauensbruch?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Das stelle ich mir sehr schwierig vor, ja, wobei ich die Gesamtsituation jetzt nicht einschätzen kann.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es ist hier die Rede immer - das kann ich Ihnen sagen, weil auch der Vorsitzende und auch Herr Flisek erklärt haben, wie die Gemengelage ist - - Es ist hier die Auffassung vertreten worden, auch in öffentlicher Sitzung: Das sind Verkehre, die durchlaufen, und egal von wem die kommen, die können wir alle mitnehmen.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: „Mitnehmen“ heißt?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): „Mitnehmen“ heißt abfischen als Nachrichtendienst. Das sind Verkehre, die von Ausland zu Ausland gehen, keine deutschen Bürger, und die kann ich alle mitnehmen. - Das war die Auffassung, die hier vertreten worden ist. Und Sie haben ja eigentlich eine Verantwortung dafür, dass Sie mit Ihren Vertragspartnern sorgsam umgehen.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja, und deswegen sage ich: Ich kann die Gesamtsituation nicht einschätzen. Erstens brauche ich das Gesamtbild, und dann müsste ich mich mit der Gesetzeslage auseinandersetzen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und dann habe ich noch eine Frage. Die muss ich jetzt tatsächlich etwas vorsichtig und allgemein stellen. Sie haben vorhin ja den Brief vorgelegt bekommen - nicht

von mir, sondern von anderen Kollegen - aus dem Bundeskanzleramt. Dann frage ich allgemein: Ist es üblich, dass eine staatliche Behörde, die Ihnen eine Mitteilung macht oder von Ihnen etwas erwartet, Ihnen zugleich auch sagt, wer das in Ihrem Unternehmen bearbeiten soll?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Das habe ich aber jetzt in dem Brief nicht gelesen, oder habe ich das da gelesen?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Da ich das nicht vorlesen darf, können Sie es ihm vielleicht noch mal vorlegen. - Da interessiert mich wirklich, ob das ein übliches Verfahren ist, dass also in dem Fall Bundeskanzleramt sagt: „Telekom, folgendes Problem: Wir brauchen da Unterstützung, aber wir sagen euch auch gleich, wer es machen soll“.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Unabhängig davon, was ich jetzt lese, was da dringestanden hat, glaube ich, ist es wichtig - ich glaube, ich wiederhole es jetzt zum dritten Mal -, diese Schnittstelle zwischen unserem Unternehmen, also der Telekom, und, ich glaube, es war das Ministerium für Wirtschaft; kann das sein? - - diese Schnittstelle im Unternehmen zu durchleuchten und zu beleuchten und uns die Frage zu stellen: Was dürfen die, und was dürfen die nicht? Und welche Rechte gibt es zwischen dem Ministerium und der Deutschen Telekom laut bestehender Vereinbarungen?

Und was haben die jetzt geschrieben?

(Der Zeuge liest in den
Unterlagen)

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie dürfen es nicht vorlesen. Ich sage es bloß vorsorglich. - Ist Ihnen so was schon mal untergekommen?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Es ist ja so formuliert: Es ist ja eher eine Anregung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Es ist keine direkte
Anweisung!)

- Korrekt. - Noch mal: Ich glaube, es ist wichtig für die Arbeit des Ausschusses, wirklich zu verstehen, welche vertraglichen - - gesetzlichen Beziehungen, muss man hier ja sagen - bestehen zwischen der Telekom, dem Sicherheitsbereich der Telekom, dem Sicherheitsbevollmächtigten der Telekom - so nennt man den ja - und dem Bundeswirtschaftsministerium. Damals, glaube ich, war es das Bundeswirtschaftsministerium.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich verstehe das ein bisschen anders. Wenn es Probleme gibt, -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ich kann Ihnen da jetzt keine Antwort geben.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - kann man die auf höchster Ebene klären, aber man kann auch sagen, man möchte, dass der das bearbeitet, mit dem man die geringsten Probleme hat bei der weiteren Tätigkeit und beim Zugang für die Dienste. Das ist ja im Prinzip der Punkt, der dahintersteht, ganz allgemein.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Aber das - - Ich glaube, das interpretieren Sie jetzt da rein. Aber es ist eine Mutmaßung, die Sie da tätigen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und ist Ihnen bekannt, dass man dem Wunsch des Kanzleramtes dann auch nachgekommen ist entsprechend?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktion der CDU/CSU. Herr Kollege Kiese-
wetter.

**Roderich Kiese-
wetter** (CDU/CSU): Vielen Dank. Wir haben keine weiteren Fragen. - Ich habe aber eine Anmerkung bzw. eine Frage nach einer Einschätzung von Ihnen. Ist Ihnen bewusst, dass sich auch ausländische Telekommunikationsanbieter an inländische Gesetze halten müssen?

So umgekehrt, wie Sie sich ja auch, wenn Sie in den USA tätig sind, an entsprechende Gesetze halten müssen.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Sicher, ja. Das ist mir schon bewusst. Na klar.

**Roderich Kiese-
wetter** (CDU/CSU): Ich sage das auch, weil ich glaube, hier steht ja im Raum, dass man sich den Dienst aussucht, also den Telekommunikationsdienst, der vielleicht am einfachsten oder am gefälligsten oder am genehmsten ist. Ich denke, das würde die Rechtsordnung konterkarieren. Ich weiß nicht, wie da Ihre Einschätzung ist.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Deswegen sagte ich ja - wenn sich das jetzt auf die Bemerkung bezieht -: Das ist ja sehr gemutmaßt. Das ist wirklich eine Mutmaßung, die hier im Raum steht.

**Roderich Kiese-
wetter** (CDU/CSU): Wir haben sonst keine weiteren Fragen. Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Damit sind wir bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Ich habe nur noch eine Frage, Herr Ricke. Wenn Sie heute CEO wären oder auch zu der Zeit, in der Sie damals da waren, und Sie bekommen ein solches Schreiben aus dem Bundeskanzleramt, in dem irgendwie steht: Ihr mögt zwar irgendwie rechtliche Bedenken haben, aber es ist alles in Ordnung - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein, nein, das würde - - und ich bin auch sicher, dass das damals passiert ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Bitte?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Die Frage ist: Wie haben hier in dem Fall die Verantwortlichen, die angeschrieben worden sind - -

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Sie!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nämlich die Telekom.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Die da auch draufstehen auf dem Ding.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Welches Zusammenspiel hat es gegeben mit dem Sicherheitsbevollmächtigten bzw. dem Datenschutzbeauftragten bzw. der Rechtsabteilung? Das ist die Frage, die im Raum steht, für mich jedenfalls im Raum steht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. Ich formuliere meine Frage mal andersrum. Wäre es vorstellbar gewesen zu Ihrer Zeit, dass, wenn Sie in einer rechtlichen Frage als Unternehmen Deutsche Telekom massive Bedenken haben, Sie gesagt hätten: Gott, wenn hier so ein Siebenzeiler aus dem Bundeskanzleramt kommt, ohne eine rechtliche Erklärung, sondern einfach nur mit einem „Ist schon okay, Telekom“ - - Hätten Sie dann als CEO gesagt: „Ja, Leute, dann müssen wir es wohl machen“?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein, im Gegenteil. Die Situation damals - - Es hat viele, viele Baustellen gegeben, wo es sehr kontroverse Situationen gegeben hat zwischen irgendwelchen öffentlichen Stellen und dem Unternehmen. Es gab auch Situationen, wo wir Rückforderungen geltend gemacht haben in Millionenhöhe für alle möglichen Dinge. Und die Frage, die sich mir hier in dem konkreten Fall stellt, ist: Wie haben bestimmte Abteilungen zusammengearbeitet? Aber die Liste derer, die auf diesem Schreiben, dann auf dem zweiten Schreiben, steht, gibt keine Hinweise darauf, dass es eine Kommunikation im Inneren gegeben hat. Deswegen wäre es mir wichtig, dass dieser Ausschuss - was er wahrscheinlich schon getan hat; ich stochere ja hier im Nebel rum, weil die Fragen ja dann auch so unspezifisch kommen - sich noch mal die Regularien vor Augen führt, die ja gegolten haben zwischen Wirtschaftsministerium, soweit ich mich recht entsinne, und dem Unternehmen Telekom, was solche Fragen angeht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie das, weil die Telekom ein durchaus mit staatlicher Mehrheit geführtes Unternehmen ist?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein, nein. Ich möchte nicht, dass Sie mir in den Mund legen, dass wir - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das tue ich nicht. Ich frage, was Ihr Motiv ist, das jetzt zum wiederholten Male zu sagen.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja, weil es den Rahmen steckt für das, was legal und nicht legal ist, ganz einfach.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Also, Sie würden sagen - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Und weil mir wichtig ist, dass Sie verstehen, dass das Unternehmen damals als eigenständiges Unternehmen operiert hat. Das war in einer manchmal sehr glasklaren Art und Weise. Also, wir haben eine Menge an Disputen gehabt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glaube ich, Herr Ricke. Aber ich sage Ihnen jetzt noch mal den Hintergrund meiner Frage, und das ist der entscheidende Kern. Mit vielen Sachen waren Sie gar nicht konkret befasst, aber das ist ja was, wozu wir Sie befragen können.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ein Mensch diese Akte sieht, der jetzt nicht bei der Telekom war und nicht beim BND war, und der liest, hier wird aus dem Bundeskanzleramt gesagt: „Deutsche Telekom, das ist alles schon in Ordnung so“, dann denkt man: Das ist aber irgendwie merkwürdig. - Deswegen: Auf diese Frage „Finden Sie es nicht auch merkwürdig?“ haben Sie zum dritten Mal geantwortet: Wir müssen uns die Verbindungen zwischen dem Wirtschaftsministerium und der Deutschen Telekom - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nicht die Verbindungen, die Rechtslage. Ich meine, ich sage einfach nur, dass wir uns ganz klar mit - ich weiß nicht, ob man es Verordnung nennt oder Gesetz nennt - - die bestehen, weil die Telekom ja auch ein besonderes Unternehmen darstellt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nämlich?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nämlich ein Unternehmen, was hochgradig verantwortlich ist für den sicheren Datenverkehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Deswegen ist es ja so erstaunlich, dass diese Sicherheit durch ein Schreiben des Bundeskanzleramtes offenbar weggefegt werden konnte.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja. Und die Frage, die ich mir stelle, wenn ich das lese, ist: Wie ist die Rechtslage? Ich bin jetzt das erste Mal mit diesem Schreiben konfrontiert, und jetzt muss ich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das verstehe ich. Ich frage ein letztes Mal: Würden Sie sagen - - Also, hätten Sie das damals vorgelegt bekommen, hätten Sie gesagt: „Das ist ein normaler Vorgang; kümmert euch mal drum!“?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nein, wenn ich das vorgelegt bekommen hätte, wäre das eine Frage für mich gewesen, die ich erst mal in die rechtliche Bearbeitung gegeben hätte. Das ist doch logisch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dass es ein Schreiben aus dem Bundeskanzleramt an die Deutsche Telekom gibt, in dem praktisch eine Unbedenklichkeitserklärung gegeben wird, das ist ja im Grunde die Aussage. Ist das für Sie ein normaler Vorgang gewesen, oder finden Sie das bemerkenswert?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also, ich lese es jetzt nicht so, wie Sie es interpretieren. Ich lese es als den Versuch, etwas in die Handlung zu bringen, wo ich aber, wenn ich der Adressat gewesen

wäre bzw. es auf dem Tisch gehabt hätte, mir natürlich die Frage gestellt hätte: Stopp mal, jetzt schauen wir uns das mal genauer an. - Und ich bin sicher, dass diejenigen, die da auf dem Zettel stehen, das auch dann getan haben. Weil da sind ja einige drauf, die sich auch mit der Rechtslage auskennen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn ich Ihnen sage: „Dieses Schreiben war die letzte Schlaufe der Auseinandersetzung“?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Die letzte?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die letzte Schlaufe der Auseinandersetzung.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Was heißt „die letzte Schlaufe“?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, das heißt, das stand am Ende der Diskussion, und danach wurde das gemacht, was da drinsteht. Dann würde das nicht dem entsprechen, was Sie erwarten würden.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Das ist korrekt. Absolut korrekt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wir kommen zu den Fragen der Fraktion der SPD.

Christian Flisek (SPD): Herr Ricke, ich habe eine letzte Frage. Die Telekom ist ja auch ein international-global tätiger Konzern gewesen, immer noch. Sagt Ihnen der Begriff „Jurisdiktionskonflikt“ etwas?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Nicht wirklich.

Christian Flisek (SPD): Dann möchte ich das kurz erläutern. Es kann natürlich eine Situation eintreten, wo Sie mit Ihren Geschäftsmodellen



Nur zur dienstlichen Verwendung

gerade im Bereich der internationalen Telekommunikation einerseits Rechtsregeln in einem Land einhalten müssen, die sich aber auf Verkehre beziehen quasi, die mehrere Länder, mindestens zwei, betreffen. Und durch das Einhalten der Rechtsregeln in einem Land kommen Sie automatisch in Konflikt mit den Rechtsregeln in einem anderen Land. Mich würde interessieren, ob so etwas überhaupt als eine Problemlage im Management von Telekommunikationsunternehmen Ihrer Zeit existierte.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Also in meiner Zeit nicht, nein. In meiner Zeit nicht. Das ist etwas, was jetzt auch für mich das erste Mal noch mal klar wird.

Christian Flisek (SPD): Das ist ja zum Beispiel etwas, was wir einer Firma wie Google vorwerfen, grundsätzlich mal jetzt, dass wir sagen - -

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja. Ja, klar.

Christian Flisek (SPD): Oder anderen amerikanischen IT-Unternehmen, Telekommunikationsunternehmen, die auch in Europa tätig sind, in Deutschland tätig sind, dass wir ihnen sagen: „Ihr seid nicht zuletzt, weil ihr euer Headquarter in den USA habt, verpflichtet, die dortigen Sicherheitsgesetze einzuhalten, die euch beispielsweise zur Datenweitergabe verpflichten, vielleicht sogar verpflichten, darüber Stillschweigen zu bewahren. Gleichzeitig seid ihr aber natürlich auch, weil der Marktort ist Deutschland, ist Europa, verpflichtet, die Regeln einzuhalten, die ihr sozusagen in euren Märkten wiederfindet“, und das kann ein Konflikt sein.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja. Aber es wurde in unserer Zeit nicht thematisiert. Also, ich bin mit diesen Dingen nicht in Kontakt gekommen.

Christian Flisek (SPD): Okay. Gut. - Dann habe ich keine weiteren Fragen und danke Ihnen für die Beantwortung der gestellten Fragen.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wir kommen zur nächsten Fragerunde und zur Fraktion Die Linke.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich will nur noch mal einen Begriff von Ihnen aufgreifen, den Sie eben gesagt haben. Deshalb kam noch mal der Wunsch, das jetzt vielleicht mal auf den Punkt zu bringen. Sie haben eben gesagt: Die Telekom ist schließlich ein besonderes Unternehmen.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Kann man das vielleicht alles, was wir jetzt gehört haben, so zusammenfassen, dass die Besonderheit der Telekom sich auch dadurch zeigt, dass man sich für Eingriffe von Nachrichtendiensten in Daten der Telekom, in deren Verkehre, Mobilfunk, kabelgestützt usw., als Vorstand dafür nicht besonders interessiert hat? Ist das auch eine Besonderheit dieses besonderen Unternehmens?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Sie verdrehen das, was ich sagen will. Was ich sagen will, ist, dass die Sicherheitsrelevanz eines Telekommunikationsbereichs, so wie auch insgesamt die volkswirtschaftliche Bedeutung eines Unternehmens wie der Telekom riesengroß ist. Ich möchte noch mal wiederholen, dass Sie natürlich recht haben. Wenn man jetzt rückblickend sich mit all den Erfahrungen und mit all den Entwicklungen noch mal zehn Jahre zurückbeamen würde, dann würde man ganz anders handeln - Sie auch, in allem, was Sie tun. Damals waren diese Themen keine Themen, die wirklich im Bewusstsein - jedenfalls in meinem Bewusstsein - einen hohen Stellenwert hatten, außer dass wir gesagt haben: Wir müssen natürlich dafür sorgen, dass wir die Datenschutzbestimmungen einhalten. - Aber dass es damals Attacks gab von ich weiß nicht wem, das war kein Thema.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wir können natürlich die Zeit nicht zurückdrehen, völlig klar. Und Sie sagen mit Recht, dass man aus heutiger Sicht manches anders sieht. Aber kann ein Teil des Problems, über das wir heute reden, nicht auch darin begründet liegen, dass man sich damals -



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu der Zeit, über die wir jetzt sprechen - bei bestimmten Fragen keine Gedanken gemacht hat und sehr sorglos gewesen ist, auch bei Ihrem Unternehmen?

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Das kann immer sein. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass man auf solch einen Brief mal eben fahrlässig etwas tut. Das kann ich mir nicht vorstellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen zu den Fragen der CDU/CSU. Gibt es noch Fragen?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank. Wir haben keine Fragen mehr. - Danke auch an den Zeugen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben auch keine Fragen mehr. - Ganz herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion der SPD.

Christian Flisek (SPD): Ich hatte ja schon gesagt: keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielen Dank. - Und die Fraktion Die Linke.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir sagen auch nur noch Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann darf auch ich mich bei Ihnen bedanken.

Zeuge Kai-Uwe Ricke: Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Aufbruchstimmung geht jetzt schon relativ schnell los. Nur ganz kurz noch: Nach seiner Fertigstellung wird Ihnen, Herr Zeuge - Herr Ricke, ganz kurz noch -, vom Sekretariat das Stenografische

Protokoll übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, Korrekturen an der Übertragung vorzunehmen, Richtigstellungen und Ergänzungen Ihrer Aussage vorzunehmen.

Ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken für die Zeugenaussage. Einen guten Heimweg! Wahrscheinlich werden Sie heute in Berlin bleiben müssen. Alles Gute und danke schön.

Die Sitzung ist damit geschlossen. Ich danke auch der Öffentlichkeit für die Teilnahme, dass Sie so lange ausgeharrt haben, wünsche Ihnen noch allen einen schönen Abend und bis zum nächsten Mal.

(Schluss: 21.37 Uhr)